

2020

Historisches Institut der Universität Bern

*Berner* Historische Mitteilungen



37. Jahrgang/2020

Redaktion:

Julia Schnider

Administration:

Gabriele Jordan, Julia Schnider, Daniel Marc Segesser

Herausgegeben vom

Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49

3012 Bern

Tel.: 031 684 80 91

<http://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi>

© 2021 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

## *Editorial*

Die vorliegende 37. Ausgabe der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) ist die erste, die nicht mehr in gedruckter Form erscheint. Damit haben wir nun – ganz der Zeit verpflichtet – den Schritt ins digitale Zeitalter abgeschlossen. Schon seit 2019 liegen die retrodigitalisierten Ausgaben, zurück bis zur ersten Nummer aus dem Jahr 1984, vor und ermöglichen so einen einmaligen Blick in lange Jahre der am Historischen Institut getätigten Forschung. Daran hat auch die Coronapandemie nur wenig geändert. Die mehrfache Schliessung der Archive und Bibliotheken sowie die Einschränkungen im internationalen Reiseverkehr haben zwar im Verlauf des Jahres 2020 manche Arbeit an einer Dissertation oder einer Masterarbeit erschwert, entmutigen liessen sich die Studierenden und Doktorierenden am Institut jedoch nicht. So können wir auch in dieser Nummer eine Vielzahl von Forschungsergebnissen präsentieren, die sowohl im universitären Umfeld wie in einer breiteren Öffentlichkeit auf Interesse stossen werden.

Dank moderner Suchmaschinen lassen sich die Arbeiten an unserem Institut weltweit auffinden und erhalten so auch immer wieder eine ansehnliche Resonanz. Die vorliegende Nummer enthält die Zusammenfassungen der Dissertationen und Masterarbeiten, die am Historischen Institut der Universität im Jahr 2020 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Lektüre dieser Beiträge ermöglicht einen Einblick in die methodische und thematische Fülle der am Historischen Institut verfassten Forschungsarbeiten, in denen die Autorinnen und Autoren oft auch erstmalig entsprechendes Quellenmaterial aufgearbeitet haben. Die Studien decken - wie in den vergangenen Jahren - die regionale Bandbreite von der Lokalgeschichte über die schweizerische und (ost-) europäische Geschichte bis hin zur Globalgeschichte ab. Die Forschungsfelder reichen von der Alltags- und Geschlechtergeschichte über die Umwelt-, Sozial-, Kultur- und Migrationsgeschichte bis zur Geschichte des Militärischen sowie derjenigen der Nutztiere und der Jagd. Zeitlich reichen sie dieses Mal von der mittelalterlichen Geschichte bis zur Zeitgeschichte.

Die meisten in dieser Nummer vorgestellten Arbeiten können in der Bibliothek ebenso eingesehen werden wie solche, die in den vergangenen Jahrgängen der BeHMi vorgestellt wurden. Auf der Homepage [https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi/index\\_ger.html](https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi/index_ger.html) lassen sich ältere Exemplare kostenlos herunterladen. Verweise zu geplanten Publikationen finden sich jeweils im Schlussteil der vorliegenden Zusammenfassungen. Einzelne speziell gute Arbeiten werden auch im Open Access Verfahren in den verschiedenen Reihen der Berner Studien zur Geschichte publiziert. Eine ganze Reihe von Arbeiten aus den vergangenen Jahren finden sich nun auf [https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/berner\\_studien\\_zur\\_geschichte/index\\_ger.html](https://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/berner_studien_zur_geschichte/index_ger.html). Die Zahl wird immer grösser.

Wie schon im vergangenen Jahr überzeugte Julia Schnider mit ihrer konsequenten Arbeit. Ohne sie käme das vorliegende Heft nicht derart ansprechend daher wie es dies wieder tut. Für die Administration der Berner Historischen Mitteilungen war erneut Gabriele Jordan zuständig. Beiden gebührt für ihr Engagement ein besonders grosser Dank. Gerade in Zeiten der Pandemie konnten viele der bisher eingespielten Abläufe nicht einfach nur weitergeführt werden. Julia Schnider und Gabriele Jordan gelang es allerdings, sich der neuen Situation anzupassen und trotzdem gute Lösungen zu finden. Ein spezieller Dank gilt dieses Jahr insbesondere auch unseren Autorinnen und Autoren. Ihre Zusammenfassungen mussten oft unter schwierigen Umständen fertiggestellt werden, dabei zeigten sie dennoch ein grosses Engagement und Nachsicht im Beantworten unserer Anfragen.

Bern, im Juni 2021

Daniel Marc Segesser

Studienleiter und Mitarbeiter der Geschäftsführung



## Inhaltsverzeichnis

### *Dissertationen*

MARINE FIEDLER Von Hamburg nach Singapur: Translokale Erfahrungen einer Hamburger Kaufmannsfamilie in Zeiten der Globalisierung (1765–1914).....	7
ARNO HALDEMANN Prekäre Eheschliessungen Eigensinnige Heiratsbegehren und Bevölkerungspolitik in Bern, 1742–1848.....	9
ERIC HÄUSLER Gescheiterte Haushalte? Der Geldstag und das Berner Konkursregime 1750–1900 .....	10
PHILIPPE LIONNET Revolutionary Compromises – China and the World Economy, 1970–1978 .....	12
FABIAN LÜSCHER Geteiltes Wissen in einer geteilten Welt Nuklearer Internationalismus in der Sowjetunion 1945–1973 .....	14
ANDREA HEIDY MÜLLER Repensar la ‚Revolución del Poncho‘: Activismo católico y políticas de representación en el espacio andino del Ecuador (1955–1988).....	16
SARAH RINDLISBACHER Botschafter des Protestantismus Aussenpolitisches Handeln von Zürcher Stadtgeistlichen im 17. Jahrhundert.....	18
BENJAMIN RYSER Zwischen den Fronten Berner Militärunternehmer im Spannungsfeld von Eigeninteressen, obrigkeitlichen Ambitionen und multiplen Loyalitäten (Zweite Hälfte 17. und frühes 18. Jahrhundert) .....	19
 <i>Masterarbeiten</i>	
NIKLAUS EMANUEL BARTLOME Rennen auf die Reben? Spätmittelalterlicher Reben- und Weinzinsbesitz am Nordufer des Bielersees .....	22
MICHAEL BELLWALD Sicherheit durch Überwachung? Schweizerische Telefonüberwachung im Zweiten Weltkrieg .....	23
CHRISTIAN E. BEUTLER Hamburger erobern die Schweiz Die Etablierung von Fast-Food-Restaurants in der Schweiz von 1960 bis 1990 unter Einbezug der Auswirkungen auf die Gesellschaft .....	24

ALICE BLOCH «Der Sinn des Studiums der jüdischen Geschichte» Eine lebensweltliche Annäherung an die Zionistin und Historikerin Augusta Weldler-Steinberg (1879–1932).....	25
DAVID BÜTTLER Der Lawinenwinter 1951 in Österreich.....	27
CRISTIAN CONSUEGRA Landwirtschaft und Ernährung in Senegambien (15.–17. Jahrhundert) Veränderungen und Kontinuitäten von «Foodways» in Senegambien anhand zeitgenössischer Reiseberichte.....	28
OLIVIER FELBER Die Armeeabschaffungsinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) von 1989 Der Abstimmungskampf, die Gründe für die hohe Zustimmung und die Auswirkungen der Abstimmung .....	29
BETTINA FLURY Wirte, Gemsjäger und Knechte Bergführer und ihr Beitrag zum Goldenen Zeitalter des Alpinismus .....	30
MATTHIAS FURGER Transitverkehr und Hochwasser Das Verhältnis von Hochwasserschutz und Autobahn im Kanton Uri.....	32
JÉRÔME GANDER Historische Entwicklung der modernen Swissness Kontextualisiert durch eine Unternehmensgeschichte der Victorinox seit 1884 .....	33
SOLVEIG GRIMM «Fein gesponnen, bunt verwoben» Die Aktion «Hunger ist ein Skandal» – Ausdruck transnationaler Verflechtung und innerer Zerrissenheit der Erklärung von Bern.....	35
NATHALIE GRUNDER «Beseelt von dem Willen, Diener der Idee eines Henri Dunant zu sein und Pflicht und Schuldigkeit eines Landes zu erfüllen» Die Schweizer «Ärztemissionen» an der Ostfront (1941–1943) aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive.....	36
PHILIPPE HERREN Die Sowjetspionage in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs Die «Rote Drei» im Widerstand gegen den Nationalsozialismus .....	37
MIRIAM HÖSLI Die Ehefrauen der sowjetischen Staatsoberhäupter in den sowjetischen Printmedien Von Nina Petrovna Chruščëva bis Raisa Maksimovna Gorbačëva.....	39
ABDEL AZZIZ QAASIM ILLI Französische Vermittlung zwischen Tunis und Malta (1770–1790) Aushandeln von Normen im Spannungsfeld zwischen Handel und Korsarenkrieg .....	40

KEN INEICHEN	
Hydrologische Ereignisse in Solothurn	
Eine historisch-hydrologische Auswertung der Seckelmeisterrechnungen	
von 1437–1510.....	41
LENA JOOS	
«Only One Earth» und «Limits to Growth»	
Globale Untersuchung der Umweltprobleme und Umweltpolitik im Rahmen der	
UN-Konferenz zur Umwelt des Menschen 1972.....	42
MORITZ JANIS KAMMER	
«dien veltsiechen des huses von Berne zechen Schilling»	
Zum Stiftungsverhalten am Berner Siechenhaus im 14. Jahrhundert (1283–1390).....	44
TIMO KELLER	
«Nicht Winkelried spielen!»	
Übergriffe auf die Diplomatie aus der schweizerischen Perspektive.....	45
RAFAEL KOLMAN	
Das belgische und das schweizerische Heer in deutschen Militärfachzeitschriften	
Fremdwahrnehmung preussisch-deutscher Offiziere von 1890–1914.....	46
SARAH LOCHER	
Löwenknurren und rauschendes Gras	
Eine Reise mit Sportjägern durch die Geschichte der touristischen Jagd im Namibia des	
20. und 21. Jahrhunderts.....	47
ELENA LYNCH	
«We were basically in paradise»	
Erinnerte Migrationsmotive einer irischen Familie, 1957–1988.....	48
PATRICK MAÎTRE	
Die Schutzmachtätigkeit der Schweiz während des Ersten Weltkriegs	
Integration in die Bundesverwaltung und Errichtung der Abteilung für Vertretung	
fremder Interessen und für Internierung.....	50
JOSCHKA MEIER	
Das alpine Gebiet als Lebens- und Arbeitsraum von Säumergesellschaften im Mittelalter	
und der Frühen Neuzeit.....	51
MICHEL MONNIER	
Amorphe Identität	
Die urbane Entwicklung der Gemeinde Münchenbuchsee zur zweiten Jahrtausendwende.....	53
LUKAS NAGY	
Für wen sind die Blumen?	
Bilder von Krieg, Gewalt und Widerstand in Irina Èrenburgs	
«Reise durch Litauen» (1944).....	54

CHIARA NEUHAUS Im kolonialen Blick: Krankheit, Hygiene und Geschlecht in Südindien Darstellungen und Deutungen indischer Frauengesundheit der ersten Ärztin der Basler Mission .....	55
TIMO PROBST «Entrechtete Männer» – Der Entzug politischer Rechte im Kanton Luzern 1918–1970 .....	56
CÉLINE RÜTTIMANN «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland» Die Rolle der Schweizerinnen und Vorarlbergerinnen in den Vorarlberger Anschlussbestrebungen an die Schweiz von 1919 bis 1923 .....	58
LUCAS SÄUBERLI Eau de Vie und Branntweinpest Schweizer Antialkohol- und Alkoholwerbepлакate im 20. Jahrhundert .....	59
DOMINIC SHEPHERD Eine Reise – Ein Billet Die Geschichte des Direkten Verkehrs in der Schweiz, 1857–1990.....	60
NICOLE SILVESTRI «Mit Verlaub, Ihr Herren Taxigewaltigen!» Der Strukturwandel der Deutschschweizer Taxibranche von der Motorisierung bis heute (1908–2020).....	61
GABRIEL STOLZ Weltruhm oder dramatisches Scheitern? Die Rentabilität touristischer Transportanlagen der Schweiz aus historischer Perspektive. Ein Betriebsvergleich der Brienzer Rothorn-Bahn und der Schynige Platte-Bahn .....	62
MARINA VEGA Geflügelwirtschaft im Umbruch – Innovationen und Zucht in der Schweiz, 1920–1990 Eine Abhandlung über die Nutzungsgeschichte von Hühnern .....	64
DAVID CHÉ WIELAND Die Geschichte der St. Galler Primarschulklasse 1–6f in den Jahren 1898–1904 Über den Umgang mit Erinnerungen in den Geschichtswissenschaften und wie sie uns doch helfen, die Vergangenheit zu betrachten .....	65
ANGELA WITTEWERT Die russische Kolonie in Bern zur Jahrhundertwende (1900) Bildungsoase und revolutionärer Schmelztiegel.....	67
SEBASTIAN WUFFLI Staatszeremoniell und Sicherheitsmanagement des Schweizer Bundesstaates im frühen 20. Jahrhundert am Beispiel des Staatsbesuches von Kaiser Wilhelm II. 1912 .....	68
CEDRIC ZBINDEN Die Internierung fremder Militärpersonen in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs Die Schweizer Behörden und Internierten treffen aufeinander.....	69







Marine Fiedler

## **Von Hamburg nach Singapur: Translokale Erfahrungen einer Hamburger Kaufmannsfamilie in Zeiten der Globalisierung (1765–1914)**

Dissertation bei Prof. Dr. Kim Siebenhüner, Prof. Dr. Jakob Vogel und Prof. Dr. Christian Windler

Wie und in welchem Maß prägten die territorialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen globalen Integrationsvorgänge des «langen 19. Jahrhunderts» die Angehörigen einer Hamburger Kaufmannsfamilie? Inwiefern entstand bei ihnen angesichts der zunehmenden globalen Verflechtungen ein globales Bewusstsein? Dank eines an Selbstzeugnissen reichen Familienarchivs sowie weiterer Quellen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Singapur erforscht die Dissertation diese Fragen aus einer akteurszentrierten Perspektive im Rahmen einer Sozial- und Kulturgeschichte der Globalisierung. Anhand des Konzepts der Translokalität und dreier Forschungsachsen (Handel und Familie, Mobilität, Gemeinschaften) analysiert sie die Auswirkungen der Globalisierungsprozesse auf die Praktiken, Wahrnehmungen und Zugehörigkeiten der in Hamburg, Bordeaux und Singapur aktiven Kaufmannsfamilie Meyer im Spannungsverhältnis zwischen Mobilität und Lokalität. Indem sie bisher überwiegend getrennt behandelte Forschungsfelder – die transnationale, globale, Bürgertums-, Geschlechter- und Gefühlsgeschichte – zusammenführt, trägt sie zur schärferen Konturierung des bestehenden Bildes der Erfahrungen der Globalisierungsprozesse durch europäische bürgerliche Eliten bei.

Im ersten Teil «Hamburg, der Atlantik, das Mittelmeer (1765–1840er Jahre)» werden mit einem Fokus auf Bordeaux die Verflechtungen der Meyer mit Westeuropa von der ersten Mobilitätserfahrung eines Familienmitglieds nach Frankreich bis zur allmählichen Auflösung dieser Verflechtungen nach den 1840er Jahren untersucht. Durch ihre Ansiedlung in einigen der für den Kolonialhandel wichtigsten Hafenstädte wie Hamburg, Bordeaux und Cádiz kamen die Meyer bereits zu diesem Zeitpunkt auch mit dem Globalen in Berührung:

So konsumierten und handelten sie Produkte aus dem Kolonialhandel, starben an global grassierenden Epidemien, heirateten Frauen aus der französischen Karibik und verfolgten die Auswirkungen der Revolutionskriege auf den globalen Handel. Diese aus der Frühen Neuzeit geerbten globalen Verbindungen standen für die Familie Meyer indes nicht im Vordergrund.

Der zweite Teil «Das Globale erfassen (1840er–1860er Jahre)» verschiebt den Fokus auf die Entstehung neuer Verflechtungen mit der britischen Hafenkolonie Singapur. Erst mit der Etablierung einzelner Familienmitglieder in Singapur machten die Meyer die direkte Erfahrung des Globalen und gestalteten in Südostasien neue und vielfältige europäische koloniale Herrschaftsformen mit. Nach der Rückkehr nach Hamburg wurden diese Erfahrungen für den zurückgebliebenen Teil der Familie fassbar. Die Globalisierungsprozesse jener Zeit spannten den Rahmen der Erfahrungen der Meyer auf: die Entwicklung des globalen Handels, die transatlantischen Massenzwanderungen, die neuen Wellen europäischer Expansion in Südostasien sowie die Revolution der Verkehrs- und Kommunikationsmittel. Allerdings interpretierten sie diese Phänomene nur selten als Teil neuartiger globaler Integrationsprozesse und maßen ihre Mobilitätserfahrungen in Südostasien vor allem an aktualisierten frühneuzeitlichen globalen Weltbildern.

Schließlich befasst sich der dritte Teil «Das Globale verinnerlichen (1870er Jahre–1914)» mit der bemerkenswerten Zunahme der Bedeutung globaler Verflechtungen seit dem späten 19. Jahrhundert, als immer mehr Familienmitglieder Mobilitätserfahrungen in entfernten Gebieten machten. Die Korrespondenz zwischen den auf der Erdkugel verstreuten Familienmitgliedern und die Zirkulation von Objekten führten zur zuneh-

menden thematischen und materiellen Präsenz des Globalen im Alltag, die gewiss zur Entwicklung eines globalen Bewusstseins beitrug, selbst bei jenen Familienangehörigen, die nicht mobil waren. Auch formierten sich die lokalen, regionalen und nationalen Zugehörigkeitsgefühle der Meyer zunehmend im Zusammenspiel mit dem Globalen. Zugleich wurden die globalen Integrationsvorgänge jener Zeit, abgesehen von spezifischen Momenten, weiterhin nur begrenzt als solche verstanden: Derartige Ausnahmen bildeten das Schicksalsgemeinschafts- und Gleichzeitigkeitsgefühl im Hinblick auf die entstehende Weltwirtschaft sowie die Angst vor einem durch die Konkurrenz der Grossmächte um die «Weltmacht» entfachten «Weltenbrand».

Aus diesen Ergebnissen lässt sich schließen, dass die Wirkung der Globalisierungsprozesse und die bewusste Wahrnehmung dieser Prozesse sich deutlich voneinander unterschieden. Obwohl immer mehr Familienmitglieder von den globalen Integrationsvorgängen betroffen waren, lässt sich die Bedeutungszunahme des Globalen in vielen Fällen nur rückblickend fassen, während die betroffenen Generationen diese Entwicklungen nur selten und erst spät wahrnahmen oder thematisierten. Allerdings waren die Meyer der Integration der Welt gegenüber keinesfalls gleichgültig. Vielmehr deutet die vorliegende Studie auf eine thematische, zeitliche und räumliche Ausdifferenzierung bei der Wahrnehmung der Globalisierungsprozesse. Erstens bemerkten die Meyer die politischen, territorialen und wirtschaftlichen globalen Integrationsvorgänge mehr als die kulturellen. Zweitens war die Entstehung eines globalen Bewusstseins nicht linear. Drittens wurde in den meisten Fällen die Thematisierung globaler Integrationsvorgänge nur auf die Verbindungen zwischen bestimmten Regionen der Welt begrenzt. Erst im späten 19. Jahrhundert wurde die ganze Welt im Hinblick auf die Weltwirtschaft und einen möglichen Weltkrieg als eine Schicksalsgemeinschaft betrachtet.

Diese Diskrepanz zwischen der zunehmenden Bedeutung des Globalen und der begrenzten Wahrnehmung des globalen Charakters der Integrationsprozesse beruht auf dem bestehenden Vorrang des Lokalen. Die Meyer handelten und dach-

ten primär «translokal». Trotz der hohen Mobilität ihrer Angehörigen blieb die Familie fest im lokalen sozialen Gefüge der drei untersuchten Städte verankert. Die Spannung zwischen Bewegung und lokaler Verankerung wirkte sich dauerhaft auf die Praktiken, Wahrnehmungen und Zugehörigkeiten der mobilen ebenso wie nicht-mobilen Familienangehörigen aus. Der Vorrang des Lokalen bedeutete jedoch keinesfalls eine Beschränkung auf denselben. Als Produkt relationaler Beziehungen stand das Lokale im ständigen und gleichzeitigen Zusammenspiel mit dem Regionalen, dem Nationalen und dem Globalen. So gewannen das Nationale und Globale im Laufe des 19. Jahrhunderts für die Meyer an Bedeutung, ohne dass das Lokale seinen Platz als primären Denk- und Handelsrahmen verlor. Dies erklärt, warum die Globalisierungsprozesse trotz ihrer zunehmenden Bedeutung nur begrenzt als solche wahrgenommen wurden. Das Konzept der Translokalität ist also nicht nur als Perspektive nützlich, sondern ermöglicht zudem die Erfassung und Beschreibung konkreter historischer Phänomene und Prozesse.

Bei der Wahrnehmung der Globalisierungsprozesse lassen sich schließlich Ausdifferenzierungen innerhalb der europäischen Eliten feststellen. Die Meyer entwickelten ein geringeres globales Bewusstsein als jene Schriftsteller, Nobelpreisträger, Historiker oder Soziologen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den historischen Wandel reflektierten und in ihren Schriften die kulturellen Integrationsvorgänge, die «Vernichtung von Raum durch Zeit», die Erweiterung der Möglichkeiten und die Verkleinerung der Welt thematisierten. Zugleich lässt sich aber vermuten, dass die Meyer als mobile und global tätige Kaufmannsfamilie die Integrationsprozesse stärker wahrgenommen haben als andere Angehörige des Stadtbürgertums.

Mit diesen Ergebnissen leistet die vorliegende Dissertation als Projekt einer Sozial- und Kulturgeschichte der Globalisierung einen Beitrag zur schärferen Konturierung der Erfahrungen der Globalisierungsprozesse sowie zur Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Formen und Entwicklungsstufen eines globalen Bewusstseins innerhalb der europäischen Eliten.



## Prekäre Eheschliessungen

Eigensinnige Heiratsbegehren und Bevölkerungspolitik in Bern, 1742–1848

Dissertation bei Prof. Dr. Joachim Eibach und Prof. Dr. Margareth Lanzinger

Die Dissertationsschrift, die im SNF-Sinergia-projekt *Doing House and Family* an der Universität Bern unter der Leitung von Joachim Eibach entstanden ist, nimmt sogenannte prekäre Eheschliessungen in Bern während der Sattelzeit (ca. 1750–1850) in den Fokus. Prekär, d.h. unsicher in ihrer Realisation, waren diese Ehebegehren wegen Ehehindernissen und -einsprachen. Diese wurden von Familienmitgliedern, Verwandten, Gemeinden und ständischen Korporationen – höchst selten auch *ex officio* von Vertretern der Obrigkeit – auf lokaler Ebene in der Kirche oder im Chorgericht vorgebracht. Anschliessend gerieten sie vor das oberste Berner Ehegericht, wo die heiratswilligen Paare mit unterschiedlichem Erfolg versuchten, ihre ehelichen Verbindungen trotz Widerständen durchzusetzen.

Um die Konstellationen prekärer Eheschliessungen und deren Erfolg in Abhängigkeit von zeitlichen bevölkerungspolitischen Konjunkturen auszuloten, nimmt die Arbeit für das ausgehende Ancien Régime die Rekursmanuale des Berner Oberchorgerichts (1742–1798) in den Blick. Durch die Helvetische Revolution veränderten sich die ehegesetzlichen Verhältnisse in der Helvetischen Republik (1798–1803) und damit die Bedingungen der Quellenproduktion. Für diesen Zeitraum greift die Arbeit auf Bittschriften ehewilliger AkteurInnen an das Vollziehungsdirektorium der Republik zurück. Das neuerdings konstitutionell verbrieft Petitionsrecht wurde von den Ehebegehrenden insbesondere aus Bern oftmals mit notarieller Unterstützung genutzt. Sie versuchten damit, die dreimalige Verkündigung ihrer bevorstehenden Ehe in der Kirche und damit Öffentlichkeit und Einsprachen aus dem Umfeld zu umgehen, oder die Heiratserlaubnis gegen bereits erfolgte Einsprachen zu erwirken. Nach der Helvetik wurde das Berner Oberehegericht wieder in seine vormaligen Kompetenzen eingesetzt. So werden für die Untersuchung der nachhelvetischen Zeit bis zur Bundesstaatsgründung zum einen wieder die oberehegerichtlichen Rekursmanuale (1803–1832) herangezogen. Weil das

Gericht mit der Einführung der Berner Zivilgesetzgebung aufgehoben wurde, analysiert die Arbeit zum anderen die entsprechenden Manuale des Amtsgerichts Bern (1832–1847). Parallel zu den ehegerichtlichen Quellen werden die in Gesetzen festgeschriebenen Berner Ehenormen und lokale bevölkerungspolitische Debatten untersucht. Letztere fanden Niederschlag in den Diskussionen der Mitglieder der *Oekonomischen Gesellschaft von Bern*, der Berner Eherichter und der Angehörigen des helvetischen Parlaments.

Durch die Zusammenschau der Quellen geraten die zeitlich bedingten, ehekonstituierenden Faktoren über die Praxis im Ehegericht miteinander in Berührung: Zu diesen Faktoren gehören die relativ stabile Berner Ehegesetzgebung, bevölkerungspolitische Konjunkturen im biopolitischen Diskurs, taktische Aneignungsversuche ehebegehrender Paare, moralische Ökonomien von einsprechenden Gemeinden, Verwandten und Korporationen sowie die Urteilssprechung der Eherichter. Mit der multiperspektivischen Herangehensweise vermeidet die Studie vermeintliche Dichotomien zwischen Normen und Praxis und stellt diese in ein dynamisches Verhältnis zueinander. Dadurch zeigen sich spezifische Interferenzen zwischen strategischer Normierungspraxis der Eherichter, Aneignungsversuchen ehewilliger Paare sowie den Einsprachen der Opponenten. Die Wechselwirkungen zwischen den drei Polen betrachtet die Studie als konstitutives Element eines voranschreitenden Staatsbildungsprozesses. Darin fungiert die Ehe als Scharnierstelle in der Beziehung zwischen Obrigkeit und UntertanInnen bzw. Regierung und BürgerInnen.

Die Analyse der Gerichtsfälle verdeutlicht, dass der Erfolg prekärer Ehebegehren im Rahmen einer zeitlich stabilen Ehegesetzgebung einerseits von den hartnäckigen Taktiken der ehebegehrenden und opponierenden Parteien abhängig war. Andererseits waren diese von günstigen bevölkerungspolitischen Gelegenheiten und dem machtpolitischen Kalkül der entsprechenden eherichterlichen Instanzen abhängig. Im ausgehenden

Ancien Régime dominierten ehefördernde populationistische Positionen die bevölkerungspolitische Debatte in Bern. Diese diffundierten unter anderem aus der *Oekonomischen Gesellschaft von Bern* in das oberste Berner Chorgericht. Dort trafen die ehewilligen Akteure oft auf geburtsständisch legitimierte Gnade, die es den Eherichtern in bestimmten Fällen erlaubte, sich in ihrer Urteilspraxis zugunsten einer populationistischen Bevölkerungspolitik über festgeschriebene Gesetze hinwegzusetzen.

Durch das verfassungsrechtliche Mittel der Petition ergriffen während der Helvetik viele Ehewillige im Sinne der Justiznutzung (Martin Dinges) die Gelegenheit, mit dem Vaterland in ein intimes patriotisches Verhältnis zu treten. Der in den notariell verfassten Bittschriften zum Ausdruck kommende Eigensinn der ehewilligen Paare führte meistens zur Eheerlaubnis und z. T. sogar zur nachhaltigen Aufhebung alter Ehegesetze (Konfessionsunterschiede, Verwandtschaftsgrade, Einzugsgelder, Vermögenslosigkeit) durch die Exekutive und das Parlament. In der richterlichen Praxis wurde die Ehe in dieser Zeit zu einem Menschenrecht, das Ehegesprächen und Widerstand aus dem sozialen Nahraum weitgehend ausschloss oder zumindest leichter überwindbar machte. Auf diese Weise wurde seitens der Republik in umgekehrter Richtung versucht, eine intensive und direkte Beziehung zwischen patriotischen BürgerInnen und der Nation herzustellen. Die zu Beginn der Republik steigende Zahl der Ehen zeigt, dass sie vergleichsweise viele Gelegenheiten zur erleichterten Eheschliessung bot.

Während die Wiedereinsetzung religiös begründeter Ehehindernisse (Verwandtschaftsgrade, konfessionelle Unterschiede) nach dem Ende der Helvetischen Republik ausblieb, liess die richterliche Praxis unter dem Eindruck des nun die bevölkerungspolitische Debatte prägenden Pauperismus keine Gnade in Eheangelegenheiten mehr zu. Richterlicher Ermessensspielraum war durch den aufklärerischen juristischen Diskurs, der während der Helvetik Eingang in die nachhelvetische Rechtsprechung gefunden hatte, in den Verdacht der geburtsständischen Willkür geraten. Das strikte verfahrensrechtliche Vorgehen der Eherichter baute zunehmend auf schriftlicher Beweisführung auf. Es bot damit dem ehelichen Eigensinn der Akteure immer weniger Raum. Dadurch schloss der juristisch formalisierte Prozess arme und besitzlose ehewillige Paare immer systematischer von der Ordnung legitimer Sexualität aus.

So veränderte sich die Eheschliessung im Zusammenspiel von ehebegehrenden Paaren, verwandtschaftlich-korporativen Opponenten und eherichterlichen Vertretern der Obrigkeit während der Sattelzeit in Bern tendenziell von einem unter populationistischen Vorzeichen relativ grosszügig gewährten Privileg ständischer Gnade über ein universelles Menschenrecht in der Helvetik hin zu einem gehüteten Grundrecht des Besitzstandes, das die unteren Schichten diskriminierte.

Die überarbeitete Version der Studie erscheint voraussichtlich im Herbst 2021 unter demselben Titel in der Reihe *Konflikt und Kulturen – Historische Perspektiven* des *Universitätsverlags Konstanz* (UVK).



Eric Häusler

## **Gescheiterte Haushalte?**

Der Geldstag und das Berner Konkursregime 1750–1900

Dissertation bei Prof. Dr. Joachim Eibach und Prof. Dr. Christof Dejung

Gesellschaften gehen mit scheiternden ökonomischen Beziehungen historisch in unterschiedlicher und jeweils spezifischer Art und Weise um. Die vorliegende Untersuchung legt eine detaillier-

te Fallstudie des *Berner Konkursregimes zwischen 1750 und 1900* vor. Im Mittelpunkt steht dabei die in Bern seit dem 15. Jahrhundert und bis 1892 zentrale Institution im Umgang mit unsicheren sowie

scheiternden Kredit- und Schuldbeziehungen: Der sogenannte *Geldstag*. Der geographische Fokus liegt auf der Stadt Bern beziehungsweise dem 1831 entstandenen Amtsbezirk Bern, ehemals der bernische Stadtgerichtsbezirk (im Ancien Régime) beziehungsweise das Oberamt Bern (bis 1831). Entstanden ist die Dissertation im Rahmen des SNF-Sinergia-Projekts «Doing House and Family. Material Culture, Social Space, and Knowledge in Transition (1700–1850)».

Untersucht wird der spezifische Berner Umgang mit dem drohenden ökonomischen Scheitern von Haushalten, wie er sich in Hunderten überlieferter Geldstagsrödel (Konkursakten) präsentiert. In einer praxeologischen Betrachtungsweise wird die Institution des Geldstags – als dem Kernelement des Berner Konkursverfahrens – im Rahmen einer akteurszentrierten Institutionengeschichte analysiert. Die übergeordnete Leitfrage lautet: Warum konnte der Geldstag als die spezifische Institution zur Regelung des ökonomischen Scheiterns von Haushalten in Bern über einen so langen Zeitraum hinweg bestehen und sich in seiner grundlegenden Struktur reproduzieren?

Zum Einstieg wird im Prolog der Geldstag von Abraham Lefevre und Christina Liechi 1765 rekonstruiert. In der folgenden Einleitung werden für die Fragestellung besonders relevante Entwicklungsprozesse der Berner Gesellschaft während des Untersuchungszeitraums skizziert. Anschliessend wird das Quellenkorpus – die facettenreichen Geldstagsrödel als Hauptquellenbestand – beschrieben. Vor dem Hintergrund der sich zwischen 1750 und 1900 transformierenden Berner Gesellschaft und in Kombination der Forschungsfragen, des gewählten methodischen Ansatzes, der berücksichtigten Forschungsfelder und des einzigartigen Quellenkorpus ergeben sich *drei analytische Perspektiven*, mit denen der Geldstag in den folgenden drei Hauptteilen untersucht wird.

Als erster Fragenkomplex ergibt sich: Warum hat der Geldstag in Bern von der Frühen Neuzeit bis zum Ende des 19. Jahrhunderts überhaupt und wider Erwarten weitgehend stabil «überlebt»? Woraus bezog der Geldstag seine Legitimität und soziale Akzeptanz? Als Auftakt dient die Auseinandersetzung mit dem einschlägigen Roman «Der Geldstag. Oder: Die Wirthschaft nach der neuen Mode» (1846) von Jeremias Gotthelf. Kontrastiert wird diese fiktionale Darstellung mit dem realen Geldstag von Jean Fornallaz aus dem gleichen

Jahr. Danach wird auf Basis von quantitativen Daten gezeigt, dass der Geldstag eher eine Alltagserfahrung als eine krasse Ausnahmeerscheinung darstellte. Vorgestellt werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen, beginnend mit der Gerichtssatzung von 1614. In theoretischer Perspektive ist dieser Untersuchungsschritt geprägt vom Luhmann'schen Verständnis von *Verfahren*. In *Kapitel 2* «Unsicherheit bewältigen: Der Geldstag als Institution» wird so die grundlegende Funktionsweise des Geldstagsverfahrens erläutert.

Am Anfang von *Kapitel 3* «Wert bestimmen: Der sozial eingebettete Haushalt» steht die eingehende interpretative Betrachtung des 1892 von Albert Anker angefertigten Gemäldes «Der Geldstag». Als wesentliche Elemente des Berner Konkursregimes treten spezifische ökonomische Transaktionsformen und insbesondere der Prozess der Wertbestimmung hervor, speziell die soziale Konstruktion von Wert (untersucht am Beispiel des Geldstags von Gottlieb Sinner 1799). Dies rückt die soziale Dimension des Geldstags und das Handeln der Akteurinnen und Akteure in den Fokus. Ihre soziale Einbettung wird anhand der detaillierten Beschreibung der Geldstagsversteigerung als sozialem Mechanismus der Wertbestimmung erläutert. Die Kreditbeziehungen der Vergeldstagten und die sozialen Aspekte des Geldstagsverfahrens werden mit Blick auf die soziale Vernetzung der Akteur\*innen untersucht. Bei der Beantwortung dieser Fragen tritt das ‚offene Haus‘ prominent in Erscheinung.

Die folgende Analyse der Bilanzierungspraxis behandelt die Konstruktion von Zukunft, die mit dieser einhergeht und konzeptionell in die Wiederherstellung der sozialen Ordnung mündet. Zunächst wird der letzte im Staatsarchiv Bern überlieferte Geldstag (Nachgeldstag von Maria Fischer-Imobersteg 1891) beschrieben. In *Kapitel 4* «Bilanz ziehen: Vermögen und Schulden im Geldstag» werden die Geldstagsrödel vorrangig quantitativ ausgewertet. In acht Samples werden 567 Geldstagsrödel untersucht. Ihre quantitative und qualitativ abgestützte Auswertung offenbart die aktiven und passiven Vermögenswerte, über die Haushalte verfügten, die zum Einsatz kommenden Finanzierungspraktiken, die eingegangenen Kredit- und Schuldbeziehungen und die jeweiligen Vermögensanteile von beispielsweise Haushaltsgegenständen, Liegenschaften oder Aktivschulden. Durch den Vergleich des Geldstags in

der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit demjenigen im 19. Jahrhundert kommen zahlreiche wesentliche Kontinuitäten zum Vorschein. Dabei erweist sich die institutionelle Stabilität des Geldstags nicht als rigide Starrheit, sondern als dynamische und emergente Stabilität, also als Resilienz.

Das Konzept der *Ungewissheit* bildet den Ausgangspunkt, den Fluchtpunkt und ein wesentliches Bindeglied zwischen den verschiedenen Analyseschritten in der Untersuchung des Berner Konkursregimes. Die drei separat untersuchten sozialen Mechanismen – *Verfahren*, *Versteigerung*, *Bilanzierung* – werden jeweils als spezifische Formen der sozialen Einbettung interpretiert, die auf ganz unterschiedliche Art und Weise zur Reduktion beziehungsweise zur Bearbeitung von Ungewissheit beitragen.

In *Kapitel 5* «Wandel praktizieren: Das Berner Konkursregime zwischen den Zeiten» werden die drei unterschiedlichen Perspektiven der vorangehenden Kapitel wieder «zusammengesetzt» und übergeordnete Fragen zum Geldstag im Wandel adressiert. Zum Einstieg wird das «Ende» des Geldstags, die Volksabstimmung über das «Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs» von 1889 und dessen Einführung am 1. Januar 1892 unter dem Vorzeichen von «Modernisierung» diskutiert. Im Anschluss an die Zusammenführung der vorangehenden Ergebnisse werden aus der analysierten Praxis des Geldstags die handlungs-

leitenden moralischen Vorstellungen der Akteurinnen und Akteure induktiv abgeleitet. Vorausgesetzt werden die historische Wandelbarkeit und Emergenz von moralischen Vorstellungen. Es wird explizit *kein* Beitrag zur diesbezüglichen normativen Diskussion angestrebt. Stattdessen wird untersucht und im Verlauf dieser Studie erstmals explizit thematisiert, welche bedeutende Rolle moralische Handlungsorientierungen für die Ausgestaltung und Resilienz des Berner Konkursregimes spielten. Im Zuge der empirischen Analyse des Geldstags kommen historisch-spezifische Moralvorstellungen (sorgfältig, vertrauensvoll, rechtsbasiert, offen, pragmatisch, zukunftsorientiert, solidarisch) im Umgang der Berner Gesellschaft mit ökonomischem Scheitern während des langen 19. Jahrhunderts zum Vorschein, die handlungsleitend für die beteiligten Akteur\*innen waren und legitimierend für das Verfahren wirkten.

Die Untersuchung des Berner Geldstags will so auch einen differenzierten, konzeptionell angereicherten und vor allem empirisch dichten und historisch-spezifischen Beitrag zur internationalen Konkursgeschichte leisten.

Unter dem Arbeitstitel «Nichts als Elend? Das Berner Konkursregime (1750–1900)» ist die Publikation des überarbeiteten Dissertationsmanuskripts in der Reihe 1800 | 2000. Kulturgeschichten der Moderne im transcript Verlag geplant.



Philippe Lionnet

## **Revolutionary Compromises – China and the World Economy, 1970–1978**

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Die Bedeutung der dritten Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) 1978 im Jiangxi-Hotel in Peking, auf der Deng Xiaoping Hua Guofeng als führende Persönlichkeit der Partei ablöste, ist als zentraler Wendepunkt der chinesischen Zeitgeschichte in der Forschung weitgehend unbestritten.

Sie steht in direktem Zusammenhang mit einer Reihe von wirtschaftspolitischen Reformen, von denen die kontrollierte Öffnung für ausländische

Direktinvestitionen und die teilweise Abschaffung der Festpreise und Lockerung der Wirtschaftsplanung unter den wichtigsten sind. Mehrere Autoren haben anerkannt, dass in der Zeit zwischen 1949 und 1978 Strukturen geschaffen und gesellschaftliche Lernprozesse ermöglicht wurden, die den Weg für die einschneidenden Reformen der Folgezeit ebneten.

Darauf aufbauend ist eine weitere Differenzierung zum Verständnis der chinesischen Wirt-



schaftsentwicklung notwendig und aufschlussreich.

Die Dissertation *Revolutionary Compromises* trägt zu dieser Differenzierung bei. Dies in Form einer historischen Analyse der Wirtschaftspolitik der Volksrepublik Chinas, die nach inkrementellen oder qualitativen wirtschaftspolitischen Kompromissen auf Grundlage der *Grenzen des Möglichen* im flexiblen ideologischen Rahmen der KPCh vor Ende des Jahres 1978 fragt.

Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik kann der chinesische Sozialismus als Ideologie und Methode der wirtschaftlichen Modernisierung im Sinne der Industrialisierung konzeptualisiert werden. Dieses Leitmotiv des wirtschaftlichen und damit verbunden militärischen Aufholens zu den industrialisierten Ländern bildete die Basis für die Ausbildung politischer Kompromisse. Eine verbreitete Sichtweise, welche die Entwicklung der chinesischen Wirtschaftspolitik primär durch einen angenommenen politischen Dualismus – beispielsweise zwischen einer «linken» und einer «rechten» oder einer «ideologischen» und «pragmatischen» Fraktion innerhalb der KPCh – zu verstehen sucht, greift oft zu kurz. Durch das verbindende Ziel des wirtschaftlichen und technologischen Fortschritts ergeben sich eine «Mittellinie» und Grenzen des Möglichen, welche tatsächlich formulierte und kommunizierte Politiken besser zu erklären vermögen.

Neben der Absicht, mittels einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation einst die Voraussetzungen für den Übergang in den Kommunismus zu schaffen, war das u. a. aus der *Bewegung des vierten Mai* erwachsene Motiv der nationalen Eigenständigkeit tragend. Aus dieser Perspektive erscheint auch das Jahr 1978 nur bedingt als qualitative Zäsur. Vielmehr gingen entscheidende Elemente des Entwicklungsmodells der 1980er Jahre auf Sachzwänge und in den Vorjahren angelegte wirtschaftspolitische Reaktionen zurück. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis der chinesischen Wirtschaft gegenüber dem Rest der Welt. Eine deutliche Ausweitung des chinesischen Aussenhandels, angeleitet durch die zentralen Güter Getreide und Erdöl, fand bereits in der ersten Hälfte der 1970er Jahre statt. Die «Scharnierjahre» 1974 und 1975 – als China unmittelbar von Preisverwerfungen auf den internationalen Märkten betroffen war und den Aussenhandel angesichts eines vergleichsweise hohen Defizits ruckartig zurückfuhr

– brachten lediglich einen kurzzeitigen Einbruch des Aussenhandels wie auch der grundsätzlichen Bereitschaft, trotz anderslautender politischer Beteuerungen auf verzinste Ratenzahlungen für Importe zurückzugreifen. Die Besuchsdiplomatie und Kontakte des Aussenhandelsministeriums wurden fortgesetzt und ermöglichten die Wiederaufnahme und bedeutende Vertiefung der aussenwirtschaftlichen Austausch im Verlauf der Jahre 1976 und 1977.

Bereits zu Beginn der 1970er Jahre wurden Massnahmen zur Stabilisierung der Produktion ergriffen, welche insbesondere auch die Wiederherstellung von Hierarchien und der Arbeitsdisziplin umfassten. Das zentrale volkswirtschaftliche Entwicklungsparadigma, welches im Grundsatz auf der Abschöpfung der landwirtschaftlichen Mehrproduktion zur Versorgung der Industriestädte auf Grundlage des staatlichen Getreideankaufsystems basierte, war allerdings zu Beginn der 1970er Jahre an seine Grenzen gelangt. Neben stagnierendem Einkommen war China mit eng begrenzten landwirtschaftlichen Erträgen bei anhaltend hohem Bevölkerungswachstum konfrontiert. Die Verfügbarkeit von vergleichsweise günstigen Importen erhöhte den Druck weiter. Lockerungen betreffend die landwirtschaftliche Produktion, erst für den Eigenbedarf, später zunehmend auch für lokale Märkte, wurden 1975 Verfassungsrang zugesprochen.

Um das Produktionspotential der Binnenwirtschaft zu erhöhen und so die industrielle Entwicklung voranzutreiben, setzten die KPCh, die Industriebetriebe, Kollektive und Ministerien einerseits auf inkrementelle Massnahmen wie die Verbesserung der Buchführung, produktions- und investitionsseitige Austerität und die Erhöhung der Disziplin an den Arbeitsstellen.

Andererseits wurde versucht, die Weiterentwicklung der Wirtschaft mit Innovationen innerhalb der Produktionseinheiten und der Verbesserung der Arbeitsteilung zwischen Betrieben voranzutreiben. Diese Ansätze blieben jedoch weitgehend auf die verfügbare Technologiebasis und deren Basisinnovationen beschränkt, welche weitgehend auf älteren, sowjetische Anlagen basierten. Der Kern der technologischen Verbesserung der Produktion blieb der Import von Geräten aus den nichtsozialistischen industrialisierten Ländern – erst «schlüsselfertiger» Fabriken, später zunehmend auch technologischer Grundlagen

selbst. Das chinesische Aussenhandelssystem richtete sich unter Hua Guofeng insbesondere auf die Verwendung möglichst fortgeschrittener Technologie als Mittel zur Erreichung ehrgeiziger Entwicklungsziele aus. Diese Verlagerung war indes nicht ausschliesslich eine Folge politischer Entscheidungen. Die Referenzpunkte dafür, *was* wirtschaftliche Modernisierung als politisches Ziel in der Praxis bedeutete, hatten sich zwischen dem ersten Fünfjahresplan der 1950er Jahre und der zweiten Hälfte der 1970er Jahren verschoben. Nicht mehr die in der Propaganda zur Zeit der Kulturrevolution zentralen Stahlwerke standen im Zentrum, sondern zunehmend elektronische Geräte und die petrochemische Industrie.

Während die chinesische Industrie durchaus imstande war, auch hochkomplexe Produkte herzustellen, fehlten ihr indes oft die Produktionsmittel um diese in Serie herzustellen. Die *Vier Modernisierungen*, welchen 1975 Verfassungsrang zugesprochen wurde, definierten den Grundkonsens der industriellen Entwicklung für die nächsten Jahre. Zudem knüpften sie an die Periode der wirtschaftlichen Stabilisierung nach dem fehlgeschlagenen *Grossen Sprung nach vorn* (1958–1961) an, be-

tonten aber die *Geschwindigkeit* der wirtschaftlichen Entwicklung erneut als zentrales Paradigma. Normativ-politische Ziele wurden zugleich in die fernere Zukunft verschoben, so etwa die Überführung der landwirtschaftlichen Produktion wie auch des Soziallebens in staatseigene Kommunen.

Die für diese *schnelle* und *technologiegetriebene* wirtschaftliche Modernisierung notwendigen Importe sollten mit einer Ausweitung der Erdölexporte und der Erhöhung der Wertschöpfungsintensität anderer, verarbeiteter Exportwaren finanziert werden. Dies kam in der Tendenz einer Hinwendung zur Interdependenz gleich. Während Geschäftskontakte mit Firmen intensiviert wurden, hielten auch die entscheidenden roten Linien in der Aussenwirtschaftspolitik den sich aus diesem kapitalintensiven Ansatz ergebenden Sachzwängen nicht stand. Sowohl die Möglichkeit ausländischer Direktinvestitionen, der *Joint-Ventures* wie auch der Einbettung der chinesischen Wirtschaft in grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten wurden bereits im Verlauf des Jahres 1978 deutlich gegenüber westlichen Geschäfts- und Handelspartnern signalisiert.



Fabian Lüscher

## **Geteiltes Wissen in einer geteilten Welt**

Nuklearer Internationalismus in der Sowjetunion 1945–1973

Dissertation bei Prof. Dr. Julia Richers

Die Geschichte des Nuklearzeitalters lässt sich aus vielen verschiedenen Perspektiven analysieren. Nebst den vieldiskutierten Fragen nach Isolation und Geheimhaltung verdienen Prozesse der grenzüberschreitenden Verflechtung mehr Aufmerksamkeit.

Die Dissertation verdeutlicht die Vorteile einer integrierenden Nukleargeschichte, die keine scharfe Trennlinie zwischen militärischer und ziviler Kernenergienutzung zieht. Historisch gehörten die beiden Bereiche untrennbar zusammen, was sich nicht nur an den Karrieren der wissenschaftlichen Elite, sondern auch an der Wahrnehmung

der amerikanischen *Atoms for Peace*-Kampagne nachweisen lässt. Die Idee, dass sich militärische und zivile Kernenergienutzung kategorisch trennen liesse, entfaltete dennoch grosse Wirkmacht und wurde in der geschichtswissenschaftlichen Literatur mehrheitlich übernommen. Gegen diese Zweiteilung sprechen unter anderem folgende Gründe: Erstens hielten sowjetische Experten früh fest, dass aus ihrer Sicht jede Verbreitung sogenannt ziviler Nukleartechnologie das Proliferationsrisiko erhöhe. Diese Expertenmeinung wurde in der Sowjetunion politikprägend. Zweitens entwickelten sich Karrieren der sowjetischen wissen-

schaftlich-technischen Elite nie ausschliesslich in einem zivilen oder militärischen Setting. Drittens entsprangen alle in der Studie näher untersuchten Kernenergieprojekte ursprünglich militärischen Erwägungen.

Aussenpolitisch ist der Ost-West-Konflikt der dominierende, aber nicht der einzige Kontext der vorliegenden Studie. Das sowjetische Atomprogramm entwickelte sich von Anfang an parallel zu internationalen Beziehungen, die sich rasch wandelten und flexible Reaktionen erforderten. Sowohl nukleare Rüstung als auch Wissens- und Technologietransfers in sogenannten nichtmilitärische Anwendungsbereiche wurden als notwendige Schritte in einer entstehenden Systemkonkurrenz legitimiert. Trotz rasch verhärteten Fronten zwischen Ost und West bestanden aber selbst während der Frühphase des nuklearen Wettrüstens bereits Austauschkanäle über den sogenannten Eisernen Vorhang hinweg.

Der «Urknall» des Nuklearzeitalters fiel zeitlich praktisch mit der Gründung der UNO zusammen, auf deren Agenda Kernenergiefragen folglich ganz oben standen. Gleichzeitig etablierten sich zunächst UNO-Gremien und später die *International Atomic Energy Agency* (IAEA) als zentrale (wissenschafts-)diplomatische Institutionen für Kernenergiefragen. Für die sowjetische Nukleargeschichte ist dies insofern bedeutend, als dass die Kernenergiepolitik der KPdSU stets eng mit der sowjetischen Politik in der UNO verbunden war. So ist die Geschichte der Kernenergienutzung in der Sowjetunion im Lichte verschiedener aussenpolitischer Leitthemen zu lesen. Im Untersuchungszeitraum gehören – nebst der sowjetisch-amerikanischen Systemkonkurrenz – etwa das spannungsvolle und wechselhafte Verhältnis zur Volksrepublik China oder Reaktionen auf die Dekolonisierungswellen im globalen Süden zu den Triebkräften einer internationalistischen Nuklearpolitik. Diese wirkten teilweise bis in konkrete Technologieentscheidungen hinein. Sowohl das Versprechen bedingungsloser nuklearer Entwicklungshilfe als auch die Kehrtwende der sowjetischen Nonproliferationspolitik 1963/64 sind nicht als Produkte eines bipolaren Ost-West-Konflikts, sondern als Entwicklungen einer wesentlich komplexeren, multidirektionalen Aussenpolitik zu verstehen.

Konkret argumentiert die Dissertation, dass sich sowjetisches Kernenergiewissen besonders

dann über Grenzen hinwegbewegte, wenn es aus einer Perspektive der internationalen Beziehungen opportun und/oder aus einer technischen Warte notwendig schien. Die beiden Faktoren wurden unterschiedlich kombiniert, wobei insbesondere naturwissenschaftliche Kader erhebliche *agency* entfalten konnten. Die Studie schafft Evidenz dafür, dass die Internationalisierung sowjetischen Kernenergiewissens nur multikausal zu erklären ist: Einerseits spielte ein internationalistisches politisches Programm eine wichtige Rolle, dessen konkrete Ausgestaltung sich während des Untersuchungszeitraums veränderte. Andererseits erweckte das Potential nuklearer Technologien im ersten Nachkriegsjahrzehnt den Eindruck, dass sowohl dessen Risiken als auch die damit verbundenen Chancen als grundsätzlich global zu verstehen seien und deshalb zwingend Gegenstand internationaler Aushandlungen sein sollten. Neben der offensichtlich grenzüberschreitenden Bedrohung durch nuklearen Fallout nach Kernwaffentests einigte sich der Kernenergie-Expertenrat des UNO-Generalsekretärs früh darauf, die in der Dissertation als Fallbeispiele diskutierten Wissensbereiche rund um Kernfusion, Reaktortriebssysteme und Verarbeitung radioaktiver Abfälle zu genuin internationalen Themen zu erklären. Anhand dieser drei Schwerpunkte kann aufgezeigt werden, wie die beiden Faktorenbündel – also eine internationalistische politische Agenda und die zur technischen Notwendigkeit stilisierte Aushandlung ausgewählter Kernenergiethemen – miteinander in Dialog gebracht wurden.

In der Dissertation stehen schliesslich sowohl institutionelle als auch individuelle Akteure im Fokus. Nebst konkreten Modi der internationalen Verflechtung lassen sich so existierende Narrative zur wissenschaftlich-technischen Intelligenz nuancieren. Dass gerade ihre Exponentinnen und Exponenten in den ersten Nachkriegsjahrzehnten zu besonderen Privilegien und hohem Ansehen gelangten, hat zahlreiche Gründe: Oft wird darauf verwiesen, dass Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler über Wissen, Möglichkeiten und Verbindungen verfügten, die anderen Intellektuellen in der Sowjetunion verwehrt blieben. Aus diesem aussergewöhnlichen Status leitete etwa der Historiker David Holloway seine einflussreiche These ab, wonach die Keimzelle einer kritischen Zivilgesellschaft im Verantwortungsbewusstsein, der intellektuellen Freiheit und nicht zuletzt im

internationalen Austausch zu verorten sei, wozu führende Wissenschaftler – nicht zuletzt wegen der militärischen Relevanz ihrer Arbeit – privilegierten Zugang genossen hätten. Ohne eine weitere Dissidentengeschichte zu entwerfen, setzt sich die Dissertation mit dem Zusammenhang zwischen dem Selbstverständnis naturwissenschaftlich gebildeter Eliten und politischen Reformideen auseinander. Der Fokus auf einzelne Akteure vermittelt dabei ein differenziertes Bild der sowjetischen Kernenergieelite, deren Angehörige ein breites politisches Spektrum abdeckten und sich unmöglich in einer einzigen Kategorie fassen lassen. Weiter zeigt die Studie, dass sich verschiedene Loyalitäten durchaus überlappen konnten und historisch starkem Wandel unterlagen. Gerade an aufsehenerregenden Kernenergieprojekten wie dem Eisbrecher «Lenin», dem Reaktor-Wandler «Romaška» oder dem Tokamak lässt sich zudem aufzeigen, dass die Einbindung sowjetischer Spitzenwissenschaftler(innen) in internationale Diskussionszusammenhänge durchaus systemstabilisierend wirken konnte. Diese Feststellung wirft zwar Holloways These nicht um, vermittelt aber

ein facettenreicheres Bild der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik in der Sowjetunion. Damit einher geht die Beobachtung, dass sich Wissenschaft und Politik zu keinem Zeitpunkt klar voneinander abgrenzen liessen. Vielmehr spielten beteiligte Akteure bewusst mit der Unschärfe dazwischen und erweiterten ihre *agency* durch die beständige (Neu-)Aushandlung dieser nur scheinbar existierenden Trennlinie zwischen zwei gesellschaftlichen Sphären.

Obwohl die vorliegende Studie aufgrund der teilweise schwierigen Aktenlage keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, macht sie doch eines deutlich: Die Geschichte des nuklearen Internationalismus in der Sowjetunion ist eine Geschichte mit Zukunft. Projekte und Probleme, die im Untersuchungszeitraum entstanden, setzen sich bis in die Gegenwart fort und werden uns in vielerlei Hinsicht noch lange beschäftigen.

Lüscher, Fabian: Nuklearer Internationalismus in der Sowjetunion. Geteiltes Wissen in einer geteilten Welt 1945–1973, [erscheint 2021 im Böhlau-Verlag].



Andrea Heidy Müller

## **Repensar la ‚Revolución del Poncho‘: Activismo católico y políticas de representación en el espacio andino del Ecuador (1955–1988)**

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Büschges

Die Dissertationsschrift (verfasst auf Spanisch) untersucht die Verflechtungen eines befreiungstheologisch motivierten katholischen Aktivismus mit der Entstehung der Indigenenbewegung im Hochland Ecuadors in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Unter dem Leitgedanken des *aggiornamento* markierte das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) die ideologische Öffnung innerhalb der katholischen Kirche hin zu sozialen Fragen. Die Aufmerksamkeit der Kirche für konkrete Herausforderungen der modernen Welt verlangte in Lateinamerika nach einer Auseinandersetzung mit markanten sozialen Ungleichheiten sowie mit politischen Bewegungen, die insbesondere seit der Kubanischen Revolution (1959)

für einen grundlegenden strukturellen Wandel auf dem Subkontinent kämpften. Als Antwort auf das Konzil und die sozialen und politischen Gegebenheiten proklamierten die versammelten lateinamerikanischen Bischöfe 1968 die ‚Option für die Armen‘ und schufen damit eine wichtige Grundlage für den Aufstieg der Befreiungstheologie. Basierend auf der Interpretation der Bibel aus Sicht benachteiligter Bevölkerungsteile, suchte diese theologische Strömung die ‚Befreiung der Unterdrückten‘ durch die aktive Teilnahme katholischer Kleriker und Laienorganisationen an der Bekämpfung sozialer Ungleichheiten.

In den Andenprovinzen Ecuadors engagierten sich Priester, Ordensschwester und Laien primär

in der Bildungsarbeit und setzten sich für bessere Lebensbedingungen von Bauerngemeinschaften ein, die mehrheitlich der indigenen Bevölkerung angehörten. Die Unterstützung im Kampf um Landtitel sowie die Stärkung der Akzeptanz und der Rechte der indigenen Bevölkerung innerhalb der mestizisch dominierten Gesellschaft bildeten die Hauptaktionslinien der befreiungstheologisch motivierten Pastoralarbeit. Eine Leitfigur dieses katholischen Aktivismus war Bischof Leonidas Proaño von Riobamba, der zwischen 1954 und 1985 Oberhaupt der katholischen Kirche in der Andenprovinz Chimborazo war. Mit der ‚Revolution des Poncho‘ bezeichneten dem Bischof nahestehende Kirchenvertreter das Engagement Proaños für die indigene Bevölkerung, die dank seiner Pastoralarbeit begonnen hätte, durch Organisation und Wertschätzung ihrer Kultur einen Ausweg aus ihrem Dasein als Unterdrückte zu suchen. Die seit den 1970er Jahren verstärkter sichtbaren sozialen Bewegungen und vor allem die neue Indigenenbewegung gelten im Narrativ der ‚Revolution des Poncho‘ als Höhepunkt eines von der Kirche angestossenen Prozesses der Bewusstseinswerdung.

Die öffentliche Wahrnehmung und die wissenschaftliche Aufarbeitung des ecuadorianischen katholischen Aktivismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts konzentrierte sich bislang auf Leonidas Proaño, der auch als ‚roter Bischof‘ oder ‚Befreier der Indios‘ internationale Bekanntheit erlangte. Eine eingehende und systematische Analyse befreiungstheologischer Akteure, Diskurse und Praktiken in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozessen der 1960er bis 1980er Jahre fehlte hingegen. Vor diesem Hintergrund zielt die Dissertationsschrift auf eine Überarbeitung der ‚Revolution des Poncho‘ und untersucht das heterogene Akteursspektrum des katholischen Aktivismus, seine Verflechtungen mit zeitgenössischen sozialen Bewegungen sowie mit transnationalen Netzwerken und Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Dabei geht es nicht lediglich um eine Dezentrierung der Perspektive in Bezug auf den Bischof, sondern im Allgemeinen hinsichtlich des Paradigmas der Befreiungstheologie. Beiträge zur Rolle der katholischen Kirche in den politischen und sozialen Umbrüchen Lateinamerikas wurden bisher hauptsächlich durch Befreiungstheologen selbst, oder mit einer starken Konzentration auf spezifische berühmte Akteure veröffentlicht. Um dieser

in der Historiographie dominierenden Personifizierung zu entkommen, geht diese Arbeit von der Befreiungstheologie als Zusammenschluss verwobener Ideen und global zirkulierender Konzepte aus, und analysiert das Phänomen als Antwort auf spezifische Ereignisse und politische Prozesse. Theoretisch stützt sich die Arbeit, in Anlehnung an Stuart Hall, auf das Konzept der Repräsentationspolitik und verbindet dieses mit einem verflechtungsgeschichtlichen Zugriff.

Im ersten Teil der Dissertation wird nachgewiesen, dass das Interesse der katholischen Kirche für die indigene Bevölkerung nicht als Resultat der Befreiungstheologie zu deuten ist, sondern vielmehr in die Tradition des Indigenismus der 1950er Jahre eingeordnet werden muss. Dabei lieferte der katholische Indigenismus in erster Linie eine Antwort auf die Krise der Kirche in Hinblick auf drohende Einflussmöglichkeiten kommunistischer Gruppierungen. Der zweite Teil der Arbeit schildert den Aufstieg der Befreiungstheologie in Ecuador und die zunehmende Spaltung innerhalb der Kirche in Reformeure und Konservative. Das Kapitel bildet das weite Feld der Akteure ab und rekonstruiert die Polarisierungen – auch innerhalb befreiungstheologisch inspirierter Gruppen in Bezug auf die Radikalisierung – mittels Aussagen von ZeitzeugInnen. Der dritte Teil der Arbeit widmet sich schliesslich den konkreten Verbindungen des katholischen Aktivismus mit der Entstehung der Indigenenbewegung seit den 1970er Jahren. Dabei werden Mobilisierungsbestrebungen innerhalb des Landes mit transnationalen Prozessen und Bewegungen – z. B. Solidarisierung mit Chile nach dem Putsch, Befreiungsbewegungen in Zentralamerika, Menschenrechtsaktivismus – in Beziehung gesetzt. Zudem wird gezeigt, dass kirchliche Akteure auf eine ‚indigene Kultur‘ beharrten, die mit dem christlichen Gemeinschaftsideal harmonisierte, und als ideologisches Gerüst für die Indigenenbewegung dienen sollte. Diese Ethnisierung des Diskurses wurde zwar von bestimmten indigenen Akteuren mitgestaltet und angeeignet, war aber für eine breit abgestützte Mobilisierung in konkreten Konflikten nicht förderlich. Zudem konnte diese Tendenz die paternalistischen Züge des Indigenismus nicht überwinden und vermochte somit auch der Heterogenität der andinen Lebenswelten nicht gerecht zu werden. Das Fazit der Arbeit, welches eine neue Lektüre der ‚Revolution des Poncho‘ vorschlägt, wird ergänzt durch ein aktualitätsbezo-

genes Kapitel, das sich mit der Erinnerungsarbeit rund um den Bischof Proaño auseinandersetzt.

Die Dissertation basiert auf Archivarbeit sowie einem Oral History Projekt. Nebst Archiven und Bibliotheken in der Hauptstadt Quito, konnten zahlreiche Lokalarhive in den Hochlandprovinzen Ecuadors ausfindig gemacht und erschlossen werden. Das bisher nicht katalogisierte Archiv der Diözese Riobamba bildete dabei eine wesentliche Anlaufstelle für das Vorhaben. Für das Thema der Entwicklungszusammenarbeit erwiesen sich ausserdem Quellenbestände aus dem Schweizerischen Bundesarchiv sowie den Staatsarchiven der

Kantone Luzern und Waadt als relevant. Für das Oral History Projekt konnten ZeitzeugInnen in Ecuador als auch in der Schweiz und Frankreich ausfindig gemacht werden. Ihre Erinnerungen sind nicht nur als Ergänzung zu den schriftlichen Quellen interessant, sondern insbesondere, weil sie die Vielschichtigkeit des katholischen Aktivismus, mitsamt seinen inhärenten Widersprüchen und Konfliktlinien, abzubilden vermögen.

Die Arbeit wird in Form einer Monographie im Herbst 2021 beim transcript Verlag in Open Access erscheinen.



Sarah Rindlisbacher

## **Botschafter des Protestantismus**

Aussenpolitisches Handeln von Zürcher Stadtgeistlichen im 17. Jahrhundert

Dissertation bei Prof. Dr. André Holenstein und Prof. Dr. Thomas Maissen

Die enge Verflochtenheit von Politik und Konfession kennzeichnet die Frühe Neuzeit insgesamt, und sie tut dies im Fall des eidgenössischen Ortes Zürich im Besonderen. Seit der Reformation genossen die Zürcher Geistlichen politische Mitspracherechte, die sowohl im eidgenössischen als auch im internationalen Vergleich als aussergewöhnlich zu bezeichnen sind. Während einige Formen der Einwirkung auf die Entscheidungen des Zürcher Rats – so etwa die politische Predigt und die sogenannten «Fürträge» – bekannt sind, wurden andere Arten der politischen Einflussnahme in der Forschung bislang kaum thematisiert. Besonders die Aussenbeziehungen und die Verbindung einzelner Geistlicher mit ausländischen Diplomaten wurden bislang nur ungenügend aufgearbeitet. An diesem Punkt setzt die Dissertation an. Sie untersucht, welche Rolle bestimmte Geistliche in der Diplomatie Zürichs im 17. Jahrhundert einnahmen und wie sich ihr Engagement insgesamt auf die Aussenpolitik ihres Standes auswirkte. Anhand von sechs Detailstudien, die jeweils auf Zeiten des intensiven Austauschs zwischen Zürich und fremden Mächten (darunter protestantische Reichsfürsten, die Niederlande, England und Schweden) fallen,

wird das diplomatische Agieren von einzelnen Exponenten der geistlichen Elite – drei Antistites und drei Theologieprofessoren – sichtbar gemacht. Im Zentrum stehen die (in- und ausländischen) Netzwerke der Geistlichen sowie die Praktiken, Medien und Kanäle ihrer Einflussnahme. Zudem interessiert das Verhältnis zwischen Religion und Politik respektive zwischen Geistlichkeit und Zürcher Rat sowie die Frage, wie der Rat die geistliche Mitwirkung beurteilte und welche Magistrate davon profitierten. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Studien- und Lehrjahre der Geistlichen im Ausland, die fester Bestandteil der kirchlichen und akademischen Laufbahn waren und es den Kirchenmännern ermöglichten, sich mit den wichtigsten protestantischen Zentren in Europa zu vernetzen. In Kombination mit der erheblichen Bedeutung der Konfession im politischen Diskurs wurde den Zürcher Geistlichen somit ein breites Aktionsfeld eröffnet, auf dem sie als Gesandte, diplomatische Broker, Meinungsführer und Informanten mitwirkten.

Die vaterländisch-patriotische Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts übersah dieses aussenpolitische Engagement von Geist-

lichen entweder ganz oder verurteilte es scharf, da die Geistlichen nicht selten die Anliegen einer transnational gedachten calvinistischen Glaubensgemeinschaft gegenüber den angeblichen «nationalen» Interessen der (so noch nicht existierenden) Schweiz priorisierten. Transnationale Religions-

politik, grenzüberschreitende Glaubensgemeinschaft, europaweites Gelehrtennetzwerk – mit diesen Themenbereichen trägt die Arbeit aus politik-, diplomatie-, kirchen- und kulturgeschichtlicher Sicht zu einer transnational gedachten Schweizer Geschichte bei.



Benjamin Ryser

## Zwischen den Fronten

Berner Militärunternehmer im Spannungsfeld von Eigeninteressen, obrigkeitlichen Ambitionen und multiplen Loyalitäten (Zweite Hälfte 17. und frühes 18. Jahrhundert)

Dissertation bei Prof. Dr. André Holenstein und Prof. Dr. Andreas Würgler

Die Berner Obrigkeit bewilligte im August 1671 dem französischen König Ludwig XIV. ein Regiment, rund 2'400 Mann, in Dienst zu nehmen. Die Arbeit untersucht Berner Militärunternehmer als transnationale Akteure in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und zu Beginn des 18. Jahrhunderts unter der Leitfrage, welche Herausforderungen und Konsequenzen die Aushebung und Bewirtschaftung dieses Regimentes sowohl für den Stand Bern und den Dienstherrn Ludwig XIV. als auch für die Hauptleute der einzelnen Kompanien mit sich brachten. Durch die Verflechtung der Akteure erscheinen auch alternative Dienstherrn zu Ludwig XIV. im Handlungsspielraum der involvierten Militärunternehmer.

Um diese komplexe Fragestellung zu beantworten, wurden verschiedene Quellengattungen sowohl aus obrigkeitlicher wie auch privater Provenienz diverser Archive des In- und Auslandes verwendet. Der grösste Teil stammt aus dem bernischen Staatsarchiv, der Burgerbibliothek Bern und dem Bundesarchiv in Bern mit seiner Sammlung von Abschriften aus ausländischen Archiven sowie aus den Archiven des französischen Aussenministeriums und des Kriegs- bzw. Verteidigungsministeriums.

Neben Quellen, welche die Tätigkeit und die offizielle Kommunikation der involvierten Herrschaftsträger dokumentieren (Ratsmanuale, Korrespondenz, Akten von Ratsbehörden und Kommissionen, diplomatische Instruktionen, Berichte

und Denkschriften), wurden Akten beigezogen, welche die Finanzierung des Betriebs und Unterhalts der militärischen Einheiten beleuchten. Vielfach finden sich einschlägige Dokumente in den mitunter nicht besonders gut erschlossenen Archiven und Nachlässen der Militärunternehmerfamilien selbst. Allerdings stellt gerade die disparate Überlieferung dieser Nachlässe eine besondere Herausforderung dar, spiegelt gerade diese die hohe Mobilität der Akteure wider.

Mit der Thematisierung frühneuzeitlicher Militärunternehmer leistet die Dissertation einen substantiellen Beitrag an die internationalen Forschungsbemühungen, welche sich in den letzten Jahren verstärkt Privatisierungs- und Kommerzialisierungsaspekten des Krieges in der frühen Neuzeit zugewandt haben.

Mit Hilfe eines akteurszentrierten Ansatzes werden die verschiedenen Konfliktsituationen aufgezeigt, in die ein bernischer Militärunternehmer einerseits gegenüber weiteren Familienmitgliedern oder gegenüber des Berner Patriziats, andererseits gegenüber der Republik Bern, der Eidgenossenschaft oder den europäischen Mächten geraten konnte.

Die Militärunternehmer mussten versuchen, ihre persönlichen Interessen mit der familiären Strategie im intergenerationellen Soldgeschäft sowie mit konfessionellen Überzeugungen und politischen Loyalitäten zu vereinbaren. Aktuelle Fragestellungen etwa nach der sozialen Mobilität

oder nach der grenzüberschreitenden Verflechtung der Militärunternehmer stehen in einem engen Zusammenhang mit der Hinwendung der Neuen Militärgeschichte zur Sozialgeschichte oder den methodischen Reflexionen der Neuen Diplomatiegeschichte. Die Arbeit untersucht deshalb einerseits Konflikte innerhalb von Familien, der Republik Bern oder mit dem Dienstherrn, welche aufgrund der aus dem Militärunternehmertum generierten Ressourcen entspringen konnten, und andererseits legt sie einen Fokus auf die Aussenbeziehungen des Stadtstaates Bern im ausgehenden 17. Jahrhundert.

Die Arbeit geht der Leitfrage in einem Grundlagenkapitel (Kapitel 2) und zwei Hauptteilen (Kapitel 3 und 4) nach.

Im Grundlagenkapitel zeichnet die Untersuchung die Beziehungen zwischen der französischen Monarchie und der Eidgenossenschaft respektive der Republik Bern in der Frühen Neuzeit nach. Das Dienstverhältnis der eidgenössischen Truppen war durch eine Reihe von Verträgen rechtlich geregelt. Danach werden die Aushandlung, Aushebung und Aufstellung des Regimentes von Erlach im Jahr 1671 im Detail beschrieben.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich vorwiegend mit den Herausforderungen des Regimentes von Erlach in französischen Diensten und besonders mit den Problemen, die daraus erwuchsen, dass sich Ludwig XIV. immer weniger an die ausgehandelten Rahmenbedingungen (z. B. das Verbot von Offensiveinsätzen) hielt. Die historische Forschung beschrieb den eidgenössischen Solddienst in den letzten Jahren immer wieder als «intergeneratives Familienunternehmen».

Dabei zeigt die Arbeit auf, wie es Familien gelang, das Kommando über militärische Einheiten innerhalb eines Familienverbandes an die nächste Generation zu weiterzureichen. Die Studie erforscht weiter, wie die bernischen Offiziere den Spagat zwischen Befehlen der französischen Krone, denjenigen ihrer bernischen Obrigkeit und eigenen militärunternehmerischen Ansprüchen bewältigten.

In Konfliktsituationen rund um die Einsätze des Regimentes von Erlach waren die Berner Militärunternehmer mit Situationen und widersprüchlichen Befehlen konfrontiert, in denen sie sich trotz multipler Loyalitäten für die Umsetzung eines der Befehle entscheiden mussten. Ein letzter Teil widmet sich den Militärunternehmern als Ver-

mittlern zwischen der französischen Monarchie und ihrer Obrigkeit während der Reformen nach den Friedensschlüssen.

Kapitel vier thematisiert die politischen Konsequenzen der Regimentsaushebung für den Stand Bern. Die historische Forschung hat unlängst festgestellt, dass entweder Militärunternehmer selbst oder ihre Verwandten in die lokale Politik der eidgenössischen Orte, aus denen sie stammten, eingebunden waren. Die Ressourcen aus dem Solddienst stützten die politische Stellung einzelner Geschlechter innerhalb ihres Ortes.

Die qualitative Analyse diplomatischer Korrespondenzen und von Quellen der Berner Obrigkeit ermöglicht es, die politischen Praktiken in den Räten der Stadt Bern in Bezug auf die Solddienste hin zu untersuchen. Besonders die Aufstellung des Regimentes von Erlach wie auch die Rekrutierungsversuche im Niederländisch-Französischen Krieg (1672–1678) bieten einen detaillierten Einblick in die Verflechtung von Politik und Solddienst in der Republik Bern. Im Laufe der 1680er Jahre verhärteten sich die Fronten zwischen den unterschiedlichen Faktionen im Berner Rat. Die antifranzösische Faktion gewann an Einfluss und bestimmte zunehmend die politische Agenda in Bern.

Die Berner Obrigkeit stand vor der paradoxen Situation, dass ihre Offiziere und Soldaten in französischen Diensten standen, wo sie auch für die Verteidigung des eigenen Standes ausgebildet wurden, und dass das Frankreich Ludwigs XIV. gleichzeitig für sie die grösste Bedrohung darstellte. Die Berner Magistraten mussten folglich eine gleichwertige Alternative finden, welche die Ausbildung fähiger Offiziere zur eigenen Verteidigung gewährleisten konnte.

Ein Bruch mit Ludwig XIV. hätte jedoch die Sicherheit des eigenen Standes gefährdet und das auf Multilateralität ausgerichtete Bündnissystem in Gefahr gebracht. Englische und niederländische Gesandte ebneten den Weg zu einer verstärkten allianzpolitischen und militärischen Kooperation, indem sie die protestantische und republikanische Solidarität mit der Republik Bern betonten.

Mittels der französischen, niederländischen und englischen diplomatischen Korrespondenz wird untersucht, wie die verschiedenen Kriegsherren die Berner Militärunternehmer zu engagieren versuchten.



Die französische Diplomatie setzte im ausgehenden 17. Jahrhundert vermehrt auf Retorsionsmassnahmen gegenüber dem Stand Bern. Ihr gelang es jedoch nicht, ihre dominante Stellung in Bern zu behaupten, im Gegenteil. Die Niederlande

wurden im 18. Jahrhundert der wichtigste Abnehmer bernischer Solddiensttruppen.

Voraussichtlich erscheint die Dissertation in der Reihe *Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern* im Dezember 2021.



Niklaus Emanuel Bartlome

## **Rennen auf die Reben?**

Spätmittelalterlicher Reben- und Weinzinsbesitz am Nordufer des Bielersees

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

Im Jahr 2017 kaufte das Kloster Engelberg einen Rebberg in Wingreis bei Twann am Bielersee, den es knapp 600 Jahre zuvor, am 5. Februar 1433, an den Berner Franz von Scharnachtal verkauft hatte. Dieser Erwerb wirft ein Schlaglicht auf die seeländische Weinbauregion, wo im Spätmittelalter verschiedenste Akteure am Kauf und Verkauf von Weinbergen und den darauf liegenden Weinzinsen aktiv beteiligt waren. Zwischen 1388 und 1475 war das Weinbaugebiet am Nordufer des Bielersees das bedeutendste im Einflussbereich der Stadt Bern. Die Arbeit setzte sich zum Ziel, für diesen Zeitraum den Kauf, den Verkauf und die Leihe von Rebgütern und Weinzinsen dreier im Weinbau tätigen Akteursgruppen, *der Bewohner des Seelandes*, *der geistlichen Institutionen* und *der Stadt Berner*, zu untersuchen. Wie veränderte sich während der Untersuchungsperiode die Besitzsituation von Reben und Weinzinsen und gab es Zeitspannen von geballtem Kaufverhalten, eben ein *Rennen auf die Reben*? Unmittelbar damit verknüpft wurde analysiert, was sich über Standort und Kaufpreis der Reben aussagen lässt und in welchen Bereichen besonders oft Konfliktsituationen auftraten.

Um einen solchen Fragenkatalog aussagekräftig beantworten zu können, wurde mit quantitativ auswertbarem Material gearbeitet, welches mittels analytischer Methode aufbereitet und ausgewertet wurde. Das dafür verwendete Quellenkorpus besteht aus 414 Urkundenregesten des Berner Stadtarchivs und des Staatsarchivs des Kantons Bern.

Bei der Leihe gab es drei Abgabemöglichkeiten von Rebgütern: *den Teilbau (Halbreben)*, *die Vergabe zu einem festen Weinzins* oder *eine Kombination von beidem*. Die Bewohner des Seelandes beispielsweise wählten eher das für sie wirtschaftlich sichere Prinzip der Halbrebe. Die kapitalkräftigen Klöster konnten beim Verleihen mehr Risiko

eingehen und ihre Reben zu einem fixen Weinzins vergeben.

Zwischen 1388 und 1415 wurden besonders viele Reben verliehen und Rebgüter und Weinzinse wechselten oft ihre Besitzer. In der zweiten Hälfte des 15. Jh. nahm die Aktivität aber stark ab. Allgemein betrachtet zeigt sich, dass das Verhalten der Akteure im Weinbau am nördlichen Ufer des Bielersees dynamisch und nicht linear war. Die Investitionsperioden konnten dabei in Zusammenhang gebracht werden mit der territorialpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Berns.

Bei der Untersuchung der Akquirierung von Rebenbesitz kann festgestellt werden, dass gerade die auswärtigen Akteure, die Klöster und die Stadt Berner, ihre neuerworbenen Reben oft innert kürzester Zeit an lokale Bewohner weiterverliehen, mussten sie sich doch auf diese Weise nicht um die konkrete Bewirtschaftung kümmern. Eine Analyse des Kaufpreises eines *einzelnen Mannwerks Reben* ergab, dass er in einem Vierteljahrhundert, zwischen 1414 und 1438, um das Dreieinhalbfache angestiegen war.

Nebst der Investition in eigentliche Reben legten die einzelnen Akteure ihr Vermögen auch in Weinzinse an. Es kann gezeigt werden, dass Weinzinse meist in der Höhe von *einem halben* oder *einem ganzen Saum* verkauft wurden. Aus logistischen, administrativen und wirtschaftlichen Gründen handelte es sich dabei um die ideale Grösse. Die Berechnung des Kaufpreises *eines Saums Weinzins* ergab, dass er sich zwischen 1414 und 1438 im Gegensatz zum Pro-Mannwerk-Preis nur um das Anderthalbfache erhöhte.

Die Untersuchung der einzelnen Kaufpreise von Reben und Weinzins dokumentiert gerade für die Ortschaften Le Landeron und Neuenstadt, dass Rebparzellen, die auf einer Höhe von 450–520 m. ü. M. angepflanzt waren, wo weitestgehend tro-

ckene und sonnenreiche Bedingungen vorherrschten, und die nicht direkt am See lagen, besonders begehrt und teuer waren.

Bei der Analyse der in den Regesten überlieferten Konflikte im seeländischen Weinbau kam heraus, dass man sich weitaus am häufigsten um Ansprüche auf Weinzinse ab seeländischen Reben stritt. Dies belegt nicht nur, wie wichtig das rechtliche Konstrukt der Weinzinse war, sondern auch wie konfliktanfällig sich dies gestaltete. Aber auch konkrete Streitigkeiten, etwa die negativen Auswirkungen von Einzelbäumen im Reb Gelände, wurden vor Gericht debattiert.

Die Gruppe der Klöster erweiterte 1388 bis 1475 ihren Rebenbesitz dahingehend, dass sie das Bestehende zu arrondieren und verdichten

versuchte. Die Bewohner der seeländischen Ortschaften waren zahlenmässig in den Jahren 1388 bis 1415 die dominierenden Figuren im Weinbau. Das Beispiel von Johann Marchandet aus Valangin konnte veranschaulichen, wie die Stadt Berner im Verlauf des 15. Jh. vermehrt auf den seeländischen Weinbau zugriffen. Es waren die Bürger und Junker von Bern, die schlussendlich das *Rennen um die Reben* gewinnen sollten. Es konnte beleuchtet werden, dass die politische Laufbahn und die konkreten Herrschaftskäufe ausschlaggebend für den Start der bernischen Investitionen waren, die teils über mehrere Generationen hinweg getätigt wurden. Ein Grossteil jener Berner Akteure gehörte in der zweiten Hälfte des 15. Jh. zur obersten wirtschaftlichen und sozialen Führungselite.



Michael Bellwald

## Sicherheit durch Überwachung?

Schweizerische Telefonüberwachung im Zweiten Weltkrieg

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Eine historische Perspektive innerhalb des breiten Forschungsfelds zur Überwachung und zur Funktionsweise von Überwachung ist relativ spärlich entwickelt. Das erstaunt, zumal doch gerade in Zeiten der Digitalisierung die Überwachungsdebatte omnipräsent ist. Heute wird Überwachung oft als ein neues Phänomen thematisiert und als Teil der *digital revolution* betrachtet. Formen der elektronischen Überwachung existierten jedoch bereits schon früher. Als theoretische Grundlagen der Arbeit werden hierfür die Erkenntnisse der *Surveillance* und *Security Studies* sowie Michel Foucaults Schriften hinzugezogen. Foucault gilt als wichtiger Überwachungstheoretiker und sein Denken und Wirken beeinflusste stark die späteren *Surveillance Studies*.

Die Arbeit zeigt auf, wie und warum die Schweiz die nationale und transnationale Telekommunikation während des Zweiten Weltkriegs überwachte und wie sich diese Überwachung im innen- und aussenpolitischen Spannungsfeld im Verlauf des Weltkriegs verändert hatte. Die

deutsche und japanische Kapitulationen 1945 beendeten den militärischen Konflikt. Ein solches abruptes Ende gab es hingegen bei der Telefonüberwachung nicht. Aus diesem Grunde gilt für den Untersuchungszeitraum der Arbeit nicht die «übliche» Zäsur von 1939 bis 1945, sondern der Zeitraum musste um ein Jahr erweitert werden. Somit ist es einerseits möglich aufzuzeigen, wie die Überwachung schrittweise zurückgefahren wurde, andererseits kann verdeutlicht werden, was für Lehren daraus gezogen worden sind.

Die Thematik der Presse- und Buchzensur ist in der Schweizer Historiografie bereits gut erforscht worden. Mit deren Überwachung war jeweils die Abteilung Presse und Funkspruch (APF) betraut. Die APF war in verschiedene Sektionen unterteilt, welche die unterschiedlichsten Kommunikationsmittel wie Zeitung, Buch, Radio, Telegramm, Telefon, Post, Radio, Schallplatten, Film und Foto überwachten. Diesbezüglich gibt es eine breite Forschungsgrundlage zur Rolle des Schweizer Nachrichtendienstes während des Zweiten

Weltkriegs. Im Fokus der Masterarbeit steht die eigenständige *Sektion TT* (Telefon und Telegraf), die bislang weit weniger in das Zentrum der historischen Forschung gerückt worden ist.

Da die Telefonüberwachung bis anhin kaum erforscht wurde, stützt sich die Arbeit hauptsächlich auf die Quellenbestände im Schweizerischen Bundesarchiv. Hier ist festzuhalten, dass eine breite und umfassende Quellenlage vorhanden ist.

Um die innere und äussere Sicherheit und die Aufrechterhaltung der Neutralität gewährleisten zu können, beauftragte der schweizerische Bundesrat im September 1939 die Armee mit der Überwachung der verschiedensten Kommunikationskanäle. Für die Telefonüberwachung war die erwähnte Sektion TT zuständig, die jedoch vor grossen Herausforderungen stand. So verfügte die Sektion TT weder über ausreichend Know-how noch über die dafür notwendige Infrastruktur. Deswegen entstand ein enger Austausch zwischen der Sektion TT und der schweizerischen Post, der PTT. Denn die PTT verfügte über weitreichende Erfahrung in der Telefonüberwachung.

Technisch gesehen war eine vollständige Überwachung aller geführten Telefonate in der Schweiz nicht möglich. Deswegen fokussierte die

Sektion TT auf zwei Schwerpunkte: Einerseits galt es, den inter- und transnationalen Telefonverkehr zu überwachen, andererseits wurden auf Verlangen von berechtigten Dienststellen bestimmte Einzelpersonen bzw. deren Anschlüsse überwacht. Dabei verschoben sich im Verlaufe des Kriegs die inhaltlichen Prioritäten. Waren zu Beginn innen- und aussenpolitische Aspekte wichtig, gewannen wirtschaftliche Aspekte während des Kriegs zunehmend an Bedeutung. Grundsätzlich wurde in der Schweiz der internationale Telefonverkehr ab September 1939 stark eingeschränkt. Es waren lediglich die vier Landessprachen und Englisch zugelassen. Die Analyse zeigt aber, dass die normativen Weisungen nicht konsequent umgesetzt wurden. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage gewährte die Sektion TT, nach Absprache mit der PTT, verschiedene Ausnahmen in der Sprachenzulassung. Allerdings war mit jeder Lockerung ein potenzielles Risiko verbunden. Denn die restriktive Handhabung war ursprünglich ergriffen worden, um die Sicherheit zu gewährleisten. Wurde aber in Sprachen telefoniert, die das Personal der Sektion TT nicht verstand, konnte auch nicht kontrolliert werden, was für Gesprächsinhalte ausgetauscht wurden.



Christian E. Beutler

## **Hamburger erobern die Schweiz**

Die Etablierung von Fast-Food-Restaurants in der Schweiz von 1960 bis 1990 unter Einbezug der Auswirkungen auf die Gesellschaft

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Für viele Schweizer\*innen, ob jung oder alt, ob in einer kurzen Mittagspause oder zu später Stunde, ist es heute zur Normalität geworden, schnell und günstig einen Hamburger mit Pommes frites zu essen und die Mahlzeit mit einem Becher Cola abzurunden. Fast-Food-Restaurants haben sich erfolgreich in der Schweiz etabliert und sind ein Bestandteil der heutigen Schweizer Esskultur geworden.

Das Ziel dieser Masterarbeit war es herauszufinden, wie sich die amerikanische Fast-Food-

Kultur in der Schweiz etablierte. Die namhaftesten Fast-Food-Unternehmen wie *McDonald's* und *Burger King* haben ihren Ursprung in den USA. Die Recherche zeigte auf, dass mit dem Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit ab den 1950er Jahren erstmals Produkte aus ebendiesem Land in die Schweiz strömten. Der Wandel der Nachkriegszeit führte zu einer Veränderung der Arbeits- und Sozialstrukturen und betraf auch die Essgewohnheiten. Das Bedürfnis nach schneller und günstiger Verpflegung wuchs in der arbeits-

tätigen Bevölkerung der Schweiz, da die Mittagspausen in vielen Unternehmen zu Gunsten von mehr Freizeit verkürzt wurden. Die Untersuchung legt nahe, dass vor allem dieser Umstand ab den 1960er Jahren den ersten Fast-Food-Restaurants in der Schweiz zum Erfolg verhalf.

Verschiedene Dokumente wie Werbeplakate, Fernsehbeiträge und Geschäftsberichte zeigen, wie namhafte Schweizer Unternehmen wie *Mövenpick*, *Migros* oder *Coop* sich ihren Anteil am wachsenden Fast-Food-Markt in der Schweiz sichern wollten. Die Inspiration für das Geschäftsmodell Fast-Food holten sich die Unternehmen aus den USA. Den Firmen gelang es zeitweise durch geschickte, auf die lokale Bevölkerung zugeschnittene Werbekampagnen viele Kunden zu gewinnen und hohe Umsätze zu erzielen. Weiter zeigen die Dokumente auf, dass die Etablierung des Fast-Food-Riesen *McDonald's* in der Schweiz ab 1976 für die einheimischen Fast-Food-Unternehmen zu einem grossen Konkurrenzdruck und

vielfach zum Scheitern führte. Im Gegensatz zu den ersten Schweizer Fast-Food-Unternehmen beruhte der Erfolg von *McDonald's* auf seiner Standardisierungsstrategie und hoher Finanzkraft, was auch in der Schweiz für die Positionierung am Markt entscheidend war.

Zudem zeigen die Dokumente, dass die Etablierung von Fast-Food-Unternehmen in der Schweiz auch zu Kritik führte und teilweise aktiv bekämpft wurde. Diese Kritik richtete sich aber nicht unbedingt gegen die Verpflegungsform Fast-Food an sich, sondern vielmehr gegen die damit verbundene amerikanische Lebensweise. Auch wurde befürchtet, dass Fast-Food-Restaurants die traditionelle Gastronomie verdrängen könnten und, dass die Schweizer Esskultur verloren ginge. Diese Befürchtungen bewahrheiteten sich freilich nicht, da durch die Etablierung von Fast-Food-Restaurants die Schweizer Esskultur und Gastronomie höchstens ergänzt wurde.



Alice Bloch

### «Der Sinn des Studiums der jüdischen Geschichte»

Eine lebensweltliche Annäherung an die Zionistin und Historikerin  
Augusta Weldler-Steinberg (1879–1932)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Augusta Weldler-Steinberg ist eine der einflussreichsten Personen der schweizerisch-jüdischen Geschichtsschreibung. Bis auf einige biografische Eckpunkte ist der Werdegang der Autorin der zweibändigen Publikation *Geschichte der Juden in der Schweiz. Vom 16. Jahrhundert bis nach der Emanzipation* – gemäss dem Historischen Lexikon der Schweiz (HLS) «bis heute das Standardwerk für die polit. Geschichte der Juden in der Schweiz» – allerdings nahezu unbekannt. Das grundlegende Erkenntnisinteresse der Masterarbeit liegt darin, die Lebenswelt der Akteurin zu untersuchen, in der dem Nexus zwischen Geschichte und Zionismus grosse Bedeutung zukommt. Anhand der lebensweltlichen Analyse wird im dreigliedrigen Hauptteil aufgezeigt, in

welchem spezifischen Kontext die *Geschichte der Juden in der Schweiz* entstanden ist. Das Quellenkorpus setzt sich mehrheitlich aus Nachrufen, behördlichen Unterlagen, zeitgenössischen Publikationen und Presseerzeugnissen zusammen. Ein eigentlicher Nachlass ist nicht überliefert.

In der Untersuchung kann aufgezeigt werden, wie Weldler-Steinbergs Leben, ihre Einordnung der Vergangenheit, ihr Weltverständnis, ihr zionistisches Sendungsbewusstsein und ihre Methode der Geschichtsschreibung eng miteinander verwoben sich entwickelten. Zudem wird deutlich, dass die Historikerin sich missverstanden gefühlt hätte, wäre ihr der Inhalt des zu ihrer Person verfassten HLS-Artikels bekannt gewesen. So war es zu keiner Zeit ihre Absicht, eine «polit. Geschichte

der Juden in der Schweiz» zu verfassen, sondern vielmehr durch das Schreiben einer Art «Kultur- oder Alltagsgeschichte» ihren jüdischen LeserInnen den Weg zu einem zionistischen Selbstverständnis zu ebnet und im besten Fall MitstreiterInnen für den «Palästinaaufbau» zu gewinnen. Obwohl das Ziel dieser Arbeit zu keinem Zeitpunkt war, Weldlers-Steinbergs Werdegang lückenlos abzubilden, konnten vielschichtige Aspekte und Faktoren, die ihre Lebenswelt bedingten, zum Vorschein gebracht werden.

Bei der Entwicklung von Weldler-Steinbergs zionistischem Sendungsbewusstsein spielte das Erfahren und Erkennen von Antisemitismus eine nicht wegzudenkende Rolle. Als jüdische Frau erfuhr sie zum einen selbst unmittelbar Diskriminierungen. Zum anderen sind als Zäsuren etwa das sogenannte Schächtverbot oder die Dreyfus-Affäre zu nennen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit das Verständnis ihrer selbst sowie ihre Einordnung der Gegenwart beeinflusst haben. Eine wichtige Etappe in ihrer prozesshaften Hinwendung zum Zionismus stellte ihre akademische Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte dar. Es gelang aufzuzeigen, dass gerade durch die Deutung, die jüdische Geschichte würde sich in ihrem Schrecken in allen Ländern und Epochen wiederholen, Weldler-Steinbergs zionistischer Impetus erwachte und bestärkt wurde. Sie gelangte zur Überzeugung, dass sich die Hoffnung, die mit der Emanzipation der jüdischen Bevölkerung einhergegangen war, nicht erfüllen würde, und eine Integration der jüdischen Bevölkerung in die christliche «Mehrheitsbevölkerung» nicht möglich sei.

Der Geschichtsforschung, -vermittlung und -schreibung mass die Akteurin eine besondere lebenspraktische Relevanz zu. Die Historikerin zielte mit ihrem diesbezüglichen Engagement darauf ab, dass die Angehörigen der schweize-

risch-jüdischen Gemeinschaft ihre Zugehörigkeit zum «jüdischen Volk» begriffen und sich dadurch zwangsläufig zum Zionismus bekannten. Dieser perzipierte «Sinn des Studiums der jüdischen Geschichte» stand jedoch in keinem erkennbaren Zusammenhang damit, dass das Projekt *Geschichte der Juden in der Schweiz* in den 1920er und 1930er Jahren in mehrerlei Hinsicht zum Debakel wurde. Vielmehr äusserten sich in den Spannungen soziale Hierarchien innerhalb der schweizerisch-jüdischen Gemeinschaft sowie Ärger und Überforderung als Reaktionen auf eine ausserhalb der ihr zugeordneten Rolle agierenden Frau.

Mit ihrer zunehmenden Beteiligung in der zionistischen Bewegung erweiterte sich im Laufe der 1920er Jahre ihr Fokus. Neben der intellektuellen Bildungsarbeit wirkte Weldler-Steinberg ab Ende des Ersten Weltkriegs zunehmend an der Gründung von Vereinen mit und engagierte sich als aktives Mitglied in zionistischen Organisationen. Besondere Beachtung verdient, dass die von ihr geleitete *Arbeitsgemeinschaft Zionistischer und Misrachistischer Frauen* als erste Frauenorganisation in den *Schweizerischen Zionistenverband* aufgenommen wurde.

Die Masterarbeit konnte aufzeigen, wie Geschichte sowohl bei der Ausbildung Weldler-Steinbergs zionistischem Sendungsbewusstseins als auch im Zusammenhang ihres zionistischen Aktivismus eine immanente Funktion zukam. Während vermeintlich mit wenigen Ausnahmen nicht eindeutig zwischen Geldarbeit und Aktivismus unterschieden werden kann, muss nach genauerer Betrachtung angenommen werden, dass grundsätzlich all ihre Handlungen als zionistisch motiviert zu lesen sind. Die Analyse zeigt schliesslich, dass sich Weldler-Steinberg im Erwachsenenalter kompromisslos als Zionistin verstand.



## Der Lawinenwinter 1951 in Österreich

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Aufarbeitung des Lawinenwinters 1950/51 in Österreich sowie in Südtirol bildete bislang – im Gegensatz zur Situation in der Schweiz – eine grosse Forschungslücke. Die Masterarbeit will diese Lücke schliessen und legt dabei ihr Hauptaugenmerk auf Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten sowie der zu Italien gehörenden autonomen Provinz Südtirol. Zu den meisten Todesfällen durch Lawinenereignisse in Österreich kam es in Tirol, Salzburg und Kärnten. Der Winter von 1950/51 in Österreich zählt mit 135 Todesopfern zu den schlimmsten Lawinenwintern des 20. Jahrhunderts. Unterschieden werden dabei zwei Aktivitätsphasen vom 19.–21. Januar und 8.–12. Februar 1951.

Die Phase vom 19.–21. Januar 1951 war durch einen Nordwest-Sturm verursacht worden. In den zentralen und östlichen Alpen türmten sich binnen kurzer Zeit 150–250 cm Neuschnee auf, die in Form von hunderten Schadenslawinen talwärts kamen. Besonders betroffen waren dabei Österreich (135 Tote), die Schweiz (98 Tote), Italien (46 Tote) und das Gebiet des damaligen Jugoslawiens (25–30 Tote). In den Ostalpen in Österreich wirkten sich nach Walther Flaig Warmlufteinbrüche vergleichsweise stärker aus als in der Schweiz. Als Folge davon ging der Schneefall vom 19.–20. Januar bis auf 2000 m ü. M. in Regen über, was zur Folge hatte, dass nach anfänglichen Staublawinen auch Schneeschlamm als Schlag- und Grundlawinen zu Tale donnerten. Der Landesforstdirektor von Tirol konstatierte zu den Katastrophentagen im Januar 1951: «In Gebieten, wo die Waldgrenze zufolge der durch Jahrhunderte ausgeübten Grasnutzung herabgerückt worden war und dadurch der Entwicklung der Lawinen eine gewaltige Anlaufbahn sowohl der Höhe wie der Ausdehnung nach zur Verfügung stand, waren die Auswirkungen am verheerendsten. [...] Die Zahl der abgegangenen

Lawinen hat sich gegenüber früheren Jahren nicht sehr wesentlich erhöht, die meisten der in diesen Katastrophentagen abgegangenen Lawinen sind auch früher schon aufgetreten, jedoch nicht in der Grösse und Ausdehnung wie heuer. Waren sie früher Schneerutsche oder unbedeutende Lahnen, die nach 100 m zum Stillstande kamen, so wurden sie heuer zu kilometerlangen und mehrere hundert Meter breiten Lawinen, die an Orten auftraten, die aller menschlichen Voraussicht nach bisher als lawinensicher galten.»

Die zweite Aktivitätsphase vom 8.–12. Februar 1951 war dadurch bedingt, dass der Lee-Zyklon warme und feuchte Mittelmeerluft gegen die Alpen schaufelte, was auf der Alpensüdseite zu intensivem Schneefall führte. Viele Wälder wurden zerstört und Lawinen gingen an Stellen nieder, an welchen aus den vorigen Jahrhunderten keine Lawinenabgänge bekannt waren. Während die Lawinenereignisse im Monat Januar weitläufig in allen untersuchten Gebieten Zerstörungen anrichteten, waren im Februar in erster Linie Südtirol und Kärnten betroffen.

Die Resultate der Untersuchungen zur Lawinenaktivität werden in einer Liste dargestellt, welche die Lawinnenniedergänge, die durch die Lawinen verursachten Schäden sowie, wenn vorhanden, die Datierung der Lawinenereignisse enthält. Die räumliche Verteilung der Schadenslawinen-Ereignisse wird anhand von Karten erläutert. Die Bergungsarbeiten und Hilfsleistungen sind weitere Aspekte des Winters 1950/51, welche in der Arbeit untersucht werden. Als Grundlage für die Masterarbeit werden bewusst verschiedene Quellenarten wie Zeitungen und Archivquellen, etwa Berichte der öffentlichen Verwaltung, herangezogen, um den Katastrophewinter 1950/51 aus verschiedenen Blickwinkeln analysieren zu können.



## Landwirtschaft und Ernährung in Senegambien (15.–17. Jahrhundert)

Veränderungen und Kontinuitäten von «Foodways» in Senegambien anhand zeitgenössischer Reiseberichte

Masterarbeit bei Prof. Dr. Roberto Zaugg

Westafrika war vor der Ankunft der Europäer mit anderen Weltregionen verflochten, wobei sich diese Beziehungen bereits mehrere Jahrhunderte zuvor entwickelt hatten. Trans-saharische Handelsrouten verbanden das Mittelmeer mit dem Sahel, von wo Fluss- und Landrouten weiter nach Süden in die Regenwald-Region führten. Mit den iberischen Seefahrten im 15. Jahrhundert wurden auch die Küsten Westafrikas Kontaktzonen im Kontext neuer Handelsnetzwerke, die nach Europa und die Amerikas reichten.

In diesem Zusammenhang zirkulierten zwischen der Alten und der Neuen Welt nicht nur neue Konsumgüter, sondern auch bis dato unbekannte Tiere sowie Pflanzen, Ideen, religiöse Vorstellungen und auch Menschen, was die Welt massgeblich und dauerhaft veränderte. Die Rolle Westafrikas in der neu heranwachsenden Handelsinfrastruktur wurde in der Forschung meistens auf den Sklavenhandel beschränkt, doch kann und sollte ihre Geschichte nicht nur auf dieses düstere Kapitel reduziert werden. Westafrika exportierte verschiedene Waren und Kulturpflanzen mitsamt dem für ihre Etablierung in der Neuen Welt notwendigen Wissen. Im Gegenzug wurden europäische, asiatische wie auch amerikanische Güter nach Westafrika importiert, die einen nachhaltigen Einfluss hatten und zur Veränderung der Ökologie, des Geschmacks sowie des Konsumverhaltens führten.

Diese vorliegende Arbeit wurde im Rahmen des SNF-Sinergia Projekts «Foodways in West Africa: an integrated approach on pots, animals and plants» geschrieben. Dieses interdisziplinäre Projekt analysiert die Entwicklung der Landwirtschaft und kulinarische Praktiken in Senegal während der letzten zwei Jahrtausende. Die Masterarbeit untersucht in Auftrag des Projekts agrarwirtschaftliche Techniken, die Verbreitung von Nutzpflanzen, Viehzucht, Jagd und Fischerei, sowie Essgewohnheiten, kulinarische Traditionen und rituelle Verwendungen von alkoholischen Getränken und domestizierten Tieren. Im Zentrum

dieser Masterarbeit steht dabei die Frage, welchen Einfluss die atlantische Öffnung im 15. Jahrhundert und die damit in Verbindung stehenden neuen Nahrungsmittel auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Tierhaltung und die Essgewohnheiten in Senegambien hatten. Um die Forschungsfrage beantworten zu können, wurden hauptsächlich edierte europäische Reiseberichte im Zeitraum zwischen ca. 1450 und 1700 untersucht, wobei vereinzelt auch arabische Quellen aus dem 11. bis 14. Jahrhundert beigezogen wurden. Obwohl die darin enthaltenen Informationen über Fauna, Flora, Handel, Religion, Gesellschaft, Trink- und Essiten ihrer Zeit Stückwerk bleiben, erweisen sich die Berichte im Vergleich zu anderen Quellengattungen als lohnenswert.

Der erste Teil der Arbeit überblickt den Forschungsstand aus den Bereichen der Ernährungsgeschichte und des *Columbian Exchange*. Dieser bezeichnet die Verbreitung und Wechselwirkung von für die jeweiligen Kontinente zunächst neuartigen landwirtschaftlichen Waren wie auch Produkten der Flora und Fauna zwischen der Alten und der Neuen Welt. Bei Ersterem soll der konkrete Anspruch und Erkenntnisse dieser Forschungsrichtung, bei Letzterem die Interaktion und die Auswirkungen der neuen Kulturpflanzen innerhalb verschiedener Ökosysteme aufgezeigt werden. Des Weiteren wird auf den Quellenkorpus und die methodologischen Herausforderungen, die sich aus der Beschäftigung mit ihm ergeben, eingegangen. Der zweite Teil der Arbeit versteht sich als Darstellung des ökologischen, ethnohistorischen und politischen Kontexts in Senegambien während des Untersuchungszeitraums sowie über die Transformationen, die durch den Atlantikhandel ab dem 15. Jahrhundert in Gang kamen. Der eigentliche Hauptteil zeigt in der Folge die konkreten Kontinuitäten, beziehungsweise die durch die atlantische Öffnung herbeigeführten Veränderungen in der senegambischen Landwirtschaft und Ernährung auf, indem die sprachlich vielfältigen Quellen parallel zueinander analysiert werden.



Einerseits werden die in den Quellen erwähnten Kulturpflanzen auf Ansässigkeit oder Neuheit hin analysiert, wobei ein Nebenfokus auf der Verwendung von Nutztieren als Nahrungslieferanten liegt;

andererseits wird die anschliessende Verarbeitung pflanzlicher oder fleischlicher Produkte in der senegambischen Ernährungskultur angesprochen.



Olivier Felber

## **Die Armeeabschaffungsinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) von 1989**

Der Abstimmungskampf, die Gründe für die hohe Zustimmung und die Auswirkungen der Abstimmung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Am 26. November 1989 befand die eidgenössische Stimmbewölkerung über die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik». Diese forderte nichts Geringeres als die Abschaffung des Militärs. Urheberin der Initiative war die *Gruppe für eine Schweiz ohne Armee* (GSoA). Mit einem unerwartet hohen Ja-Stimmenanteil von 35.6 Prozent erzielte die Gruppe einen Achtungserfolg.

Obwohl die Vorlage zu den radikalsten Volksinitiativen der Schweizer Geschichte gehört, hohe Wellen geworfen hat und die GSoA heute noch politisch tätig ist, gibt es kaum Forschungen zu diesem Plebiszit und zur GSoA. Hier knüpft die Masterarbeit an. In erster Linie wird der Abstimmungskampf untersucht, wobei der Fokus auf der Kampagne der GSoA liegt. Dabei wird auch der Einsatz von Bildern und Emotionen analysiert. Die Gründe für die überraschend hohe Zustimmung, die Reaktionen in der Öffentlichkeit und mögliche Folgen der Abstimmung werden ebenfalls erforscht.

Für die Arbeit wurden hauptsächlich die schriftlichen Bestände der GSoA im Schweizerischen Sozialarchiv ausgewertet. Dazu gehören etwa die Protokolle und die Korrespondenz. Auch Publikationen der GSoA und von ihr gesammelte Zeitungsartikel wurden analysiert. Daneben wurden vereinzelt bildliche Quellen hinzugezogen.

Die Idee einer Initiative zur Armeeabschaffung gab es seit dem späten 19. Jahrhundert. Konkret wurden die Pläne aber erst um 1980, als die

Schweizer JungsozialistInnen (JUSO) die Idee aufgriffen und 1982 die GSoA als Trägergruppe gründeten. Im März 1985 lancierte die Gruppe das Volksbegehren und im September 1986 reichte sie die erforderlichen Unterschriften ein.

Der Abstimmungskampf war sehr polarisiert. Die GSoA klagte über Repressionen, einzelne Mitglieder erhielten sogar Drohungen. Zunächst stand die Gruppe mit ihrem Begehren relativ alleine da. Im Abstimmungskampf wurde das Anliegen jedoch von der Friedensbewegung, einigen linken Parteien und den Soldatenkomitees unterstützt.

Bei den Argumenten zeigte sich eine grosse Bandbreite. Die Initianten zweifelten am Nutzen der Armee, wollten die entsprechenden Gelder sinnvoller verwenden und etwas zur globalen Entspannung beitragen. Hingegen fürchteten die Armeebefürworter um die Sicherheit und Neutralität einer Schweiz ohne Armee, betonten den wirtschaftlichen Nutzen des Militärs und misstrauten der Entspannung des Kalten Krieges.

Die GSoA-Kampagne war partizipativ und kreativ. Die Gruppe wollte, dass sich alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen konnten. Die Kampagne sollte aussergewöhnlich und einfallsreich sein. Unterstützung hierbei erhielt die Gruppe von diversen Kulturschaffenden. Für die Abstimmung wurden Bücher geschrieben sowie Musik und Filme produziert. Im Abstimmungskampf führte die GSoA diverse Veranstaltungen durch, darunter das „Stop the Army“-Festival auf dem Bundesplatz in Bern. Mit zahlreichen Verkaufsartikeln wurde ge-

worben und so die Kampagne mitfinanziert. Durch direktes Ansprechen der Wähler erhoffte sich die GSoA, möglichst stark mobilisieren zu können.

Beim Einsatz von Bildern wurden die häufig verwendeten Tiermotive analysiert. Die GSoA nutzte die «Heilige Kuh» als Symbolisierung der Armee, da diese aus Sicht der Gruppe ein Tabu war. Auch der Igel, sonst ein Symbol der Armeefürworter, und die in der Friedensbewegung verankerte Friedenstaube wurden verwendet. Bezüglich der Emotionen zeigte sich, dass die Gruppe eine positive Kampagne plante und eine Vision und ein Lebensgefühl verkaufen wollte. Der partizipative Abstimmungskampf mit vielen Veranstaltungen kann als ein Paradebeispiel der internen «*emotion work*» angesehen werden. Bei dieser werden individuelle Gefühle durch gemeinsame Aktivitäten in kollektive Emotionen von Stärke und sinnvoller Betätigung transformiert.

Als Gründe für die unerwartet hohe Zustimmung wurden von verschiedener Seite die Ent-

spannung des Kalten Krieges, die innenpolitischen Skandale, der Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten, die zunehmende Kritik an der Armee, das Erteilen eines Denktzettels und die Kampagne der GSoA genannt.

Das Ergebnis wurde von der Presse als Überraschung taxiert und oft als Achtungserfolg gewürdigt. Weitgehend einig waren sich die Kommentatoren und Politiker über die Notwendigkeit von Armee Reformen. Umstrittener waren die Folgen der Abstimmung. Das Tabu um die Armee sei gebrochen worden, so der Tenor gewisser KommentatorInnen. Andere sahen einen Zusammenhang zwischen der Abstimmung und den später gesunkenen Armeeausgaben, den verkleinerten Truppenbeständen und der Einführung des Zivildienstes. Das Resultat bekräftigte die GSoA, auch weiterhin politisch engagiert zu bleiben. Im Ausland, wo sich gleichgesinnte Gruppierungen gebildet hatten, stiess das Resultat ebenfalls auf Anerkennung.



Bettina Flury

## Wirte, Gemsjäger und Knechte

Bergführer und ihr Beitrag zum Goldenen Zeitalter des Alpinismus

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Dem langsam aufkommenden Interesse an Gipfelbesteigungen im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert war ein anfängliches Misstrauen gegenüber den Alpen vorausgegangen. Doch die Besteigung des Mont Blanc im Jahr 1787 durch Horace Bénédict de Saussure zusammen mit 18 Führern, die nicht nur Messinstrumente, sondern unter anderem auch ein Bett und eine Matratze den Berg hinauftrugen, markierte einen Wendepunkt in der Geschichte des Alpinismus. Danach begannen im 19. Jahrhundert Naturforscher erste Gipfelbesteigungen zu unternehmen. Ihr Interesse galt dabei vor allem den Alpenglaciers. Zur Mitte desselben Jahrhunderts wurde das wissenschaftliche Interesse zunehmend von einem sportlichen und wettbewerbsmässigen Antrieb abgelöst. Während dieses «Goldenen Zeitalters des Alpinismus»

(1854–1865) waren die zumeist englischen Alpinisten davon getrieben, sich selbst möglichst viele Erstbesteigungen zuschreiben zu können.

Die Masterarbeit wirft ein Licht auf jene Zeit bis hin zur Jahrhundertwende. Im Zentrum des Interesses stehen Bergführer aus dem Berner Oberland und aus Zermatt, die die Gipfelbesteigungen der Engländer überhaupt erst ermöglichten. Wurde bis anhin vor allem die Seite der englischen Gäste beleuchtet, werden in dieser Masterarbeit die Bergführer und ihr jeweiliges Prestige ins Zentrum gestellt. Es wird nach den Beschreibungen der Bergführer durch ihre englischen Gäste gefragt und nach Qualitäten, die diese an ihren Bergführern besonders schätzten und die ihnen zusätzliches Ansehen brachte. Weiter werden Rivalitäten zwischen den Bergführern, aber auch Konflikte

mit ihren Gästen thematisiert. Daneben werden die Veränderungen in der Organisation des Führerwesens angesprochen, mit denen das anfängliche Chaos, als sich jeder Mann im Tal als Bergführer ausgeben konnte, beendet wurde. Ausserdem werden verschiedene Laufbahnen der Bergführer-söhne untersucht, wobei nach den Auswirkungen des Prestiges der Väter auf das Ansehen und die Engagements der Söhne gefragt wird.

Besonders angesehen und etabliert während des «Goldenen Zeitalters des Alpinismus» waren jene Bergführer, die sich in ihrer Jugend als Hirten oder als Gemsjäger mit den alpinen Gegebenheiten vertraut gemacht hatten. Zusätzlich leiteten einige, darunter die später angesehensten Bergführer wie Christian Almer und Melchior Anderegg, bereits erste Touren in den 1840er und frühen 1850er Jahren.

Das anfängliche Chaos, in dem zahlreiche Männer im Berner Oberland und im Wallis versuchten vom aufkommenden Fremdenverkehr zu profitieren und sich als Bergführer anboten, wurde mit den Reglementen bezüglich des Führerwesens im Berner Oberland (1856) und im Wallis (1857) beendet. Nun mussten die angehenden Bergführer eine Prüfung absolvieren, damit sie ein Patent, das sie als Bergführer auswies, erhielten. Bis zur Jahrhundertwende wurde der Beruf des Bergführers mit dem verpflichtenden Besuch zusätzlicher Kurse weiter professionalisiert.

Zu den angesehensten Bergführern während des «Goldenen Zeitalters des Alpinismus» gehörte Christian Almer aus dem Berner Oberland. Der Bergführer, der in seiner Jugend bereits als Hirte in den Alpen unterwegs gewesen war, führte zahlreiche Touren und zählte Gäste wie A.W. Moore oder W.A.B. Coolidge zu seinen wiederkehrenden Kunden. Noch bis ins hohe Alter war Almer als Bergführer tätig; sein Ansehen spiegelte sich auch darin, dass es seine Gäste in den späten Jahren als

Ehre bezeichneten, nochmals eine Tour mit ihm unternehmen zu können. Zusätzlich bildete Almer seine Söhne zu Bergführern aus. Zuerst nahm er sie als Träger mit auf Touren, damit sie sich mit der Umgebung und mit dem Umgang mit den Gästen vertraut machen konnten. Später fungierten sie als zweite Bergführer. Dieses Vorgehen fand sich auch bei anderen Bergführern, die ihre Söhne ausbildeten. Das Ansehen des Vaters verhalf seinen Söhnen zu einigen Vorteilen: So konnte sein Sohn Ulrich bei einem seiner Gäste in England Zeit verbringen, um Englisch zu lernen. Dies vereinfachte die Kommunikation zwischen dem Gast und dem Bergführer und wirkte sich positiv auf die Abwicklung der Touren aus. Ausserdem verhalfen die Kontakte des Vaters den Söhnen zu zahlreichen Engagements und Kontakten.

Neben der Erfahrung der Bergführer in den Alpen wirkte sich auch die Länge der Touren auf den Gästekreis und das damit verbundene Prestige aus. Einige Bergführer, die längere Touren leiteten, konnten sich einen Kreis an Stammgästen aufbauen, mit denen sie gar ein freundschaftliches Verhältnis pflegten und von denen sie besonders geschätzt wurden. Dieser Kreis vergrösserte sich oft durch Empfehlungen an Freunde und Bekannte. Anders hatten Bergführer, die nur kurze Touren leiteten, eine ständig wechselnde Kundschaft und erreichten nicht den Status und das Ansehen der Kollegen, die längere Touren führten.

Somit hatten zahlreiche Faktoren, die Erfahrung ebenso wie die Länge der Touren, Einfluss darauf, wie angesehen ein Bergführer war und wie viele Engagements er erhielt. Noch sind zahlreiche Führerbücher, in denen die englischen Alpinisten ihre Erlebnisse schildern und ihrem Bergführer ein Zeugnis ausstellen, nicht ausgewertet. Diese Quellen würden dazu beitragen, das Bild dieser frühen Bergführer, deren Prestige und deren Fähigkeiten noch klarer nachzuzeichnen.



## Transitverkehr und Hochwasser

### Das Verhältnis von Hochwasserschutz und Autobahn im Kanton Uri

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Als ein Hochwasser 1987 den Kanton Uri über weite Strecken verwüstete, entstand die Idee, die A2 im Notfall als Entlastungskanal für die Reuss zu nutzen. Es wurden daher Entlastungsanlagen via die Autobahn erstellt, welche Anfang Oktober 2020 erstmals benötigt wurden. Generell hat der Hochwasserschutz im Kanton Uri in den letzten 50 Jahren eine grosse Entwicklung durchgemacht – baulich, aber vor allem ideologisch und konzeptionell.

Der Kanton Uri ist im Prinzip ein Talsystem. Es gibt lediglich zwei nennenswerte Flächen: die Talebene von Urseren und vor allem den Urner Talboden, d.h. das untere Urner Reusstal. In diesem liegen folglich die grössten Gemeinden des Kantons sowie die mit Abstand meisten Industrie- und Gewerbebetriebe. Das wirtschaftliche und soziale Leben in Uri konzentriert sich darum weitestgehend auf diesen Raum zwischen Amsteg und dem Urnersee. Das bringt eine sehr starke Besiedelung und eine entsprechend hohe Dichte an Infrastrukturen mit sich, zu welchen mit der NEAT und der A2 unter anderem die beiden wichtigsten Transitverkehrsträger in der Schweiz zählen. Es ist unumgänglich, dass sich diese Infrastrukturen den engen Raum mit den Gewässern teilen, die das Talsystem entstehen liessen und noch immer formen. Dieser natürliche Formungsprozess vollzieht sich in der Regel allerdings schubartig durch extreme Naturereignisse.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der Hochwasserschutz an der Reuss und ihren Seitenbächen eines der wichtigsten politischen Themen im Kanton Uri ist. In Sachen Hochwasserschutz hat der Bergkanton Pioniercharakter. Insbesondere die beiden Hochwasserkatastrophen von 1977 und 1987 zogen in Uri ein Umdenken nach sich. Das Wasser wurde nicht mehr einfach abgewehrt, sondern ihm vor allem wieder mehr Raum zugestanden. Zudem sollten Gewässer fortan nicht mehr einzeln, sondern integral, d.h. als Teil von Gewässer-Systemen, betrachtet werden. Die neue Hochwasserschutzphilosophie differenziert zwischen verschiedenen Schutzziele für unter-

schiedliche Objektkategorien und vollzieht damit eine Priorisierung. Aber nicht nur in Uri, sondern in der ganzen Schweiz kam es zu diesem Wandel in der Hochwasserschutzphilosophie, der nicht zuletzt eng mit einem immer stärkeren ökologischen Nachhaltigkeitsgedanken verbunden war.

Aufgrund der knappen Platzverhältnisse im Reusstal können Infrastrukturen wie die Autobahn nicht einfach aus dem Gefahrenbereich hinausverlegt werden. Die Masterarbeit beschäftigt sich daher mit der Frage, wie sich Hochwasserschutz und Transitverkehr im Kanton Uri seit dem Autobahnbau gegenseitig beeinflussen. Das Schwergewicht bei der Untersuchung bildet die A2, aber auch auf andere Verkehrsträger und sonstige Infrastrukturen wird eingegangen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema ergibt, dass der Urner Hochwasserschutz nicht nur topografisch/geografisch, sondern auch auf zahlreichen weiteren Ebenen integral wurde, was dazu führte, dass Verkehrsträger wie die A2 und der NEAT-Bahndamm im Überschwemmungsfall eine aktive Rolle im Hochwasserschutz einnehmen und nicht bloss selbst gegen Hochwasser geschützt werden. Mit dieser infrastrukturellen Integration wurde der Hochwasserschutz zugleich auch in anderen Bereichen wie Politik, Recht, Finanzierung oder Wissenschaft integraler betrachtet.

Als Recherchegrundlage diente ein Interview mit Franz Steinegger, der landesweit vor allem als Alt-Nationalrat und Präsident der FDP Schweiz sowie als «Katastrophen-Franz» bekannt ist. Franz Steinegger war Vorsteher des KAFUR, des kantonalen Führungsstabs Uri, während der drei Hochwasserereignissen in den Jahren 1977, 1987 und 2005. Des Weiteren wurden primär gedruckte Quellen, Unterlagen aus dem Urner Staatsarchiv und solche, die das Amt für Tiefbau Uri zur Verfügung stellte, verwendet. Besonders erwähnenswert sind die Schlussberichte des KAFUR und des Amts für Tiefbau zu den drei erwähnten Hochwasserereignissen, aber auch die neuen Hochwasserschutzkonzepte und -richtlinien, die jeweils darauf folgten.

In Anlehnung an einen mikrohistorischen Ansatz stellt die Arbeit den Urner Hochwasserschutz im Zusammenhang mit der A2 in den Kontext des schweizweiten Paradigmenwechsels im Hochwasserschutz. Die Arbeit ordnet sich dabei auch in die Infrastrukturgeschichte ein, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von differenzierten Schutzziele für verschiedene Objektkategorien sowie der multifunktionalen Nutzung von Verkehrsträgern. Denn das untere Urner Reusstal ist voller kritischer Infrastrukturen, solcher also,

die entweder an sich systemrelevant sind (wie beispielsweise die A2) oder von deren Beschädigung systemrelevante Gefahren ausgehen. Durch die NEAT, die geplante zweite Gotthardröhre sowie lokale Ausbauprojekte im Verkehrsbereich ist zudem davon auszugehen, dass das Risikopotenzial durch Naturgefahren entlang der Transitrouten künftig eher steigen als sinken wird. Moderner Hochwasserschutz ist daher dynamisch und niemals «fertig».



Jérôme Gander

## Historische Entwicklung der modernen Swissness

Kontextualisiert durch eine Unternehmensgeschichte der Victorinox seit 1884

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Für viele Schweizer Firmen bilden mit der Schweiz assoziierte Werte und Symbole den Kern der Werbestrategie. Seit 20 Jahren zunehmend beliebter ist ein Co-Branding mit der Marke Schweiz in vielen Branchen heute etwas Selbstverständliches. Egal ob Schweizer Wochen beim Grossverteiler, Schweizer Kreuz im Firmenlogo oder das Matterhorn auf dem Werbeplakat für Käse: In verschiedensten Kategorien und mit unterschiedlichen Zielen wird die Schweiz als Markenpartnerin weltweit eingesetzt.

Diese Nutzung der Marke Schweiz wird in der Forschung, sowohl im Marketing als auch in der Rechtswissenschaft, als Swissness zusammengefasst. Seit dem 1. Januar 2017 existiert in Form der Swissness Gesetzgebung eine rechtliche, auf Quantifizierung fokussierte Grundlage für das Co-Branding mit der Marke Schweiz. Diese ist jedoch nicht der erste Versuch, die Marke Schweiz zu definieren und ihren Wert zu schützen. Eine historische Auseinandersetzung mit der Swissness in ihrer Gesamtheit fand jedoch bisher nicht statt. Die vorgestellte Arbeit setzt hier an und fokussiert sich auf die historische Entwicklung hin zur aktuellen, modernen Definition der Swissness durch die Analyse ihrer zentralen Komponenten.

Zur Erarbeitung dieser zentralen Komponen-

ten wurde das *Nation Branding* der Schweiz betrachtet und sowohl in der Nationalismus- als auch in der Markenforschung verankerte Theorien zur Aufschlüsselung in Kernkomponenten genutzt. An Hand von drei Akteuren, *Schweizerwoche* (SW), *Zentralstelle für das schweizerische Ursprungszeichen – Armbrust* (ZFU) und *Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland* (KOKO), wurde die historische Entwicklung der Komponenten rekonstruiert und in eine theoretische Abfolge der historischen Swissness gebracht. Für diese Abfolge wurden fünf teilweise überschneidende Phasen festgestellt, während denen durch die zuvor erwähnten Akteure jeweils Elemente der Swissness entwickelt und eingesetzt wurden. In den letzten 20 Jahren wurden diese verschiedenen Strömungen zur modernen Swissness zusammengeführt.

Zur Kontextualisierung und Überprüfung dieses theoretischen Konstruktes wurde eine Unternehmensgeschichte der *Victorinox*, basierend auf zuvor wissenschaftlich nicht erschlossenen Archivalien, erarbeitet. Fokussiert auf den Markenmythos *Victorinox* und *Swiss Army*, wurde die Untersuchung der Rolle einer Privatfirma in der Entwicklung der Swissness als Leitfrage genutzt. Während die *Victorinox* auf den ersten Blick durch

ihr Logo seit über 100 Jahren auf die Schweiz als Co-Branding Partner setzt, zeigte sich durch die Betrachtung der Unternehmensgeschichte, dass die Marke Schweiz nur geringfügig durch die *Victorinox* genutzt und beeinflusst wurde. Der Firmenmythos, basierend auf dem eigenen Verständnis der Firmengeschichte, zeigte sich als zentraler Leitfaden für die Entwicklung der Marken *Victorinox* und *Swiss Army*, unabhängig von der Nutzung des Schweizer Kreuzes im Firmenlogo.

Das rote Sackmesser und in Erweiterung die Marke *Victorinox* konnte sich schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Schweiz als *iconic brand* etablieren. Ein jeder Schweizer Wehrdienstleistende seit 1891 hat ein Messer von *Victorinox* oder *Wenger* erhalten. Firmenchef Carl Elsener II. erklärte den Schweizer Markt intern kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für komplett erobert. Die *Victorinox* musste in der Schweiz keine aktive Werbung betreiben, was sich auch in der späten Etablierung einer eigenen Pressestelle in den 1980er Jahren und der erst in den letzten zehn Jahren stattgefundenen Erweiterung dieser zeigte. Seitens *Victorinox* lancierte nationale Werbung war bis 2012 praktisch inexistent und daher eine aktive Beeinflussung der Marke Schweiz praktisch nicht möglich.

International setzt *Victorinox* seit den 1950er Jahren auf die Marke *Swiss Army*, welche sich in den Vereinigten Staaten unter dem Lizenznehmer *Forschner Group* zu einem Synonym für die Marke *Victorinox* entwickelt hat. Bis in die frühen 2000er Jahre wurde *Swiss Army* primär durch *Forschner* genutzt, welche für die Popularisierung auf Wechselwirkungen in der Assoziation der Marke *Swiss Army* mit dem Produkt *Swiss Army Knife* setzte. So wurden *Swiss Army* Sonnenbrillen und

Uhren lanciert, jeweils in Verbindung stehend mit dem populären roten Taschenmesser. Durch die Übernahme der *Forschner Group* 2001 und die Etablierung von internationalen Direktvertretungen geriet die Marke *Swiss Army* wieder unter die Kontrolle der *Victorinox*. Seither wird *Victorinox* international als *Victorinox Swiss Army* vermarktet.

Trotz der Nutzung von *Swiss* im Markennamen entwickelte sich die Marke *Swiss Army* nicht gleich wie die Marke Schweiz, sondern es konnte ein eigenständiger internationaler *iconic brand* geschaffen werden. Es wurde dabei nicht auf die Assoziation mit der Schweiz gesetzt, sondern auf die eigenen Erfahrungen und Assoziationen der Kund\*innen mit dem ikonischen Produkt. Sowohl in der Werbung für Fälschungen aus China als auch in der eigenen Werbung wurde jeweils *legendary Swiss Army* genutzt, womit nicht auf die Schweizer Armee, sondern auf das gut bekannte *Swiss Army Knife* referenziert wurde.

Durch ihren internationalen Erfolg übernahm *Victorinox* eine Vorbildfunktion nicht in der Entwicklung und Nutzung der Marke Schweiz, sondern als Beweis dafür, dass diese als Co-Branding Partner wertvoll und schützenswert sei. Im Rahmen der vorgestellten Masterarbeit konnten diverse Kontakt- und Konfliktfelder zwischen *Victorinox* und *Swissness* festgestellt werden, welche indirekt in der Weiterentwicklung der *Swissness* mündeten. Eine direkte, gezielte Steuerung durch die Firma *Victorinox* fand jedoch nicht statt. Weitere staatliche und private Akteure spielten aktivere Rollen in der Entstehung der modernen *Swissness*; die zuvor erwähnten Akteure *Schweizerwoche*, ZFU und KOKO sind dabei nur einige davon.



## «Fein gesponnen, bunt verwoben»

Die Aktion «Hunger ist ein Skandal» – Ausdruck transnationaler Verflechtung und innerer Zerrissenheit der Erklärung von Bern

Masterarbeit bei PD Dr. Stephan Scheuzger

Am 28. März 1981 lancierte die Erklärung von Bern die Aktion (EvB) «Hunger ist ein Skandal». Der Verein, der sich heute Public Eye nennt, beleuchtete damit mittels verschiedener Fallbeispiele Hunger als Folge ungleicher Verteilung. Ziel der Aktion war es, in der Schweiz den antimalthusianischen Hungerdiskurs zu verbreiten. Gleichzeitig präsentierte die EvB der Bevölkerung Handlungsmöglichkeiten, um sich den Praktiken der multinationalen Lebensmittelunternehmen zu widersetzen. Während der mehrjährigen, dezentral organisierten Aktion arbeitete die entwicklungspolitische Organisation mit grossen Schweizer Hilfswerken, einer Vielzahl von Akteur\*innen aus dem alternativen Milieu, transnational bekannten entwicklungspolitischen Akteur\*innen und Vertreter\*innen aus der philippinischen Befreiungsbewegung zusammen.

Die Masterarbeit beleuchtet die transnationale Verflechtung der Tätigkeit der deutschschweizerischen Sektion der EvB im Bereich Ernährung und Landwirtschaft anhand der Aktion «Hunger ist ein Skandal» aus einer schweizerischen Perspektive. Sie zeigt auf, was die Kampagne beinhaltete, an welchen Diskursen und Akteur\*innen sich der Verein orientierte, wie er die Aktion erarbeitete und mit wem er diesbezüglich kollaborierte. Die Studie enthüllt, in welchen transnationalen Netzwerken sich die EvB bewegte und wie diese ihre Arbeit konzeptuell und thematisch beeinflussten. Basierend auf diesen Erkenntnissen ermöglicht die Untersuchung Rückschlüsse über die Rolle der EvB innerhalb der transnationalen entwicklungspolitischen Solidaritäts- und Konsumentenbewegung. Die Studie basiert auf Dokumentenbeständen der EvB aus dem Schweizerischen Sozialarchiv Zürich und den Archives Cantonales Vaudoises in Chavannes-près-Renens aus den Jahren 1978–1984.

Die EvB verfügte mit Anne-Marie Holenstein über eine ausgewiesene Fachperson für die didaktische Vermittlung von dependenztheoretischen Entwicklungskonzepten im Bereich der Ernäh-

rungs- und Landwirtschaftspolitik, die die Kampagne mit ihrer Expertise denn auch massgebend prägte. Sie hatte sich ihre Kenntnisse insbesondere während ihrer Arbeit bei der Organisation durch die zahlreichen Aktionen in der Schweiz und der Teilnahme an der FAO-Konferenz 1974, ihrer Koordinationsrolle bei der International Peace Research Association, der Gegenkonferenz zur World Conference on Agrarian Reform and Rural Development und Reisen nach Südostasien angeeignet. Sie verfügte über ein breit gefächertes Kontaktnetz zu entwicklungspolitischen Akteur\*innen, die weitgehend aus dem angelsächsischen Raum stammten. Dieses schloss bekannte Wissenschaftler\*innen und Autor\*innen wie Rainer Tetzlaff, Dieter Senghaas, Johan Galtung, Frances Moore Lappé, Joseph Collins und Susan George ein. Während ihrer Reisen erhielt sie aber auch Zugang zu gewerkschaftsähnlichen Gruppen auf den Philippinen und der malaysischen Konsumentenbewegung.

Die EvB griff mit «Hunger ist ein Skandal» transnationale Diskurse und Ereignisse auf. Sie versuchte diese mit ihrem Leitbild, das vorsah die inländische Debatte und Politik zu beeinflussen, zu verweben. Trotz ihrer Beteiligung an grenzüberschreitenden Netzwerken spielte die entwicklungspolitische Organisation keine wichtige Rolle in der transnationalen Dritte-Welt-Bewegung. Dennoch arbeiteten verschiedene Konsumentenorganisationen und Netzwerke für Ernährungs- und Pestizidfragen mit dem kleinen Verein zusammen. Diese schätzten die Koordinations- und Vermittlungsfähigkeit der EvB. Als politisch unabhängige und konfessionslose Organisation war sie eine anschlussfähige Institution für viele Akteur\*innen der heterogenen Bewegung, die dependenztheoretische Entwicklungsstrategien verfolgte. Sie genoss für ihre pädagogischen Kompetenzen und ihr entwicklungspolitisches Wissen hohes Ansehen.

Eine relevante Rolle spielte die EvB so gleichwohl für die Dritte-Welt-Bewegung in der BRD und Österreich. Sie beeinflusste mit ihren Publi-

kationen und Referaten den deutschsprachigen Diskurs, indem sie die entwicklungspolitischen Werke und Erkenntnisse aus dem angelsächsischen Raum über das Hungerproblem weiterverbreitete. Insbesondere zwischen der EvB und den österreichischen Entwicklungsorganisationen fand ein intensiver Austausch statt, wie die ähnlichen Aktionen letzterer deutlich machten.

Neben den ausländischen waren aber vor allem inländische Akteur\*innen von Bedeutung für die Aktion «Hunger ist ein Skandal». Die EvB engagierte Regionalkoordinator\*innen, um in der

Schweiz ihr Beziehungsnetz und ihren Einfluss über die Dritte-Welt-Bewegung hinaus zu verbreitern. So arbeitete sie auch mit dem Südafrika-Boykott, den Bananenfrauen, dem M-Frühling und den Hilfswerken HEKS, Brot für Brüder, Terre des Hommes, Fastenopfer sowie Kleinbauernvereinigungen und Umweltgruppen zusammen. So sparte die Organisation nicht zuletzt auch erhebliche Ressourcen und kaschierte, dass sie ausserhalb Südostasiens kaum über Kontakte zu Basisgruppen verfügte.



Nathalie Grunder

### **«Beseelt von dem Willen, Diener der Idee eines Henri Dunant zu sein und Pflicht und Schuldigkeit eines Landes zu erfüllen»**

Die Schweizer «Ärztemissionen» an der Ostfront (1941–1943)  
aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Insgesamt fanden zwischen Oktober 1941 und März 1943 vier sogenannte Schweizer «Ärztemissionen» an die deutsch-sowjetische Kriegsfront statt, an denen über 200 Ärzte\*, Krankenschwestern\*, chirurgische Wärter\* (Krankenpfleger\*), Sekretärinnen\* und Motorfahrer\* (Chauffeure\*) teilnahmen. Das Einsatzgebiet erstreckte sich über die Grenzen des heutigen Russlands, Polens, Lettlands und der Ukraine und die Missionen führten die Teilnehmenden in verschiedene Feld- und Kriegslazarette der deutschen Wehrmacht. Die Entscheidung zur Entsendung solcher «Ärztemissionen» wurde unter anderem durch das politische Klima zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich geprägt. In progermanischen Kreisen erfuhr der Krieg des Deutschen Reiches gegen die Sowjetunion breite Unterstützung. Ausserdem befand sich die Schweiz zumindest seit Sommer 1940 in einer schwierigen Lage, da sie mit der Besetzung Frankreichs von den Achsenmächten eingeschlossen war. Initiiert wurden die Missionen von einem freiwilligen Komitee, das sich «Komitee für Hilfsaktionen unter dem Patronat des Schweizerischen Roten Kreuzes» nannte. Die ursprüngliche

Idee entstammte den deutschfreundlichen Kreisen um Eugen Bircher, Hans Frölicher, Ferdinand Sauerbruch und Ernst Ruppenner.

Im Zusammenhang mit den Schweizer «Ärztemissionen» an die Ostfront werden zunächst vor allem die politischen Implikationen augenfällig. Der neutralitätspolitische Charakter der Missionen und die politischen Folgen wurden von den wenigen Forschenden, die sich ausführlicher mit ihnen beschäftigten, bereits behandelt. Fragestellungen dieser Art standen deshalb in der Masterarbeit im Hintergrund. «Geschlecht» wurde in der Arbeit als Analysekategorie betrachtet und somit untersucht, welche Bedeutung diese Kategorie für die «Ärztemissionen» hatte. Ein Forschungsdesiderat besteht insbesondere in der Untersuchung der Rolle, die die Kategorie «Geschlecht» in den Feld- und Kriegslazaretten im Zweiten Weltkrieg einnahm. Die Arbeit führte einen «geschlechtergeschichtlichen Interpretationsansatz» ein, der die politischen Ansätze ergänzte. So wird nach der Bedeutung von Geschlechtervorstellungen, aber auch nach der zeitgenössischen Geschlechterordnung bei den vier Missionen gefragt.



Die Quellen zu den vier Schweizer «Ärztemissionen» befinden sich zu einem grossen Teil im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern. Nachlässe einzelner Teilnehmender wurden im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich gesammelt. Das Schweizerische Rote Kreuz selber verfügt nur noch über einen kleinen Quellenbestand, da das Meiste in den 1970er Jahren dem Bundesarchiv übergeben wurde.

Bei den Missionen handelte es sich um eine Art *Mikrokosmos*, da sich die Teilnehmenden durch ihre direkten Kriegserfahrungen an der deutsch-sowjetischen Front vom übrigen Schweizer Sanitätspersonal unterschieden. Die Annahme, dass sich durch diese Erfahrungen und während der Einsätze Geschlechtervorstellungen und Rollenbilder auflösen liessen, konnte nicht bestätigt werden. Gegen diese Annahme sprach allein schon die eindeutige Rollenverteilung; weibliches Personal nahm ausschliesslich die Funktion von Krankenschwestern\* und/oder Sekretärinnen\* ein, männliches Personal diejenige von Ärzten\*, Chauffeuren\* und nur zu einem kleinen Teil von Krankenpflegern\*. Gleichzeitig wurde in den Lazaretten die Wahrung des militärischen Ranges ge-

pfligt, der sowohl Krankenschwestern\* als auch männliche Pfleger\* auf die unterste Hierarchieebene verwies. Beim männlichen Pflegepersonal löste diese «Degradierung» auf die Ebene des weiblichen Personals zum Teil heftige Reaktionen aus. Die Rolle der Frauen\* innerhalb der Lazarette blieb sowieso bis zuletzt umstritten. Heftig wurde darüber diskutiert, dass Frauen\* aufgrund ihres Geschlechts unter keinen Umständen in den nahe der Front gelegenen Feldlazaretten eingesetzt werden sollten. Nach der Rückkehr der Teilnehmenden in die Schweiz gerieten die Missionen praktisch in Vergessenheit bzw. wurden aufgrund ihrer politischen Implikationen verdrängt. Für die Teilnehmenden bedeutete dies die Rückkehr in den normalen Alltag und die Missionen hatten nur innerhalb ihres *Mikrokosmos* kurzfristige Auswirkungen auf die vorherrschende Geschlechterordnung.

Die Masterarbeit vermochte aufzuzeigen, welche Bedeutung der Kategorie «Geschlecht» bei Untersuchungen rund um den militärischen Sanitätsdienst im Krieg zukommen muss. Im Speziellen reproduzierte sich diese Bedeutung auch bei den «Ärztemissionen» an der Ostfront.



Philippe Herren

## Die Sowjetspionage in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs

Die «Rote Drei» im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Der Inhalt dieser Arbeit richtet sich primär nach der Beantwortung der folgenden zentralen Leitfragen, wird jedoch ebenfalls durch zusätzliche kontextualisierende und vertiefende Kapitel ergänzt.

*Welche Hauptakteure der «Roten Drei» lassen sich identifizieren und wie könnten diese in einem entsprechenden Akteur-Netzwerk verortet werden?*

*Welche nachrichtendienstlichen Vorgehensweisen und Spionage- bzw. Geheimhaltungspraktiken fanden im Widerstand der «Roten Drei» gegen den Nationalsozialismus Verwendung, und welche allfälligen Gegenmassnahmen wurden von*

*der faschistischen Gegenpartei ergriffen?*

*Auf welchen Informationsquellen basierten die von der «Roten Drei» nach Moskau übermittelten Funksprüche, zwischen welchen Typen von Informationsinhalten kann unterschieden werden, und wie ist die tatsächliche Informationsqualität bzw. -validität zu bewerten?*

*Wie ist der Einfluss der nachrichtendienstlichen Spionagetätigkeit - welche über die Funkstationen der «Roten Drei» praktiziert wurde - auf den Kriegsverlauf an der Ostfront und somit den Ausgang des Zweiten Weltkriegs zu bewerten?*

Die Methode basiert auf Literaturrecherche

und kritischer Quellenanalyse. Um Aufschlüsse über die Organisation der «Roten Drei» zu erhalten, wird eine Akteur-Netzwerk-Analyse durchgeführt. Ebenso sollen die Operationsmodi der sowjetischen Agenten und der deutschen Funkabwehr überwiegend anhand von Memoiren und Biografien der jeweiligen Akteure aufgedeckt werden. Die Informationsquellen, -inhalte und -qualität bzw. -validität sollen durch eine kritische Quellenanalyse und den Beizug von (Sekundär-)Literatur bestimmt werden. Zur Bewertung des tatsächlichen Einflusses auf den Kriegsverlauf an der Ostfront bzw. den Ausgang des Zweiten Weltkriegs wird auf (Sekundär-)Literatur zurückgegriffen.

Zu den zur Verfügung stehenden Quellen gehört ein ursprünglich 169 Dokumente umfassendes Dossier aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, das auf die für diese Arbeit relevanten Dokumente reduziert wurde. Ebenso liegen Memoiren von ehemaligen Agenten der «Roten Drei» und von Akteuren der faschistischen Gegenpartei vor.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Agentenkollektiv, das sich aus ungarischen, deutschen, polnischen, französischen, britischen und Schweizer Akteuren zusammensetzte, in erster Linie von antifaschistischen Überzeugungen angetrieben worden zu sein schien. Die kommunistische Ideologie, die monetären Anreize, das Rachemotiv oder sogar der Abenteuerdrang scheinen hingegen eine eher untergeordnete, nur auf einzelne Individuen anwendbare Rolle gespielt zu haben.

Die «Roten Drei» hatte eine Vielzahl von Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Sowohl organisationsintern als auch auf die konkreten Geheimhaltungspraktiken bezogen, wurde alles darangesetzt, das Risiko von allfälligen Doppelagenten, des unerlaubten Eindringens in den geheimen Nachrichtenkanal und der Aushebung durch die Schweizer Behörden zu vermindern. Jedoch gab es ebenfalls Regelbrüche zu verzeichnen. Im direkten Kampf gegen die «Roten Drei» musste die faschistische Gegenpartei auf die List als Mittel zum Zweck zurückgreifen: Die in die Schweiz eingeschleusten Agenten sollten einerseits der «Roten Drei» auf die Schliche kommen, andererseits aber auch eine versteckte Maschinerie zur Erfüllung der deutschen Pläne gegenüber der Schweiz vorbereiten.

Darüber hinaus wurden ehemalige Funkstützpunkte von bereits ausgehobenen Gruppen der «Roten Kapelle» dafür verwendet, «gefälschte

Funkspiele» mit der Zentrale in Moskau durchzuführen.

Ob Rudolf Rössler ein «Meisterspion» oder ein «Nachrichtenfabrikant» war, lässt sich noch heute nicht schlüssig beantworten. Die vorliegende Arbeit hat mehrere Theorien über angebliche Informanten in den deutschen Reihen vorgestellt. Ein Konsens lässt sich vermutlich nur dahingehend finden, dass es keine Beweise dafür gibt, dass es jemals einen Hauptinformanten im Führerhauptquartier gegeben hat. Diese Spekulationen erscheinen insofern nicht ausschlaggebend, als dass das Informantennetz der «Roten Drei» nicht auf diese umstrittenen Verbindungen reduziert werden sollte. Wie gezeigt werden konnte, war die «Rote Drei» dazu imstande, von einer ausgeprägten Verflechtung zu profitieren.

Mehrere Erklärungsansätze zu den ebenfalls in den Funksprüchen enthaltenen Falschinformationen wurden vorgestellt. Andererseits wurde auch darauf hingewiesen, dass die Qualitäts- bzw. Validitätsanalysen der Funkspruchinhalte aufgrund von propagandistisch gefärbten Zahlen zu Fehlbeurteilungen führen könnten. Darüber hinaus wäre die Schlussfolgerung, dass eine hohe Qualität bzw. Validität der Funkspruchinhalte mit einem ebenso hohen Einfluss auf den Kriegsverlauf an der Ostfront bzw. den Ausgang des Zweiten Weltkriegs einhergeht, durchaus zu kurz gegriffen: Rückschlüsse auf den Einfluss eines sowjetrussischen ND-Netzes auf das tatsächliche Kriegsgeschehen würden erst dann gezogen werden können, wenn die sowjetrussischen Quellen erschliessbar wären. Somit liesse sich eventuell nachverfolgen, ob es in den sowjetischen Befehlsbehörden kriegsstrategische Reaktionen gegeben hatte, die auf den Informationsgewinn vonseiten ihrer nachrichtendienstlichen Netze zurückzuführen waren. Deutlich realistischer erscheint jedoch, dass nachrichtendienstliche Netze höchstwahrscheinlich gar nicht dazu imstande sind, einen kriegsentscheidenden Einfluss auszuüben. Die Geheiminformationen sind zu anfällig für Sabotageakte der Gegenpartei oder individuelle Fehler der nachrichtendienstlichen Agenten bzw. ihrer Informanten. Die Hauptfunktion eines ND-Netzes besteht vielmehr darin, den Wissensstand seines jeweiligen Generalstabs bestenfalls zu ergänzen und Annahmen, Vermutungen oder Meldungen aus anderen Informationskanälen zu bestätigen oder zu verwerfen. Demzufolge hat die «Rote Drei» höchstwahrscheinlich weder den

Kriegsverlauf an der Ostfront – geschweige denn den Ausgang des Zweiten Weltkriegs – entscheidend beeinflusst. Nicht zuletzt dank den beinahe optimalen Rahmenbedingungen, die sich ihr in der Schweiz anboten, den diversen von ihr getroffenen

Sicherheitsvorkehrungen und dem weitreichenden Informantennetz, auf das sie zurückgreifen konnte, hat die «Rote Drei» ihre – wenn auch nicht kriegsentscheidende – Funktion höchstwahrscheinlich trotzdem erfüllt.



Miriam Hösli

## **Die Ehefrauen der sowjetischen Staatsoberhäupter in den sowjetischen Printmedien**

Von Nina Petrovna Chruščëva bis Raisa Maksimovna Gorbačëva

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Die First Lady der Vereinigten Staaten von Amerika ist eine weltweit bekannte Persönlichkeit. Dem war auch während des Kalten Krieges so, und ihre Präsenz in den Medien entsprechend gross. Die Namen der First Ladies sind uns bis heute ein Begriff, und die meisten haben ein Bild vor sich, wenn man von Jackie Kennedy oder Patricia Nixon spricht. Doch kaum jemandem sind dagegen die Ehefrauen der sowjetischen Staatsoberhäupter dieser Zeit ein Begriff.

Frauen in der Sowjetunion wurden, wie eigentlich überall auf der Welt, klare Rollen zugeschrieben. Gesetzlich waren sie Männern gleichgestellt, und der Staat förderte durch staatlich organisierte Kinderbetreuung, dass Frauen einer bezahlten Arbeit nachgehen konnten. Das Doppelleinkommen war oft auch notwendig, um eine Familie zu ernähren. Meist waren Frauen im Bildungs- oder Gesundheitswesen tätig, obwohl grundsätzlich alle Berufsfelder Frauen offenstanden. Daneben sollten Frauen Gattinnen und Mütter sein, die sich um die Familie und den Haushalt kümmerten. Das sowjetische Ideal der werktätigen Mutter zeichnete sich auch in dem propagierten Erscheinungsbild der Frauen ab. Sie sollten keinen Schmuck oder Schminke und nur einfache und funktionale Kleidung tragen, die bei der Arbeit nicht störte. Erst in den 1980er Jahren kam man von diesem Bild ab und versuchte das äussere Erscheinungsbild der Frauen nicht mehr so stark zu politisieren.

Gleichzeitig wurden in der Sowjetunion stets Versuche unternommen, Frauen vermehrt in die

Politik einzubinden. Auf lokaler Ebene gelang dies auch, jedoch nahmen Frauen meist Funktionen ein, die sich mit sozialen Fragen und der Gesundheitsversorgung beschäftigten. Diese von Frauen wahrgenommenen Funktionen zählten nicht zu jenen, die zu einem Sprung auf der Karriereleiter führten. So fanden sich in den obersten politischen Rängen nur wenige Frauen, und auch alle Staatsoberhäupter der Sowjetunion waren Männer. Die Ehefrauen dieser Staatsmänner traten insbesondere bei Staatsbesuchen im In- und Ausland oder bei Besuchen in Kindergärten, Spitälern oder Frauenorganisationen an die Öffentlichkeit. Den meisten ist heute Raisa Maksimovna Gorbačëva noch ein Begriff. Viele kennen sie als lächelnde, stets gut gekleidete Frau an der Seite Michail Sergeevič Gorbačëvs, aber auch als Frau, die innerhalb der Sowjetunion für ihre westlichen, immer modischen Kleider kritisiert wurde. Ausserdem soll sie Einfluss auf ihren Ehemann genommen haben, was besonders in konservativen Kreisen nicht auf Begeisterung stiess. Nicht nur sie, sondern auch ihre Vorgängerinnen hatten in den sowjetischen Zeitungen den einen oder anderen Auftritt. So war Nina Petrovna Chruščëva – Ehefrau von Nikita Sergeevič Chruščëv – die erste Ehefrau eines sowjetischen Staatsoberhauptes, die ihren Mann auf Auslandsreisen begleitete, dies sogar in die USA – dem Gegenspieler der Sowjetunion während des Kalten Krieges. Aber auch über Viktorija Petrovna Brežneva – Ehefrau von Leonid Il'ič Brežnev –, Tat'jana Filippovna Andropova – Ehefrau von

Jurij Vladimirovič Andropov – und Anna Dmitrievna Černenko – Ehefrau von Konstantin Ustinovič Černenko – wurde in der sowjetischen Presse mehr oder weniger berichtet. All diese Frauen hatten eine gute Ausbildung genossen und waren mehrere Jahre in ihren Berufen tätig gewesen. Einige von ihnen waren auch politisch sehr aktiv, was sie in späteren Jahren zugunsten der Karriere ihres Mannes zurückstellten. Der Rolle als Hausfrau und Mutter wurde der Vorzug gegeben. Geprägt von ihrer Herkunft und der Art, wie sie sich in der Öffentlichkeit gaben, zeigten sie ein Bild einer so-

wjetischen Frau, das oft, aber nicht immer in allen Teilen, mit dem offiziellen Frauenbild des Staates übereinstimmte. Die Zensur der sowjetischen Presse hatte ohnehin für ein mit der Ideologie des Staates stimmiges Bild gesorgt.

Zusammenfassend untersucht diese Arbeit einerseits die Rolle(n) der Ehefrauen der sowjetischen Staatsoberhäupter der Jahre 1953 bis 1991 sowie deren Abbildung in sowjetischen Zeitungen und prüft andererseits, ob sich das offizielle Frauenbild der Sowjetunion in der Darstellung dieser Frauen widerspiegelte.



Abdel Azziz Qaasim Illi

## **Französische Vermittlung zwischen Tunis und Malta (1770–1790)**

Aushandeln von Normen im Spannungsfeld zwischen Handel und Korsarenkrieg

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Windler

Die Masterarbeit beleuchtet französisch vermittelte Interaktionen zwischen Tunis und dem Johanniterorden im ausgehenden 18. Jahrhundert. Letzterer hatte sich in seinen Statuten auferlegt, einen ewigen Krieg gegen die Muslime zu führen, was seit der Seeschlacht von Lepanto 1571 seinen Ausdruck im Wesentlichen in einem anhaltenden und von beiden Seiten ausgetragenen Korsarenkrieg fand. Was aber bedeutete diese Ausgangslage in der Praxis eines mediterranen Raums, der im 18. Jahrhundert immer mehr den Charakter einer Kontakt- als jener einer Konfliktzone annahm?

Die Auseinandersetzung mit den Korrespondenzen der französischen Konsuln in Tunis, den Chargé d’Affaires in Malta sowie deren Prinzipalen in Versailles eröffnet eine vielschichtige Perspektive auf die teils divergierenden, teils konvergierenden Interessen der involvierten Akteure. Das Nebeneinander situativer Feindseligkeit und längst intensiver, wenngleich noch indirekter Handelsbeziehungen bildete das Spannungsfeld, in dem Normen abwechslungsweise eingehalten, angezweifelt und neu ausgehandelt wurden.

Hier setzt die Arbeit an. Anhand konkreter Beispiele werden solche Aushandlungsprozesse analysiert. Der erste Hauptteil widmet sich dem

Streben des Beys, mit Malta einen dauerhaften Frieden zu schliessen. Der akteurszentrierte Fokus erlaubt es nicht nur, nach den Interessen der Verhandlungspartner zu fragen, sondern erweitert die Perspektive und führt mitunter zur Frage nach den Absichten der involvierten Franzosen: Inwiefern fürchteten jene um die Geschäfte der eigenen *caravane maritime*, sollten Tunis und der Johanniterorden Frieden schliessen?

Der zweite Hauptteil beleuchtet den Freikauf von Sklaven und Gefangenen bzw. die im Zusammenhang mit dem Korsarenwesen entstandenen Interaktionen. Wie konnten trotz fehlender Abkommen zwischen dem Orden und dem Bey Gefangene ausgetauscht werden? Auf welche Normen beriefen sich die Akteure bzw. wie wurden jene *in actu* hervorgebracht und ausgelegt? Inwiefern vermochten die Franzosen im Einzelfall auf die Ausgestaltung der tunesisch-maltesischen Aushandlungsprozesse Einfluss zu nehmen?

Während sowohl der erste wie auch der zweite Hauptteil Prozesse beleuchten, die im Zusammenhang mit alltäglichen Ereignissen stehen, behandelt der dritte und letzte Hauptteil die Frage, wie bei ausserordentlichen Situationen verfahren wurde – namentlich nach einem maltesischen Angriff auf

drei tunesische Galioten im tunesischen Hafen von La Goulette. Die Tatsache, dass es sich bei jenem Angriff im Untersuchungszeitraum um einen isolierten Einzelfall handelte, macht die Abgrenzung zum Normalfall umso deutlicher: Interaktionen im Rahmen von vertraglichen Normen und Herkommen («usage»), die beide Seiten anerkannten – seien sie nun friedlicher Natur oder im Rahmen von Korsarenaktivitäten. Welche Rolle vermochte die normative Vorgabe eines statutarisch festgeschriebenen ewigen Kriegs vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen noch zu spielen?

Anhand dieser und weiterer Beispiele lässt sich ablesen, wie im untersuchten Zeitraum Handelsinteressen trotz anhaltendem de-iure-Kriegszustand gegenüber feindseligen Interaktionen in

den Vordergrund traten. Sowohl die Tunesier wie auch die Malteser hatten ein unverkennbares Interesse, den gegenseitigen Warenverkehr dem Zugriff feindlicher Korsaren weitestgehend zu entziehen. Die Arbeit gibt einen Einblick in die damit einhergehenden Aushandlungsprozesse, zeigt aber auch auf, dass jene dort an Grenzen stiessen, wo insbesondere der Johanniterorden sich um seine selbst auferlegte Daseinsberechtigung als christliche Speerspitze gegen die Muslime sorgte und zugleich französische Akteure um ihre Handels- und Schifffahrtsinteressen fürchteten, die aufgrund der Neutralität der französischen Flagge durch die andauernden Konflikte zwischen maltesischen und maghrebinischen Korsaren begünstigt wurden.



Ken Ineichen

## Hydrologische Ereignisse in Solothurn

Eine historisch-hydrologische Auswertung der Seckelmeisterrechnungen von 1437–1510

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Wasser war als überlebensnotwendige Ressource ein ständiger Begleiter des Menschen. Die Niederlassungen an Gewässern vereinfachten viele Aspekte des menschlichen Lebens, doch waren die Vorteile mit einer ständigen Gefahr hydrologischer Schadensereignisse verbunden. Da diese konstante Bedrohungslage zum Alltag der mittelalterlichen Gesellschaft gehörte, wurde es nicht für notwendig erachtet, diese entsprechend schriftlich festzuhalten, ausser es traten extreme Ereignisse auf. Basierend auf diesen Voraussetzungen liegt der Zugang über Rechnungsbücher und Ratsmanualen nahe, um an Informationen zu Hochwassern, Eisgängen und allgemein Starkniederschlag in Solothurn zu gelangen, da in diesen Quellen Schäden und Reparaturen verzeichnet wurden.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Seckelmeisterrechnungen Solothurns auf hydrologische Extremereignisse auszuwerten und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Aufarbeitung der Bestände des Staatsarchivs Solothurn zu leisten. Der Seckelmeister war der Finanzverwalter des

Stadtstaates Solothurn. Es wird untersucht, welche hydrologischen Ereignisse mit Wasserüberfluss anhand der Seckelmeisterrechnung in Solothurn in wiederkehrender und gesellschaftsbeeinflussender Form auftraten und wie die Bevölkerung und die Regierung darauf reagierten. Um diese Forschungsfragen zu beantworten, wurde eine serielle Auswertung der Seckelmeisterrechnungen Solothurns vorgenommen; die evaluierten Ereignisse wurden durch Informationen aus der Solothurner Chronik von Franz Haffner und aus den Ratsmanualen ergänzt. Bei der Untersuchung erfolgte eine Einschränkung auf Hochwasser, Starkregen, Schnee, Hagel und Eisgänge. Dabei wurden die Ereignisse so genau wie möglich analysiert und klassifiziert, um eine angemessene Auswertung und Vergleichsmöglichkeit zu schaffen. Im untersuchten Zeitraum von 1437–1510 traten insgesamt 49 Ereignisse verschiedener Typen auf, womit es durchschnittlich rund alle eineinhalb Jahre zu einem nennenswerten hydrologischen Ereignis kam. Im Stadtstaat Solothurn betrafen diese vor

allem die Aare und die Birs, die wiederum stark von den Niederschlägen und der Schneeschmelze in den Alpen abhängig waren. Demnach machten die Hochwasser über die Hälfte aller nachgewiesenen Ereignisse aus, wobei aufgrund der fehlenden Aufarbeitung nur die wenigsten in einen überregionalen Kontext gesetzt werden konnten. Das bedeutendste Ereignis des untersuchten Zeitraumes stellt das Jahrhunderthochwasser von 1480 dar, welches in Grossteilen der Schweiz und in Teilen Deutschlands zu schweren Schäden führte. Gemäss dem Ausmass ist dieses spezifische Ereignis vergleichsweise gut aufgearbeitet. Grundsätzlich ereignete sich in der Stadt Solothurn alle drei bis vier Jahre ein Hochwasser, das zu Schäden führte und demgemäss verzeichnet wurde. Die zeitliche Verteilung der Ereignisse untermauert die Annahme, dass Eisgänge hauptsächlich im Winter auftraten und sich Hochwasser im Kontext der Schneeschmelze im Sommer verstärkt ausbildeten. Die örtliche Verteilung bestätigte die kausale Verbindung von hydrologischen Ereignissen in Solothurn und Olten, da beide Städte an der Aare liegen. Obwohl direkt nach Solothurn die Emme in die Aare fliesst, konnten entgegen den Erwar-

tungen keine kausalen Zusammenhänge und Korrelationen zwischen Hochwassern an der Emme und Hochwassern in Olten nachgewiesen werden, obschon die Emme für ihre extremen Hochwasserereignisse bekannt ist.

Über alle Ereignisse hinweg zeigte sich, dass die Gesellschaft den Umgang mit hydrologischen Ausnahmesituationen gewohnt war und je nach Ereignis verschiedene Handlungsmuster aufzeigte: Bei drohenden Eisgängen wurden Eisenpfähle an die Brücke geschafft, bei Hochwassern Wächter stationiert und Seile zur Beseitigung von Treibgut vorbereitet. Die Bevölkerung Solothurns arbeitete zusammen und versuchte, bei Gefahr die Brücken zu schützen, da diese eine zentrale Wirtschaftsachse darstellten. Hydrologische Ereignisse waren ein fester Bestandteil des mittelalterlichen Lebens an Gewässern, so auch in Solothurn, weshalb sich angepasste Umgangsformen und Handlungsmuster in Krisensituationen entwickelten. Die Charakteristika von Regen, Kälte und Tauwetter liessen die Bevölkerung entsprechende Vorsichtsmassnahmen ergreifen, deren finanziellen Auslagen wiederum in den Seckelmeisterrechnungen verzeichnet wurden.



Lena Joos

## «Only One Earth» und «Limits to Growth»

Globale Untersuchung der Umweltprobleme und Umweltpolitik im Rahmen der UN-Konferenz zur Umwelt des Menschen 1972

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

1972 fand in Stockholm die erste UN-Konferenz zur Umwelt des Menschen (UNCHE) mit 113 Staaten statt, in deren Vorbereitungsphase 86 Länder Berichte über den Zustand der Umwelt erstellten. Während die UNCHE historisch gut untersucht ist, lassen sich zwei Desiderate im Forschungsstand ausmachen: *Erstens* fehlt eine systematische Auseinandersetzung mit dem im Vorbereitungsprozess generierten Wissen. *Zweitens* analysieren viele Arbeiten ein globales Phänomen aus einer nationalen Perspektive, während international vergleichende Arbeiten bisher rar sind. An

diesen Lücken setzt die Masterarbeit an, indem sie die Entstehung des globalen Umweltwissens im Rahmen der UNCHE untersucht. Die im Vorbereitungsprozess entstandenen Länderberichte stehen als Quellen im Zentrum, ergänzt durch Archivmaterialien aus dem Nachlass des Generalsekretärs der UNCHE, Maurice Strong, sowie aus dem Konferenzsekretariat. Der über 3'000 Seiten umfassende Quellenkorpus wird mit einer computergestützten qualitativen Inhaltsanalyse bearbeitet. Anhand einer international vergleichenden Untersuchung von 59 Länderberichten wird die Entste-

hung von globalem Umweltwissen zu Beginn der 1970er Jahre analysiert. Umweltwissen wird dabei verstanden als die Identifikation von Umweltproblemen und daraufhin umgesetzte Umweltpolitik. An der Schnittstelle von Global-, Wissens-, Umwelt- und Politikgeschichte wird gefragt, welche Umweltprobleme die nationalen Administrationen und ihre wissenschaftlichen Berater\*innen um 1970 identifizierten und welche Massnahmen implementiert wurden.

Die Masterarbeit beleuchtet damit das Umweltproblemverständnis sowie nationale und internationale Umweltpolitikformen um 1970 und stellt diese in einen globalen Kontext. Die Länderberichte stellten in vielen Staaten die erste systematische Katalogisierung von Umweltproblemen sowie Massnahmen dar und trugen dazu bei, Umwelt in ein globales Politikfeld zu transformieren. Die identifizierten Umweltprobleme standen entweder im Zusammenhang mit Bevölkerungswachstum, mit Armut oder mit Industrialisierungs- und Wachstumsprozessen. Die Hauptprobleme bestanden in der Verschmutzung der Erde und der Übernutzung der natürlichen Ressourcen, wobei sich beide Phänomene proportional zu Bevölkerungsdichte, Urbanisierung, Industrialisierung, motorisiertem Verkehr und Konsum ausdrückten. Dabei fassten die Länderberichte die Umweltprobleme auf drei Weisen auf: als Krise und Bedrohung der Existenzgrundlage, in ihren ökologischen Zusammenhängen sowie als grenzübergreifendes und globales Phänomen. Ebenso verknüpften die Berichte Zukunft und Umwelt untrennbar miteinander.

Die Berichte forderten eine ganzheitliche Umweltpolitik, was in Widerspruch zu den getroffenen Massnahmen steht. Auch wenn es unter den sieben um 1970 umgesetzten Massnahmeformen – den rechtlichen, institutionellen, planerischen, technischen, wirtschaftlichen Instrumenten sowie der Umweltforschung und Umweltbildung – ganzheitliche Lösungen gab, gestalteten sich die Massnahmen mehrheitlich sektoral und auf nationaler Ebene. Die Formen sowie die Anzahl der

Massnahmen unterschieden sich zwischen den einzelnen Staaten, wobei der ausschlaggebende Unterscheidungsfaktor der Industrialisierungsgrad war, während die geographische Lage sowie die Organisation der Wirtschaft nur wenig Einfluss hatte.

Auch wenn um 1970 ökologische Argumentationen verwendet wurden, blieben ökonomische Logiken die wirkmächtigste Kategorie bei der Bewertung der Umwelt. Eine Hinterfragung des ökonomischen Wachstums zogen die Autor\*innen der Berichte nicht in Betracht. Stattdessen wurden Umwelt und ökonomische Entwicklung eng verzahnt gedacht. In der Auffassung der Politikakteur\*innen stand die Umwelt im Dienst des Menschen und der Ökonomie. Umweltschutz wurde ausschliesslich betrieben, wenn er dem Wohl der Menschen oder der nationalen Wirtschaft diene.

Die vier theoretischen Perspektiven verdeutlichen weitere Zusammenhänge: Der *globalhistorische Ansatz* zeigt, dass die Erhebung von Umweltwissen um 1970 ein globales Ereignis war und Länder auf der ganzen Welt an der Entstehung beteiligt waren. Aufgrund des *umwelthistorischen Blickwinkels* wird deutlich, dass die Wahrnehmungen von Umwelt wandelbar, umkämpft und politisiert waren. Folglich handelte es sich bei der anthropozentrischen und ökonomisierten Umweltvorstellung der Berichte um eine kontingente Auffassung. Der *politikhistorische Ansatz* zeigt, dass die Ausgestaltung der Umweltpolitik von Annahmen über die Verschränkung von Ökonomie und Ökologie geprägt war. Die *wissensgeschichtliche Perspektive* verdeutlicht, dass Wissen über die Umwelt nicht in einem machtleeren Raum entstand, sondern von Normen und politischen Annahmen geformt war. Wissen war – und ist – ein mächtiges Instrument in der Entwicklung von Umweltpolitik. Die Untersuchung des im Rahmen der UNCHE entstandenen Umweltwissens verweist daher auch auf die Zusammenhänge der Politisierung von Umweltwissen und der Verwissenschaftlichung von Umweltpolitik um 1970.



## «dien veltsiechen des huses von Berne zechen Schilling»

Zum Stiftungsverhalten am Berner Siechenhaus im 14. Jahrhundert (1283 – 1390)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

Seit den 1980er Jahren hat eine intensive Auseinandersetzung mit der Kultur- und Sozialgeschichte der mittelalterlichen Lepra stattgefunden. Es ist das Verdienst dieser jüngeren Forschung, dass die Wahrnehmungs- und Denkformen offengelegt wurden, welche der weitreichenden sozialen Ausgrenzung der Leprakranken aus der mittelalterlichen Gesellschaft zugrunde lagen und welche bis heute die «soziale Krankheit» Lepra kennzeichnen: Die Wahrnehmung Lepröser war von der Ambivalenz geprägt, wonach diese entweder als Sendlinge des Teufels dem Reich des Bösen zugeordnet oder aber in ein besonderes Gunstverhältnis zu Gott und der Sphäre des Himmlischen gerückt wurden. Die mediävistische Lepraforschung hat diese Befunde vor allem dazu fruchtbar gemacht, um dem drängenden Fragekomplex nach dem Konnex von sozialer Wahrnehmung, sozialethischer Stigmatisierung und der Ausgrenzung kranker Menschen zu historischer Tiefenschärfe zu verhelfen. Dabei hat primär die Wirkungsgeschichte der (negativen) Lepradeutung, welche diese pauschal verteufelte, Aufmerksamkeit erfahren, während das gesellschaftliche Potential der (positiven) Deutungsweise, welche die gedachte Nähe der Leprösen zu Gott betonte, meist unbeachtet blieb.

Indem in der Masterarbeit das Stiftungsverhalten am Berner Siechenhaus und den Leprösen analysiert wird, liegt der Fokus programmatisch auf der positiven Lepradeutung. Stiftungen dienten im Mittelalter primär der individuellen Seelenheilsversicherung der Stifter und Stifterinnen. Das Stiften an Siechenhäusern und Leprösen beruhte somit auf der Auffassung, dass letztere dank des gedachten Nahverhältnisses zu Gott als Vermittler zwischen Dies- und Jenseits potente Fürsprecher für die Seelen der Stifter und Stifterinnen seien. In der sozialen Praxis des Stiftens konkretisiert sich daher die positive Auffassung der Leprösen. Ausgehend von einem sozialhistorischen Stiftungsbegriff, der Stiftungen als soziale Wechselbeziehungen zwischen Stiftern, Stifterinnen und Stiftungsbegünstigten auf Grundlage eines dau-

erhaften reziproken Gabentauschs versteht sowie von der Konzeption der spätmittelalterlichen Stadt als einem Seelenheilsmarkt, worin die zahlreichen religiösen Institutionen miteinander in vielfältigen Konkurrenzverhältnissen und Verflechtungen stehende Akteure darstellten, wird in der Arbeit zunächst nach dem Stellenwert des Siechenhauses und der Leprösen in der gestifteten Jenseitsvorsorge und nach der Situation und der Funktion des Siechenhauses auf dem bernischen Seelenheilsmarkt gefragt. In der Masterarbeit ist die gesamte Überlieferung zum Berner Siechenhaus bis 1390 erfasst, deren Grossteil ein Korpus von knapp hundert Stiftungsurkunden bildet. Indem die Stiftungen systematisch-quantitativ nach drei zentralen Deskriptionsmerkmalen (Stiftungsorganisation, Stiftungszweck und Stiftungsvermögen bzw. -zins) erfasst werden, können das Stiftungsverhalten und die so begründeten Beziehungsgefüge in dreidimensionaler Weise beschrieben werden.

Die grosse Mehrheit der Stiftungen war multilokal organisiert. Das Siechenhaus war meist nur eine von mehreren an der Stiftung partizipierenden Einrichtungen. Stiftungen, in welchen die Leprösen exklusiv mit der Sorge um das stifterliche Seelenheil betraut wurden, bildeten eine kleine Minderheit, die eher auf Überlieferungszufälle als auf eine eigenständige Strategie der Jenseitsvorsorge schliessen lässt. Das Stiftungsverhalten am Siechenhaus war ferner durch relativ invariable und wenig ausdifferenzierte Stiftungszwecke gekennzeichnet. Die Hälfte der Stiftungen sah jährliche Totenmessen und Memorialleistungen vor (Jahrzeitstiftungen), die andere Hälfte enthielt keine expliziten Memorialverfügungen. Es ist daher anzunehmen, dass sich die Stifter und Stifterinnen dabei mit der Stiftung eines Almosens begnügten. Fast ausnahmslos waren die Stiftungen an das Siechenhaus weiter mit Vermögen und Zinsen dotiert, die sich weit unter dem für die bernische Stiftungswirtschaft ermittelten Durchschnittswert bewegten. Die also geringe Exklusivität des Siechenhauses in den gestifteten Beziehungsgefügen, die geringe Ausdifferenzierung der Stiftungszwe-



cke, die unterdurchschnittlichen Stiftungsvermögen und schliesslich der Befund, wonach viele der Stiftungen an das Siechenhaus während der Grossen Pest 1349/50 und damit im Kontext einer allgemein gesteigerten Stiftungstätigkeit zustande kamen, weisen dem Siechenhaus eine nachrangige, subsidiäre Funktion in der gestifteten Jenseitsvorsorge und eine relative Randlage auf dem bernischen Seelenheilsmarkt aus. Als eigenständ-

ge Strategie der Seelenheilsversicherung wird das Stiften am Berner Siechenhaus nicht erkennbar. Das Stiftungsverhalten am Siechenhaus scheint sich nicht aus der besonderen Qualifikation der Leprösen als Mittler zwischen Dies- und Jenseits, als vielmehr aus der Verflechtung des kommunalen Siechenhauses mit der städtischen Ratsobrigkeit und vor allem dem ebenso kommunalen Niederen Spital heraus zu erklären.



Timo Keller

### «Nicht Winkelried spielen!»

#### Übergriffe auf die Diplomatie aus der schweizerischen Perspektive

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

In dieser Masterarbeit wurden gewaltsame und friedliche Übergriffe gegen diplomatische Räumlichkeiten und Personen aus schweizerischer Perspektive untersucht, also einerseits Übergriffe auf Schweizer Vertretungen im Ausland und andererseits Übergriffe auf ausländische Vertretungen in der Schweiz.

Im Zeitraum von 1955 bis 1990 fanden 19 Übergriffe in der Schweiz und 23 Übergriffe im Ausland statt. Sämtliche Ereignisse sind in einer Typologie im Anhang der Arbeit zu finden. Um die verschiedenen Ereignisse zu differenzieren, wurde eine Einteilung in gewaltsame und gewaltfreie Übergriffe vorgenommen. Allerdings kannte die Bundesverwaltung eine solche Unterscheidung nicht. Zur ersten Kategorie gehören Geiselnahmen, Entführungen, Ermordungen und Gewaltanwendungen gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diplomatischer Niederlassungen sowie Anschläge auf diplomatische Gebäude. Wenn es zu Übergriffen ohne Einsatz von Gewalt kam, sich die Besetzerinnen und Besetzer also auf regulärem Weg Zutritt in die diplomatischen Räumlichkeiten verschafften, fielen sie in die zweite Kategorie. In diesen Fällen fanden oft intensive, mehrtägige Verhandlungen statt, um die Abzugsbedingungen zu regeln.

Der wesentliche Erkenntnisgewinn dieser Arbeit liegt in der Tatsache, dass alle Übergriffe vom Eidgenössischen Politischen Departement (EPD, später Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten EDA) in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) behandelt wurden. Ausgehend von den Reaktionen der Bundesverwaltung kann aufgezeigt werden, wie die staatlichen Gegen- und Präventionsmassnahmen zwischen Föderalismus und Zentralisierung abgewogen werden mussten. Ausserdem liefert die Betrachtung der Übergriffe auch Erkenntnisse darüber, wie die Schweiz in der Welt wahrgenommen wurde. Übergriffe aus anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen Gründen fanden ebenso statt wie Übergriffe osteuropäischer Dissidenten zur Diskreditierung der realsozialistischen Regimes und schliesslich Übergriffe zur Appellation an einen humanitären Einsatz der Schweiz zu Gunsten der Besetzerinnen und Besetzer. Selbst innenpolitische Angelegenheiten wie der Jurakonflikt oder ethnisch-religiöse Auseinandersetzungen wie der Kurdenkonflikt wurden auf diese Weise ausgetragen.

Die Forschungsergebnisse dieser Arbeit erscheinen im Verlaufe des Jahres als Artikel in der Zeitschrift *Saggi di Dodis* 3 2021/1, [dodis.ch/saggi3-1](http://dodis.ch/saggi3-1).



## Das belgische und das schweizerische Heer in deutschen Militärfachzeitschriften

Fremdwahrnehmung preussisch-deutscher Offiziere von 1890–1914

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die beiden neutralen Staaten Belgien und die Schweiz waren in äusserst unterschiedlicher Weise vom Ersten Weltkrieg betroffen. Belgien kämpfte nach der Missachtung der Neutralität durch Deutschland auf Seite der Entente gegen die Mittelmächte, die Schweiz hingegen blieb von jeglichem Waffengang verschont. Die Gründe für die Verletzung der Neutralität Belgiens als auch für das Heraushalten der Schweiz aus dem Krieg bildeten in der Vergangenheit einen wichtigen Bestandteil in der jeweiligen nationalen Geschichtsschreibung der beiden Länder. In den 2000er Jahren entbrannte auch die Diskussion zu den Hintergründen des Schlieffenplans neu. Im Gegensatz dazu fehlten bislang konkrete Untersuchungen über die Fremdwahrnehmung der beiden Heere aus preussisch-deutscher Perspektive.

Um diese Fremdwahrnehmung preussisch-deutscher Offiziere zu erfassen, analysiert die vorliegende Forschungsarbeit die Berichterstattung von fünf deutschen Militärfachzeitschriften: dem Militär-Wochenblatt, der Jahresberichte über die Veränderungen und Fortschritte im Militärwesen, der Deutschen Heeres-Zeitung, der Internationalen Revue der gesamten Armeen und Flotten und der Vierteljahrshefte für Truppenführung und Heereskunde. Die Untersuchung der Militärperiodika folgt zwei unterschiedlichen Ansätzen. Als erstes erfolgt eine quantitative Auswertung zur Berichterstattung in den Fachzeitschriften. Als zweiten Ansatz analysiert die Arbeit einzelne Artikel mit Blick auf thematische Schwerpunkte. Besonders ergiebig erwiesen sich dabei die Thematiken der Kriegsbereitschaft und der strategischen Bedeutung der beiden Staaten.

Die quantitative Auswertung zeigt, dass das schweizerische Heer in den 1890er Jahren einen deutlich höheren Stellenwert in der deutschen Militärpublizistik einnahm, als dies für das belgische Heer der Fall war. Während die Berichterstattung zur Schweiz im Untersuchungszeitraum grösstenteils konstant blieb, lässt sich für das belgische Heer ab der Jahrhundertwende eine deutliche Steigerung in der Berichterstattung feststellen.

In Bezug auf die Schweiz kommt die Arbeit zum Schluss, dass sich die Fremdwahrnehmung auf das schweizerische Heer in den zweieinhalb Jahrzehnten erheblich veränderte. Noch zu Beginn der 1890er Jahren war die Kriegsbereitschaft der Schweiz umstritten gewesen. Mehrere Artikel der DHZ bewerteten die Schweiz sogar als potenziellen Kriegsschauplatz in einem zukünftigen Krieg. Ab der Jahrhundertwende galt ein Angriff auf die Schweiz aber als ausgeschlossen. In die Bewertung des schweizerischen Heeres flossen dabei neben strategischen Überlegungen auch kulturelle Vorstellungen, wie eine historisch legitimierte positive Bewertung des schweizerischen Soldaten, hinein. Hinzu kam, dass mehrere schweizerische Offiziere, welche der «Neuen Richtung» im schweizerischen Offizierskorps angehörten, positiven Anklang in der deutschen Militärpublizistik fanden. Diese Faktoren übertönten die teilweise kritischen Stimmen, welche mit Blick auf den schweizerischen Ausbildungsstandard in den deutschen Militärfachzeitschriften vorhanden waren. Nicht zuletzt auch als Folge von Veränderungen innerhalb der Militärpublizistik nahmen die kritischen Stimmen zum schweizerischen Heer zur Jahrhundertwende hin ab. Zuvor hatte insbesondere die 1900 eingestellte DHZ in den 1890er Jahren viel zu einer offenen, kritischen, teilweise aber auch provokanten Debatte zur Schweiz beigetragen.

Die Berichterstattung zu Belgien beschränkte sich lange Zeit auf die Diskussion zu den belgischen Befestigungsanlagen und dem Ausbleiben von Reformen des als veraltet empfundenen Rekrutierungssystems. Die hartnäckigen Debatten hinterliessen in den deutschen Militärfachzeitschriften das Bild eines Heeres, welches nur teilweise den modernen Anforderungen entsprach. Die geringe Heeresgrösse und das Fehlen eines auf die Feldschlacht ausgerichteten Heeres verstärkten das negative Bild des belgischen Heeres im preussisch-deutschen Offizierskorps.

In Bezug auf einzelne Teilbereiche, wie dem belgischen Befestigungssystem, gab es zum

belgischen Heer aber auch positive Kritik. Mit Blick auf den Ersten Weltkrieg zeigt die vorliegende Forschungsarbeit auf, dass die Schweiz in Deutschland nicht grundsätzlich aufgrund seiner topographischen Begebenheiten als Kriegsgegner tabu war. Vielmehr führte ein Wandel in der Wahrnehmung der strategischen Bedeutung, aber auch des Führungspersonals des schweizerischen Heeres dazu, dass ein Angriff auf die Schweiz aus-

geschlossen wurde. Reformen im belgischen Heer wurden im Gegensatz dazu erst kurz vor Kriegsbeginn wahrgenommen – zu spät, um an der Idee einer Nordumfassung der französischen Front noch Zweifel anzubringen.

Die Arbeit wird in leicht überarbeiteter Form in der Reihe 5 der Berner Studien zur Geschichte erscheinen.



Sarah Locher

## **Löwenknurren und rauschendes Gras**

Eine Reise mit Sportjägern durch die Geschichte der touristischen Jagd im Namibia des 20. und 21. Jahrhunderts

Masterarbeit bei PD Dr. Carl Alexander Krethlow

Eine Personengruppe kommt, wenn es um das im Aussterben von afrikanischem Wild geht, gerne in den Fokus von Kritikern und Naturschützern: die Jäger und damit speziell die Jagdtouristen. Wer kennt nicht die Bilder von strahlenden Touristen in Khakihosen – das Gewehr stolz in der einen Hand, die andere auf dem erlegten Tier? Solche Bilder rufen vielfach Unverständnis oder gar Hass hervor. Wiederholt wird das Thema auch in Presseberichten aufgegriffen. Die Diskussionen darüber stützen sich indes mehrheitlich auf Halbwissen und subjektive Auffassungen. Diese vorliegende Arbeit befasst sich mit der touristischen Jagd im Namibia des 20. und 21. Jahrhunderts. Von der Frage, was die Menschen an der Jagd in Afrika ursprünglich interessierte, bis zu der Frage, ob der Jagdtourismus als Chance für Mensch und Umwelt gesehen werden kann, wird ein breites Bild zum Jagdtourismus in Namibia gezeichnet.

Während die Jäger des 19. Jahrhunderts noch als Grosswildjäger die afrikanischen Steppen leer-schossen und damit ihre koloniale Macht demonstrieren konnten, änderte sich dies bereits um 1900. Die kontinuierlich abnehmenden Wildbestände führten zu ersten Überlegungen im Bereich des Naturschutzes. In Namibia war bereits die Kolonialregierung Deutschlands mit diesem Problem konfrontiert und begann die Jagd zu regulieren so-

wie Naturschutzgebiete festzulegen. So fallen die in der Arbeit vorgestellten Persönlichkeiten wie Theodore Roosevelt oder Vivienne von Wattenwyl nicht mehr in die Kategorie der Grosswildjäger, doch reine Sportjäger waren sie auch nicht. Sie stehen für eine Übergangszeit, in der der Abschuss von Wild durch ihren Gebrauch als Exponate in Naturhistorischen Museen auf der ganzen Welt gerechtfertigt wurde.

In den 1920er Jahren, nach der Übernahme Namibias durch die südafrikanische Regierung, strömten die ersten Jagdtouristen ins Land. Genau dies tat auch Fritz Gaerdes – der Protagonist des zweiten Kapitels – , der sich auf eine sechsmo-natige Reise nach Namibia begab. Sein Ziel war, die abenteuerliche afrikanische Safari persönlich zu erfahren. Der Lehrer aus Vegesack bei Bremen blieb in Namibia und prägte das dortige Jagdwesen massgeblich. Bereits in den 1930er Jahren dachte Gaerdes über den Wert von Wildtieren nach und wie dieser zu nachhaltigen Jagdpraktiken führen könnte. Doch die Zeit war noch nicht reif. Gaerdes wandte sich anderen Themen wie der Entomologie zu, welche ihm zu einem guten Ruf auch bei der südafrikanischen Regierung verhalf. Dadurch gelangte er auch in den Wildschutzrat und konnte schliesslich seinen Ansatz, dem Wild mehr Wert zu geben, in der Regierung durchsetzen. Ab 1955

gehörte den Farmern das Wild, welches sich auf ihrem Land bewegte und sie durften ohne Jagdlizenz auf der Farm jagdbares Wild jagen. Dieses neue Gesetz wurde scharf von der Bevölkerung wie auch der Jägerschaft kritisiert, doch nur Jahre später stellte es sich als richtungsweisend heraus. Das Jahr 1955 stellt daher ein Meilenstein für die namibische Jagd dar.

Ab 1960 begannen sich Farmer wie Marga Vaatz Gedanken zum Jagdtourismus in Namibia zu machen. Die ersten Jagdfarmen entstanden. Kurz darauf wurde mit ANVO Safaris das erste Safariunternehmen des Landes geschaffen. Der Jagdtourismus wurde besonders für Farmer zu einem lukrativen Erwerbszweig und es zeigte sich, dass sich gewisse Wildbestände wieder erholen konnten. Die 1974 verabschiedete *Nature Conservation Ordinance* hat bis heute in ihren Grundzügen ihre Gültigkeit nicht verloren. Sie definierte zum ersten Mal die verschiedenen Berufsgattungen wie Berufsjäger oder Safariunternehmer und legte Regeln im Umgang mit Wild und Touristen fest.

Hubertus Graf zu Castell-Rüdenhausen, der seit 1935 in Namibia lebte, war nicht nur ein leidenschaftlicher Jäger und ab 1974 eingetragener Berufsjäger, er bezeichnete sich selbst auch als Naturschützer. Für ihn waren dies keine sich widersprechenden Begriffe. Einen grossen Teil seines Lebens setzte er sich im SWA Jägerverein (später SWA Berufsjäger/NAPHA), dem *Conseil International de la Chasse* sowie privat mit Artikeln und

Vorträgen für eine nachhaltige Jagd ein. Er verurteilte bereits in den 1980er Jahren Naturschutz, der die Jagd kritisierte und sah in der touristischen Trophäenjagd das Potenzial, den Wildbestand in Namibia nachhaltig zu schützen.

Spätestens seit der Unabhängigkeit 1990 ist jedem Bewohner Namibias der Naturschutz ein Begriff. Doch während immer mehr Strukturen zum Schutz des Wildes erstellt werden, wächst auch der Unmut der Weltbevölkerung über die Jagd. Damit haben Jagdorganisationen wie die NAPHA zu kämpfen. Besonders drohende Einfuhrverbote von Trophäen würden diesen Tourismuszweig zum Erliegen bringen. Dass diese Verbote sich negativ auf den Wildbestand auswirken könnten, zeigen Untersuchungen des WWF und des IUCN. Denn dank dem Ansatz des *Community-based Natural Resource Management* (CBNRM) wurde das Wild auch denjenigen Bevölkerungsgruppen zuteil, welche unter den unterschiedlichen Regierungen des 19. und 20. Jahrhunderts in Namibia besonders zu leiden hatten.

Die Jagd zu touristischen Zwecken kann aus ethischer Perspektive nur schwer gerechtfertigt werden. Dennoch ist es fraglich, ob ein Verbot der Trophäenjagd und dessen Konsequenzen ethisch unproblematischer sind. Berichte wie derjenige der IUCN zeigen deutlich, dass, wenn richtig angewendet, Trophäenjagd den Schutz gewisser Tierarten sicherstellen kann und Namibia ein Vorzeigeland für nachhaltige Trophäenjagd darstellt.



Elena Lynch

### «We were basically in paradise»

Erinnerte Migrationsmotive einer irischen Familie, 1957–1988

Masterarbeit bei PD Dr. Stephan Scheuzger

Die vorgelegte Masterarbeit untersucht die Migrationsmotive in einer irischen Familie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Untersuchungsgegenstand ist die eigene Familie der Autorin. Die Quellenbasis ist selbst produziert worden.

Zu diesem Zweck sind elf Oral-History-Interviews mit Familienangehörigen geführt worden,

die allesamt in Irland stattgefunden haben. Um Transparenz zu gewährleisten, sind die Tonaufnahmen und Transkripte der Interviews online zugänglich gemacht worden.

Eine wesentliche Leistung der Studie ist es aufzuzeigen, wie vielfältig und vielschichtig Migrationsmotive sind. Das ist grundsätzlich kei-

ne neue Erkenntnis. Dies aber im Rahmen eines relativ übersichtlichen Familienverbandes und im Wesentlichen mit einem Fokus auf eine Generation gleichsam komprimiert vorzuführen, darin liegt die primäre Bedeutung der Arbeit.

Die Darstellung der Migration in der Familie der Autorin väterlicherseits setzt bei den Urgrosseltern ein, auch wenn diese stets in Dublin blieben. Von den acht Kindern des Ehepaares, die alle heirateten, erwogen fünf den Weggang ins Ausland, vier wanderten schliesslich auch aus. Alle diese fünf Paare werden in die Untersuchung miteinbezogen. Aus der dritten Generation wird dann nur noch auf die Migration des Vaters der Autorin näher eingegangen.

Die Studie stützt sich sowohl auf erinnerungs- als auch auf migrationstheoretische Überlegungen. Dabei kommt dem Aspekt der Erinnerung eine nachgeordnete Bedeutung zu. Dieser ist zwar relevant in Funktion des Erkenntnisinteresses an den Migrationsmotiven. Wie Migrationsmotive in der Familie erinnert werden, ist aber keine eigenständige Frage, der die Autorin nachgeht.

Direkter mit dem Erkenntnisziel verbunden sind die migrationstheoretischen Ansätze, die zur Einordnung des Erzählten dienen. Anwendung finden dabei das Push-Pull-Modell, der Ansatz der Migrationsnetzwerke und die damit eng verbundene Kategorie des sozialen Kapitals, das Modell der Kettenmigration sowie der Ansatz des Transnationalismus. Alle Theorien leisten – in Kombination mit anderen – einen Beitrag zum besseren Verständnis davon, wieso sich Menschen für die Migration entschieden haben.

Migrationsmotive waren nicht zuletzt geschlechterspezifisch begründet (*gendered migration*). Die Bedingungen, unter denen Frauen Migrationsentscheidungen trafen, bewegten sich in einem Spektrum, das von der stark katholisch-konservativ geprägten irischen Gesellschaft bis zu individuellen Konstellationen innerhalb der Familie reichte.

Vorreiterinnen der Migration waren in der Familie Fitzgerald zwei Frauen: die eine, die aufgrund einer unehelichen Schwangerschaft mit ihrem Partner das Land verliess, um das Kind in Grossbritannien zur Welt zu bringen, ihren Partner zu heiraten und danach wieder nach Irland zurückzukehren; die andere, die aufgrund eines angespannten Verhältnisses mit ihrem Vater in die Vereinigten Staaten auswanderte – in einer Bewe-

gung, die von Dublin über Boston zurück nach Dublin und schliesslich nach New York führte.

Die meisten Familienangehörigen führte die Auswanderung nach Australien. Gerade hier lässt sich die Bedeutung sozialer Kontakte vor Ort, die die Migrationsentscheide wesentlich beeinflussten und die Migration selbst erleichterten, gut nachweisen. Zielortspezifisches Kapital sorgte dafür, dass sie sich in bestehende Migrationsketten einfügten und diese damit aufrechterhielten.

Mit jeder Migration wurde das Netzwerk ausgeweitet, wodurch weitere Menschen angezogen wurden, die von den bestehenden Verbindungen, zirkulierenden Informationen und existierenden Ressourcen profitierten. Dies führt vor, wie sehr Migrationsentscheide in interaktiven, sozialen Zusammenhängen verstanden werden müssen.

Ökonomische Aspekte spielten bei den Auswanderungsentscheiden – gerade nach Australien – ebenfalls eine Rolle. Allerdings dürften die diesbezüglichen Motive in den Interviews heruntergespielt worden sein. In diesem Zusammenhang besonders betont worden ist, dass der Zielort bessere Wetterverhältnisse und höhere Lebensqualität in Aussicht stellte (*lifestyle migration*). Die Wahlmöglichkeit ist dabei verknüpft mit einem relativen Wohlstand, der es den Migrierten erlaubte, an Orte aufgrund von Annehmlichkeiten wie gutem Wetter, schöner Landschaft oder aufgrund des Kriteriums einer guten medizinischen und sozialstaatlichen Versorgung zu ziehen.

Dass die Angehörigen der Familie Fitzgerald, obwohl sie der Arbeiterschicht entstammten, doch auch als vergleichsweise wirtschaftlich privilegiert betrachtet werden können, ist auch am Umstand festzumachen, dass die Migrierten den Kontakt mit dem irischen Herkunftskontext permanent aufrechterhielten.

Alle migrierten Familienmitglieder halten emotionale und kulturelle, aber auch wirtschaftliche Bindungen zwischen Herkunfts- und Wohnort aufrecht.

Dies führt zu Ambivalenzen. Gerade wenn sich nach Irland zurückgewanderte Familienangehörige entschieden, von dort erneut nach Australien zurückzukehren, weil sie ihre Erwartungen an die erste Heimat nicht erfüllt sahen, wird endgültig deutlich, dass Migration als zirkulärer und potenziell un abgeschlossener Prozess und nicht als einmalige, einseitige Bewegung zwischen einem Herkunfts- und einem Zielkontext zu verstehen

ist und eine transnationale Lebensweise auch mit dem Preis des inneren Konflikts über die Frage verbunden sein kann, wo sich die Migrierten zuge-

hörig fühlen und wo sie letztlich eigentlich leben möchten.



Patrick Maître

## **Die Schutzmachtstätigkeit der Schweiz während des Ersten Weltkriegs** Integration in die Bundesverwaltung und Errichtung der Abteilung für Vertretung fremder Interessen und für Internierung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Während des Ersten Weltkriegs vertraten neutrale Staaten die Interessen der kriegsführenden Staaten in einem Drittstaat, wobei Spanien, die Schweiz und die Niederlande ab Februar 1917 zusammen über 86% aller Schutzmachtmandate weltweit innehatten. Während Spanien und die Niederlande mehrheitlich die Interessen von Staaten der Ententemächte in Staaten der Zentralmächte vertraten, vertrat die Schweiz diejenigen der Zentralmächte in Staaten der Ententemächte.

Es liegt auf der Hand, dass die Schweiz auf diplomatischer Ebene global stark verstrickt war. Die Bundesverwaltungsgeschichte, die schweizerische Diplomatiesgeschichte und die Schutzmachtstätigkeit der Schweiz gelten als Themen, die nach wie vor in wissenschaftlichen Darstellungen marginal behandelt werden, dies gilt insbesondere für die Phase der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die vorliegende Arbeit widmet sich daher dieser Forschungslücke und geht drei Hauptfragen nach. Erstens: Wie wurde die Dienstleistung der Schutzmachtstätigkeit in die Bundesverwaltung integriert? Zweitens: Inwiefern änderten sich die Tätigkeiten der Schutzmachtstätigkeit im Laufe des Ersten Weltkriegs? Und drittens: Wie wurde diese Dienstleistung überhaupt finanziert, wo doch die Ausgaben dieser Dienstleistung nicht in der Eidgenössischen Staatsrechnung figurierten?

Die vorliegende Arbeit stützt sich weitgehend auf die unveröffentlichten Akten der *Abteilung für Vertretung fremder Interessen und Internierung* (AFI), welche im Schweizerischen Bundesarchiv abgelegt sind und bisher kaum in der Forschung

verwendet wurden. Um darzulegen, inwiefern der diplomatische Verwaltungsapparat unter einem akuten Personalmangel stand, wurden insbesondere auch die Personaldossiers der jeweiligen Mitarbeitenden des Eidg. Politischen Departements (EPD) zur Untersuchung herangezogen. Sie erlauben aufzuzeigen, dass diese Mitarbeitenden nur wegen der Schutzmachtstätigkeit der Schweiz angestellt wurden. Das EPD als Arbeitsgeber war ausschliesslich für einen sehr limitierten Kreis der Bevölkerung zugänglich. Einstiegsmöglichkeiten in diplomatische Karrieren waren kaum vorhanden. Dies änderte sich im Laufe des Ersten Weltkriegs als die Schweiz immer mehr Schutzmachtmandate übernahm und somit die Nachfrage nach neuem Personal wuchs.

Was die innenpolitische Ebene betrifft: Zwischen 1914 und 1917 wurde das EPD von Arthur Hoffmann geleitet, der vor allem dafür bekannt war, das Departement mit möglichst wenig Beteiligung der übrigen Bundesräte zu führen. Hoffmanns Demission im Jahr 1917, welche eine Zäsur im diplomatischen Verwaltungsapparat der Schweiz markierte, führte zu weitreichenden Änderungen im Aussenministerium: Unter Gustave Ador, dem Nachfolger Hoffmanns, änderte sich die Arbeitsweise des EPD. Das Departement wurde transparenter geführt und es wurden klare organisatorische Strukturen geschaffen: Die Geschäfte zwischen der schweizerischen Diplomatie und der Wahrung fremder Interessen wurden organisatorisch getrennt, was zur Errichtung der AFI führte, welche ihre Tätigkeit ab dem 1. November 1917 aufnahm. Da hatte die Schweiz bereits 21

Schutzmandate übernommen, darunter einige anspruchsvolle, etwa diejenige der deutschen Interessen in Frankreich, Grossbritannien oder in den USA.

Es stellt sich deshalb die Frage, weshalb die deutsche Regierung gerade die Schweiz und nicht Spanien oder die Niederlande vorzog. Einen anderen Schwerpunkt sind die finanziellen Aspekte der AFI: Diese neu errichtete Abteilung konnte nur entstehen, wenn eine Finanzierung gesichert war. Der Bundesrat leistete oftmals einen finanziellen Vorschub, um die laufenden Kosten zu decken, damit der diplomatische Verwaltungsapparat sei-

ne Aufgaben erfüllen konnte. Die Deckung dieser Ausgaben wurde nachträglich von den schutzmachtantragstellenden Staaten zwar übernommen, jedoch reichte dies nur aus, um einen Teil der laufenden Ausgaben zu bezahlen. Lange Zeit gingen die Bundesbehörden davon aus, dass die Gehälter der neu eingestellten Mitarbeitenden auch fremdfinanziert würden. Erst gegen 1919 musste der Bundesrat die Frage beantworten, ob diese Unkosten von der Schweiz selbst getragen werden sollten oder ob er den schutzmachtauftragsstellenden Staaten eine Rechnung zustellen dürfe.



Joschka Meier

## **Das alpine Gebiet als Lebens- und Arbeitsraum von Säumergesellschaften im Mittelalter und der Frühen Neuzeit**

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Obwohl der alpine Raum und dessen Bewirtschaftung von grosser Bedeutung für die Entwicklung von lokaler, und im Falle der Schweiz sogar nationaler Identität waren und sind, bestehen diesbezüglich noch grössere Forschungslücken. Während es zwar zahlreiche Werke gibt, in denen die Alpen, deren Geschichte und Bedeutung in einem grösseren Kontext erwähnt und untersucht werden, sind Forschungsansätze, welche etwa die Verkehrsgeschichte der Alpen im Mittelalter untersuchen, vergleichsweise rar. Diese Masterarbeit hat zum Ziel, mittels der Untersuchung des alpinen Saumwesens die alpine Lebenswelt besser fassbar zu machen. Beim Saumwesen handelte es sich um lokale Transportorganisationen, welche in der Regel das Transportprivileg entlang eines Teils einer transalpinen Handelsroute innehatten. Die erhaltenen Statuten dieser Organisationen stellen das Quellenkorpus dieser Untersuchung dar, für welche der Untersuchungszeitraum auf das 13. bis 16. Jahrhundert eingegrenzt wurde und deren Untersuchungsgebiet sich grob mit den Kantonen Wallis, Graubünden und Uri deckt.

Im ersten Hauptteil der Arbeit werden die Säumerstatuten nach Region und chronologisch geordnet vorgestellt, da in der bisherigen Forschungsli-

teratur zum Saumwesen eine solche umfassende Übersicht fehlt. In der Regel wurden entweder nur einzelne Regionen genauer untersucht oder zur Untersuchung eines postulierten sehr homogenen alpinen Saumwesens Statuten aus verschiedensten Zeitperioden und Regionen durchmischt. Mittels dieser nun zeitlich und räumlich differenzierten und geordneten Sammlung von Statuten und einer darauf aufbauenden kontextualisierten Analyse kann in dieser Masterarbeit nachgewiesen werden, dass sich das Saumwesen in den untersuchten Regionen keineswegs homogen, sondern äusserst unterschiedlich präsentierte und entwickelte. So war das Saumwesen im Raum Wallis stark vom Konflikt zwischen dem Haus von Savoyen und den Sittener Bischöfen geprägt. Letztere gewährten im 13. Jahrhundert zwar im Übereinkommen mit Mailänder Kaufleuten einzelnen Gemeinden Transportprivilegien, doch den dadurch entstehenden Organisationen war, entgegen dem in der Forschungsliteratur häufig anzutreffenden Begriff von «Säumergesellschaften», ausdrücklich verboten, sich genossenschaftlich zu organisieren und das verliehene Transportmonopol war temporärer Art. Im Gegensatz dazu waren in Graubünden die Churer Bischöfe zum Entstehungszeitpunkt der

ältesten erhaltenen Statuten dieser Region im 14. Jahrhundert zwar auch im Besitz des Transportregals in ihrem Herrschaftsbereich, doch aufgrund eines Dekrets von Kaiser Karl IV. zur Wahrung der bereits existierenden Transportprivilegien von Säumerorganisationen verpflichtet. Im Bereich der Gotthardroute nördlich der Alpen entwickelte sich das Saumwesen durch autonom agierende lokale Gemeinden zwecks der Förderung der Viehwirtschaft. Auch in der weiteren Entwicklung gibt es zahlreiche Unterschiede in den untersuchten Regionen zu beobachten: Während sich im Wallis trotz der von den Sittener Bischöfen sehr aktiv betriebenen Verkehrspolitik bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts eigenständige, von den Gemeinden unabhängig agierende Transportgesellschaften herausbilden konnten, existierten in Graubünden vergleichbare Organisationen erst seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. An den nördlichen und südlichen Zufahrtsstrassen des Gotthards bildeten sich im Untersuchungszeitraum gar keine im eigentlichen Sinne genossenschaftlichen Transportorganisationen aus, da das Land Uri weitgehend erfolgreich die Kontrolle über den Warenverkehr über diesen Pass erlangen konnte und als integralen Bestandteil des Herrschafts- und Wirtschaftssystems aktiv kontrollierte.

Im zweiten Hauptteil werden anhand der präzisierten Quellen einzelne Aspekte sowohl des Saumwesens als auch der damit verbundenen Land- und Viehwirtschaft untersucht. Ein Fokus liegt auf der Untersuchung der sozialen Aspekte des Saumwesens, insbesondere der von der bisherigen Forschung vernachlässigten Frage nach Arbeitsrollen und der Beteiligung von Frauen am Saumwesen. Durch diesen Forschungsansatz kann festgestellt werden, dass nebst der essentiellen Rolle, welche Frauen in der alpinen Landwirtschaft hatten, die mittels der Zucht von Transporttieren, Produktion von Futtermitteln und weiterem mehr das Saum-

wesen überhaupt erst ermöglichten, Frauen auch sehr aktiv in das Saumwesen involviert waren. So konnten sie, entgegen älteren Auffassungen in der Forschungsliteratur, selbst Saumrechte besitzen und treten etwa in den Statuten aus Graubünden auch als Investorinnen und Strassenarbeiterinnen in Erscheinung.

Anhand der Analyse der Transportorganisation, -technik und -infrastruktur des Saumwesens kann aufgezeigt werden, dass trotz der im ersten Hauptteil fassbar gemachten Unterschiede zwischen den untersuchten Regionen «alpines Saumwesen» eine valide Kategorie darstellt. Die Organisation des Transports mit Monopolen für Strecken von ca. 30 km, verbunden mit der Übergabe des Transportgutes am Ende jedes solchen Abschnittes an Transporteure der nächsten Gemeinde, lässt sich etwa auch von den technisch möglichen Transportdistanzen und der nötigen Umlagerung der Waren auf an den nächsten Streckenabschnitt angepasste Transportmittel herleiten. Ebenso lässt sich für das Saumwesen in den untersuchten Regionen eine Entwicklungstendenz feststellen, die von einer kommunal organisierten Nebenbeschäftigung, welche allen Gemeindemitgliedern offenstand, zunehmend in Richtung eines vom Gemeindegewesen abgetrennten Berufswesens mit Investitionsmöglichkeiten für vermögendere Personen führte.

Damit wird auch aufgezeigt, dass es trotz einer eher spärlichen Quellenlage mittels neuer Forschungsansätze und -fragen durchaus möglich ist, neue Erkenntnisse in diesem Forschungsbereich zu gewinnen. Die in dieser Arbeit gesammelten Quellen bieten auch eine gute Grundlage für weitere Forschung, so etwa durch die Einbindung weiterer alpiner Regionen, um auf breiterer Basis detaillierte Analysen wirtschafts-, sozial- und umweltgeschichtlicher Art vorzunehmen.





## Amorphe Identität

### Die urbane Entwicklung der Gemeinde Münchenbuchsee zur zweiten Jahrtausendwende

Masterarbeit bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

Im Zuge der anhaltenden Urbanisierung sahen sich die schweizerischen Gemeinden rund um und zwischen den Kernstädten und Metropolräumen in jüngster Vergangenheit vor grosse Herausforderungen gestellt. Diese umfassen starkes Bevölkerungswachstum und damit einhergehende intensive bauliche Tätigkeiten, die Auslastung der politischen und administrativen Kompetenzen sowie vielfältige soziale, ökonomische und politische Segregationsprozesse im Zuge der zunehmenden Mobilität und Reurbanisierungsprozesse. Mit diesen Veränderungen wurden ehemalige Bauerndörfer in einen ökonomischen, sozialen und siedlungsästhetischen Schwebestand amorpher Identitäten befördert und durch die zunehmende Herauslösung aus den lokalen Kontexten vor die Herausforderung gestellt, sich im neuen konturlosen Raum-Zeit-Gefüge verorten zu müssen.

In diesem Kontext soll die Entwicklung der Gemeinde Münchenbuchsee für die Jahre 1995 bis 2019 untersucht werden. Aufbauend auf die Schlussfolgerung des ersten Teils der Gemeindegeschichte, welche in einem Verweis auf den Verlust der Identität der Gemeinde und der Notwendigkeit derselben, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, endete, sollte dementsprechend der Frage nachgegangen werden, ob die Identitätsstiftung nach 1995 zur Leitlinie der lokalen Politik gemacht werden konnte. Hierzu werden verschiedene methodische Instrumente eingesetzt. Zum einen wird über einen Theorieteil ein Identitätenmodell entwickelt, welches die theoretische Grundlage zur Beantwortung der Hauptfrage bietet. Zum anderen werden die urbanen Entwicklungsläufe, welche sich an demografischen, wirtschaftlichen, politischen und landschaftlichen Faktoren orientieren, mittels einschlägiger Daten und unter Zuhilfenahme deskriptiver Statistik nachgezeichnet. Dabei zeigt sich, dass Münchenbuchsee mit der Wende des Jahrtausends durch ein verlangsamtes Wachstum der Bevölkerung, zunehmende Tertiarisierung und politische Segregation charakterisiert werden kann. Nachdem die relative Zunahme an Siedlungs- und Abnahme an Landwirtschafts-

fläche zunächst über den Werten der Gemeinden Bern, Zollikofen und Jegenstorf lag, verlangsamte sich auch der landschaftliche Wandel. Dieser Umstand wird direkt mit der gestiegenen Bedeutung der Nachhaltigkeit im politischen Diskurs des Grossen Gemeinderates (GGR) in Münchenbuchsee verbunden. Schliesslich wird versucht, über das methodische Instrument der qualitativen Inhaltsanalyse, sich den Bestrebungen anzunähern, welche das lokale Parlament unternahm, um Identitäten im Ort zu verstärken und eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde zu fördern. Die Wahl auf den GGR wird dabei durch die Quellenlage vorgegeben. Während die Protokolle dessen der Öffentlichkeit zugänglich sind, sind es diejenigen der kommunalen Exekutive nicht. Am Ende der Analyse zeigt sich daher, dass viele Entscheide zur kommunalen Raumgestaltung nicht in der Hauptkompetenz des GGR lagen, auch wenn viele politische Vorstösse sich den Merkmalen der Nachhaltigkeit zuordnen lassen.

Nichts desto trotz erlaubt der Rückgriff auf die qualitative Inhaltsanalyse die Herstellung eines lebensweltlichen Bezugs zur Gemeinde via dessen Legislative. Denn es konstruieren sich gerade im prozessualen Vollzug raumbezogener Identitäten spezifische Subformen des Sozialen. Insbesondere nach der Jahrtausendwende kann zudem die Erkenntnis gewonnen werden, dass eine nachhaltige Raumgestaltung zunehmend auf regionaler Ebene stattfand. In diesem Zuge wurde zwar die Autonomie der Gemeinde eingeschränkt, jedoch konnte der schnelle Wandel der Landschaft eingedämmt werden, wie die vorangehende Aussage aufzuzeigen vermag. Der politische Diskurs zeigt daneben, dass identitätenverstärkende Elemente das politische Schaffen des lokalen Parlaments kaum beschäftigten, weshalb die Masterarbeit zum Schluss kommt, dass die Identitätsstiftung nicht zur Leitlinie der lokalen Politik gemacht wurde.

Aufgrund der Analyse von Abstimmungsergebnissen kann dennoch die Erkenntnis gewonnen werden, dass sich die Identitäten der politisch aktiven Bevölkerung mit derjenigen der Regierung

deckten. So zeigt auf der einen Seite die Analyse verschiedener politischer Themenbereiche, dass das Stimmvolk Münchenbuchsee zunehmend konservativer abstimmte und auf der anderen Seite, dass die Vorlagen zu raumplanerischen Entscheidungen ausnahmslos und mit grosser Mehrheit vom

Stimmvolk mitgetragen wurden. In diesen Ergebnissen zeigt sich, dass die soziale Entmischung und die politische Segregation in Münchenbuchsee zu einer Annäherung der politisch aktiven Identitäten führten.



Lukas Nagy

### **Für wen sind die Blumen?**

Bilder von Krieg, Gewalt und Widerstand in Irina Ęrenburgs «Reise durch Litauen» (1944)

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Im Spätsommer 1944 begab sich Irina Ęrenburg (1911–1997) im Auftrag des «Antifaschistischen Komitees der Sowjetjugend» in das zuvor eben erst befreite Litauen. Vor Ort führte sie eine Vielzahl an Gesprächen mit Menschen der verschiedenen ethnischen Gruppen im Land, welche unter der deutschen Besatzungsherrschaft (1941–1944) gelitten hatten. Ęrenburg hielt ihr «Oral-History»-Projekt in der Reportage «Pozzdka po Litve» (Reise durch Litauen) fest. Die Arbeit untersucht im ersten Teil, welche Narrationen in der Reportage vorzufinden sind. In einem zweiten Teil wird dann die Frage gestellt, welcher Spielraum unter der Herrschaft Stalins für sowjetische Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) existierte, um über den Holocaust zu berichten. Diese Fragestellung ergab sich aus der Erkenntnis, dass Irina Ęrenburg der Verfolgung des jüdischen Volkes in Litauen einen Grossteil ihres Berichtes widmete.

Anhand von Ęrenburgs Quelle konnte die Ambivalenz der «Figur des passiven Opfers» aufgezeigt werden. Alle von ihr präsentierten Formen von Widerstand zeigen klare aktive Momente auf; dies widerspricht dem gängigen Opferstatus, der auf Passivität verweist und dessen Anerkennung eigentlich davon abhängt, dass dem Geschädigten kein eigenes Zutun zugebilligt wird. Das trifft jedoch auf die (jüdischen) Akteurinnen und Akteure in der Reportage nicht zu, denn gerade Ęrenburgs Anerkennung für deren Zutun ist es, das in der Quelle heraussticht. Irina Ęrenburg präsentiert

eine Vielzahl unterschiedlicher Bilder in ihrer Reportage. Ihre Einblicke werden durch eine «rote Brille» geschildert, das heisst, der «positive» kommunistische Bezug ist jederzeit gegeben.

So entwickelt sich durch die Erzählung hindurch ein klares Freund-Feind-Schema, indem der Sowjetunion und der Roten Armee einzig die Rolle der Befreierin (ab 1944) respektive der politischen und wirtschaftlichen Stabilität (vor 1941) zugeschrieben wird. Weiter manifestiert sich dies aber auch anhand der Tatsache, dass Litauer und Polen dort, wo sie mit Juden in persönlichen Bezug gebracht werden, stets als deren Helfer erscheinen. Das (problematische) Thema der vor allem litauischen Beteiligung an der Judenverfolgung und -ermordung wird komplett ausgelassen, ebenso die Tatsache, dass viele (ethnische) Litauer dem kommunistischen Widerstand feindlich gegenüber gestimmt waren.

Die Darstellung der Judenverfolgung und des Holocaust in der Sowjetunion ab Kriegsbeginn bis zu Stalins Tod wurde in vier Phasen unterteilt. Allgemein kann gesagt werden, dass mit dem fortschreitenden, für die Sowjetunion positiven Verlauf des Krieges ab 1942/43, Erwähnungen spezifischer Opfergruppen einem sowjetischen Opfernarrativ wichen, womit den Juden als eigenständiger Gruppe der Platz in der sowjetischen Erinnerung verwehrt wurde. Spätestens ab 1947/48 schlug diese Tabuisierung dann in offenen (staatlichen) Antisemitismus um, welcher sich in der Entfernung von Denkmälern, der Schliessung jü-

discher Institutionen sowie der Liquidierung ihrer Leiter niederschlug.

Ein offizielles Verbot, das Thema Holocaust in der sowjetischen Publizistik zu thematisieren, gab es nicht. Dennoch wäre es naiv zu behaupten, es hätte keine Grundsatzlinien gegeben, an die sich Irina Ėrenburg in ihrer Reportage hätte halten können. Ihr in der Armeezeitung *Krasnaja zvezda* («Roter Stern») erschienener Artikel «Das Neunte

Fort» – ein Teilausschnitt ihrer Reportage, der aber isoliert betrachtet eine Marginalisierung der jüdischen Opfer darstellt – lässt exemplarisch die «von oben» aufgezwungene Devise erkennen, welche die Journalist\*innen und Berichterstatter\*innen zur Selbstzensur zwang. Dass diese Devise nicht immer und nicht bei allen gleich gehandhabt wurde, konnte in der Arbeit ebenfalls gezeigt werden.



Chiara Neuhaus

## **Im kolonialen Blick: Krankheit, Hygiene und Geschlecht in Südindien** Darstellungen und Deutungen indischer Frauengesundheit der ersten Ärztin der Basler Mission

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Missionsangehörige beeinflussten mit zahlreichen Berichten über ihre Erfahrungen in den Kolonien massgeblich das Bild, das man sich in der Schweiz von «nichtchristlichen» Gesellschaften machte. Meist stammten diese Berichte von männlichen Missionaren – die Genferin Eva Lombard war eine der wenigen Frauen, welche von einer Missionsgesellschaft ausgesandt wurde. Sie berichtete regelmässig in die Heimat und war ausserdem die allererste Frau, die in ihrer Funktion als autonome Ärztin unter Führung einer Schweizer Mission ausgesandt wurde. Die vorliegende Masterarbeit untersucht den Quellenbestand zu Eva Lombard im Basler Missionsarchiv, mit Fokus auf die ersten zehn Jahre ihres Wirkens in Indien.

Eva Lombards Bestimmungsort war das kleine Städtchen Udipi an der Südwestküste Indiens. Zum Zeitpunkt der Ausreise im Jahr 1921 war sie 31-jährig und für die *Kanaresische Mission* tätig, die sich von der *Basler Mission* abgespalten hatte. Sie verwaltete ehemalige indische Gebiete der *Basler Mission*, die auf Druck der britischen Regierung im Ersten Weltkrieg aufgegeben werden mussten.

Nach einem «Lehrjahr» in einem britischen Missionskrankenhaus, gründete Lombard 1923 ein eigenes Frauenspital. 1927 absorbierte die *Basler Mission* die Westschweizer Splittergruppe.

Eva Lombard trat 1929 der Muttermission bei und stand dem von ihr gegründeten Spital bis ins Jahr 1954 vor. Beziehungen von Frau zu Frau stehen im Zentrum der vorliegenden Arbeit. Das Untersuchungsfeld liegt im Komplex zwischen Geschlecht, Kaste, Religion, «Rasse» und Medizin. Im Fokus der vorliegenden Arbeit steht dabei die zentrale Frage nach der Darstellung und Deutung indischer Frauengesundheit in den Quellen von Eva Lombard.

Dazu wird zuerst der praktische Aufbau des Frauenspitals mit Schwerpunkt auf der internen Organisationsstruktur, der Finanzierung, der Konkurrenz anderer Gesundheitseinrichtungen sowie der Haltung der lokalen Bevölkerung gegenüber der Institution untersucht. Die Quellenanalyse zeigt, dass die Fokussierung des Missionsspitals auf Frauengesundheit einen Versuch darstellte, eine Lücke der medizinischen Versorgung von südindischen Frauen zu füllen. Ausserdem dokumentiert die Untersuchung die unterschiedlichen Aufgaben des Spitals. Neben der Funktion als Gesundheitseinrichtung war das Spital primär eine Missionsinstitution, die sich als Kernaufgabe die christliche Missionierung der vornehmlich hinduistischen Bevölkerung vornahm. Daran geknüpft folgten weitere Aufgabengebiete: Das Spital fungierte als «Bindungsinstitution» für bereits chris-

tianisierte Inder\*innen. Es bot zudem optimale Rahmenbedingungen für das Vorantreiben der «Zivilisierungsmission»; so fanden Kurse zur «Erziehungsarbeit» im Feld der «Hygiene» für junge indische Frauen statt. Das Vertrauen in die Institution wuchs über die untersuchten Jahre; als wichtiges Hilfsmittel um allfällige Berührungängste mit «westlicher» Medizin abzubauen, erwiesen sich Hausbesuche. Das Frauenspital war zwar oft nicht die erste Wahl für eine Behandlung – dies jedoch nicht, weil die praktizierte «westliche» Medizin auf breite Ablehnung stiess, sondern weil primär der Einfluss der christlichen Propaganda im Spital gefürchtet wurde.

Die vorliegende Masterarbeit analysiert ferner kulturell und religiös eingebettete Körper- und Hygienevorstellungen und ergründet koloniale Austauschprozesse. Die Arbeit greift dafür auf das Konzept der *Intersektionalität* zurück, welches von der Verschränkung verschiedener sozialer Differenzkategorien ausgeht. Nicht nur Geschlecht, sondern auch Klasse, «Rasse» und Kaste stellten für die Machtverhältnisse im kolonialen Umfeld des Spitals zentrale Kategorien dar. Besonders spannend zeigt sich in der Quellenuntersuchung die unterschiedliche Art der Interaktion von Lom-

bard mit Frauen aus höheren Gesellschaftsschichten gegenüber solchen aus niedrigeren Schichten. Generell ist das gezeichnete Bild von indischen Frauen niederer Kaste und Klasse von Brüchen gekennzeichnet. Diese Frauen wurden im selben Quellenbestand einmal als passive Opfer, als «Mittäterinnen» bei sozio-religiöser Gewalt und als machtvolle Akteurinnen bei einer gesamtgesellschaftlichen Transformation dargestellt. Wie aus der Untersuchung hervorging, versprach sich Eva Lombard durch die Zusammenarbeit mit Frauen aus höheren Schichten zu einem Wandel der indischen Gesellschaft gemäss ihrem Fortschrittsideal beitragen zu können. Ihnen attestierte sie den Bildungshintergrund und die zu ihrer Schicht gehörenden Normen und Moralvorstellungen, die für eine wirkliche Verankerung des christlichen Fortschrittsideals benötigt wurden. Bei der Missionierung – sowie beim Versuch, Ideen von «Fortschritt» in der indischen Gesellschaft zu verwirklichen – erwiesen sich demnach Klassenzugehörigkeit, der soziale Stand des Individuums und der damit verbundene Bildungshintergrund als bedeutende Faktoren. Die Arbeit untersucht, wie diese Aspekte mit dem Konzept Geschlecht zusammenhängen.



Timo Probst

## «Entrechtete Männer» – Der Entzug politischer Rechte im Kanton Luzern 1918–1970

Masterarbeit bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Mit der Bundesverfassung von 1848 wurde in der Schweiz das allgemeine Stimm- und Wahlrecht eingeführt. Einigen sozialen Gruppen blieb die politische Partizipation jedoch lange Zeit verwehrt. Während die Frauen auf eidgenössischer Ebene bis 1971 warten mussten, um ihr Stimmrecht ausüben zu dürfen, blieben bis weit ins 20. Jahrhundert auch unzählige Männer ausgeschlossen, die straffällig wurden, Armenunterstützung bezogen, Schulden hatten, bevormundet wurden oder administrative Zwangsmassnahmen erleiden mussten.

Die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts war lange Zeit nur von der kantonalen Gesetzgebung

abhängig. Während der Bundesrat in den 1870er Jahren durch mehrere Reformen versuchte, die Kriterien der Stimmberechtigung auf eidgenössischer Ebene festzuschreiben und so mehrere soziale Gruppen in den Wahlkörper zu integrieren, scheiterten sämtliche bundesrätlichen Vorlagen am Stimmvolk. Per Referendum wehrten sich die Kantone gegen mehr bundesstaatlichen Einfluss. Der Entscheid, wer zum kommunalen und kantonalen Stimmvolk gehören sollte, blieb somit in der Hand der Kantone. Finanzielle Überlegungen spielten dabei eine ausserordentlich grosse Rolle. Der Grundsatz «Wer zu den öffentlichen Lasten

nichts beitrage, dürfe auch nicht mitbestimmen» zog sich wie eine rote Linie durch die zahlreichen Versuche, einheitliche Bestimmungen über die Stimmberechtigung Schweizer Bürger festzuhalten.

Die kantonalen Verfassungen und Gesetzgebungen zeichneten die Grenzen, anhand welcher die Wahlkörper für kommunale, kantonale und eidgenössische Abstimmungen und Wahlen zusammengesetzt wurden. Diese föderalistische Regelung führte zu einem Flickwerk an Bestimmungen und Ausschlussgesetzgebungen, das eine beachtliche Zahl an Bürgern von der politischen Teilnahme fernhielt. Das kommunale Anrecht, erstinstanzlich über die Stimmfähigkeit von Ansässigen, Neuzugezogenen und Aufenthaltlichen zu entscheiden, führte dabei wohl zu einer hohen Dunkelziffer von ausgeschlossenen Stimmberechtigten mobiler sozialer Unterschichten. Die genaue Anzahl Ausgeschlossener ist infolge der fehlenden Statistiken nicht mehr nachvollziehbar.

Für diese Arbeit wurden die Stimmrechtsreursentscheide des Regierungsrates des Kantons Luzern untersucht. Neben den Entscheiden der Kantonsexekutive weist das Quellenkorpus die Kommunikation zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen auf und beinhaltet Stellungnahmen und Gutachten der Luzerner Amtsgehilfen über die Betroffenen.

In der Masterarbeit wird danach gefragt, wie sich der gesetzliche und verfassungsrechtliche Diskurs über den Untersuchungszeitraum (1918–1970) wandelte und wie sich die verschiedenen Formen eines Entzugs politischer Rechte beschreiben lassen. Fokussiert wird dabei auf den Verlust infolge eines falsch oder nicht genügend gesetzlich geregelten politischen Wohnsitzes sowie den Entzug politischer Rechte aufgrund einer «moralischen» Verschuldung eines Betroffenen.

Im Umgang mit sozialen Unterschichten kannten die Luzerner Gesetzestexte und Verordnungen unscharfe Rechtsbegriffe, die auf die individuelle moralische Devianz der Betroffenen abzielten. Mit Begriffen wie «Liederlichkeit», «Arbeitsscheu», «Misswirtschaft» oder «Trunksucht» wurden Luzerner Bürger stigmatisiert und vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Die Unterstützungsbefähigung galt bald als «selbstverschuldet»; die Exklusion aus den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten geschah infolge der Unfähigkeit oder Unmöglichkeit der Unterschichten, einem bürgerlichen Idealtyp nachzueifern. Die Eingriffe, allen voran der Stimmrechtsentzug aufgrund von «Trunksucht», entpuppen sich als Paradebeispiele biopolitischer Massnahmen im Foucaultschen Sinne. Die Zerstörung und Zersetzung des eigenen Körpers durch übermässigen Alkoholkonsum lief parallel mit dem sozialen Abstieg innerhalb der Gesellschaft. Administrative Massnahmen wie Einweisungen in Zwangsarbeitsanstalten oder Trinkerheilstätten wurden durch die Behörden vorgenommen, um den Luzerner Wahlkörper auf nüchterne, rational denkende und wirtschaftlich unabhängige Bürger zu begrenzen. Erst mit dem Luzerner Abstimmungsgesetz von 1970 wurde eine Vielzahl der diskriminierenden Ausschlussgründe aus der Verfassung gestrichen.

Die Masterarbeit trägt ihren Teil zu einem unterbelichteten Forschungsfeld bei. Während die Geschichte des Stimm- und Wahlrechts für das 19. Jahrhundert bereits in einigen Publikationen behandelt wurde, beschränkte sich die Forschung im 20. Jahrhundert vorwiegend auf die späte Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts. Die Geschichte des Verlusts politischer Rechte der Schweizer Männer in den Kantonen bildet deshalb nach wie vor ein zu füllendes Forschungsdesiderat.



## «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland»

Die Rolle der Schweizerinnen und Vorarlbergerinnen in den Vorarlberger Anschlussbestrebungen an die Schweiz von 1919 bis 1923

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Am 11. Mai 1919 entschied das Vorarlberger Stimmvolk über die Frage, ob mit der Schweiz Verhandlungen über einen Beitritt als 23. Kanton aufgenommen werden sollten. Das Abstimmungsergebnis zeigte mit über 80 Prozent eine deutliche Zustimmung. Allerdings gab es in der Schweiz und in Vorarlberg nicht nur Anschlusswillige, sondern auch gegnerische Stimmen. Es formierten sich Gruppierungen wie das anschlussfreundliche Komitee Pro Vorarlberg und das anschlussfeindliche «Schwabenkapitel». Ob die Menschen nun für oder gegen einen Beitritt zur Eidgenossenschaft waren – es schienen sich ausschliesslich männliche Akteure in dieser Bewegung zu engagieren. Inwiefern sich die Vorarlbergerinnen und die Schweizerinnen mit der «Vorarlberger-Frage» befassten, wurde in der Forschung bisher ausgeklammert und deshalb in dieser Masterarbeit aufgegriffen.

Die Forschungslücke erscheint besonders interessant hinsichtlich der Tatsache, dass die Vorarlbergerinnen, wie der Rest der Österreicherinnen, seit November 1918 das Stimmrecht besaßen – im Gegensatz zu den Schweizerinnen – und am 11. Mai 1919 stimmberechtigt waren. Die weiblichen Stimmberechtigten stellten sogar eine Mehrheit und die weiblichen Stimmen müssten daher einen grossen Einfluss auf das Ergebnis gehabt haben. Dieser bedeutenden Rolle von Frauen haben die staatlichen Archive wenig Rechnung getragen, denn es wurden kaum Quellen zum Geschlechterverhältnis archiviert – was wiederum die Forschungslücke erklären könnte.

Das geringe Interesse der Forschung erstaunt auch insofern, als mit einem Beitritt Vorarlbergs ein erster Schweizer Kanton bereits 1919 das Frauenstimmrecht gekannt hätte. In der Masterarbeit konnte zwar nicht festgestellt werden, dass Frauen dieses Argument für einen Beitritt benutzt hätten, jedoch erkannte Ernst Schürch, Redaktor der Berner Zeitung «Der Bund», diese besondere politische Situation und griff sie auch in weiteren Artikeln auf. Ähnliches liess sich in der «Gazette de Lausanne» nachweisen. Männliche Zeitgenos-

sen beschäftigten sich mit dieser politischen Problematik, Politiker führten die Thematik jedoch nicht öffentlich als Argument in der «Vorarlberger-Frage» an. Ähnliches war bei internationalen Frauenkongressen der Fall – dort wurde das Selbstbestimmungsbestreben der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger nicht behandelt. Dies erstaunte deshalb, weil Quellen zeigen, dass sich Schweizer Frauenrechtlerinnen in anschlussfreundlichen Vereinen engagierten und auch an den internationalen Kongressen teilnahmen.

Frauen und Frauenvereine waren dafür im Umfeld der Anschlussbemühungen im Bereich der Wohltätigkeit ein unverzichtbares Standbein in der Hilfeleistung für die Vorarlberger Bevölkerung. Sie fügten sich damit in ein Rollenbild ein, welches den dominierenden bürgerlichen Normen entsprach. Mithilfe fragmentarischer Quellenbestände konnten konkrete Beispiele eruiert werden, wie sich Vorarlbergerinnen und Schweizerinnen nach 1918 für Vorarlberg engagierten. Zum einen konnte das Engagement von Schweizerinnen in konkreten Hilfsaktionen für das am Ende des Ersten Weltkrieges unter grossen wirtschaftlichen und ernährungstechnischen Problemen leidende Vorarlberg nachgewiesen werden, zum anderen waren viele Frauen beim Verbreiten von Spendenaufrufen an die Schweizer Bevölkerung beteiligt. Erstmals konnten somit konkrete Verbindungen der Schweizer Frauenvereine mit dem Komitee Pro Vorarlberg aufgezeigt werden.

Aber auch die Vorarlbergerinnen setzten sich für die notleidende Bevölkerung im eigenen Land ein, indem sie sich an Strassenprotesten beteiligten und bei Politikern vorstellig wurden. Der Fokus lag bei den Vorarlbergerinnen zudem nicht nur auf der Besserung der Ernährungslage, sondern auch auf der Versorgung von Kriegsgefangenen im Ausland und auf der Senkung der Säuglingssterberate. Neue Erkenntnisse konnten hier durch den Einbezug weiblicher Stimmen in vorarlbergischen und Schweizer Zeitungsartikeln zu den Hungerprotesten gewonnen werden, die zeigten, dass auch unter

den Vorarlbergerinnen unterschiedliche Meinungen darüber herrschten, in welcher Form sie in die Hilfeleistungen zugunsten der Bevölkerung integriert werden wollten.

In der vorliegenden Masterarbeit kristallisierte sich heraus, dass das Frauenstimmrecht in der

Debatte um das Anschlussbestreben Vorarlbergs an die Schweiz zwar eine untergeordnete Rolle spielte, die karitative Unterstützung der Schweizer Frauenvereine jedoch einen wesentlichen Beitrag zur Linderung der wirtschaftlichen Notlage in Vorarlberg leistete.



Lucas Säuberli

## **Eau de Vie und Branntweinpest**

Schweizer Antialkohol- und Alkoholwerbeplakate im 20. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Bis in die heutige Zeit beschäftigt der Alkoholkonsum die Gesellschaft und tritt in einem multidimensionalen Wirkungsgeflecht von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren und Dynamiken in Erscheinung. Der problematische Alkoholkonsum der Bevölkerung, welcher in der Schweiz des 20. Jahrhunderts für grosse Debatten und folglich auch Veränderungen sorgte, wird in dieser Arbeit durch den Blickwinkel der Antialkohol-Plakate und Alkoholwerbe-Plakate betrachtet.

In dieser Arbeit stehen die in der Schweiz ausgehängten Plakate beider Urhebergruppen, der Antialkohol-AkteurInnen sowie der Alkoholindustrie, im Fokus. Die Plakate stammen mehrheitlich aus den grössten Plakatsammlungen der Schweiz, die sich in Basel, Bern und Zürich befinden. Weitere Archive wichtiger Antialkohol-AkteurInnen sind die Beratungsstelle für Unfallverhütung, das Blaue Kreuz-Archiv in Bern und der Bestand der Sucht Schweiz in den Archives cantonales vaudoises.

Die von Ulrike Mietzner und Ulrike Pilarczyk entwickelte Methode der seriell-ikonografischen Analyse wird für das Herausschälen der wichtigsten Bildinhalte verwendet. Die abgebildeten Motive und Themen beider Plakatkorpora geben über die zentralen Aspekte und Dynamiken des Schweizer Alkoholismusdiskurses Auskunft und bilden kulturelle und soziale Tendenzen und Veränderungen ab. Die drei meist konsumier-

ten Alkoholika der Schweiz sind Bier, Wein und Spirituosen. Werbung für diese Getränkesorten bildet neben den Antialkoholplakaten das Untersuchungskorpus. Diese Arbeit befasst sich vor allem mit den dargestellten Motiven und deren diachronen Entwicklungen, welche unter Einbindung des historischen Kontexts zum Alkoholkonsum interpretiert werden. Die gegenübergestellten Plakatkorpora sind in jeder Hinsicht Antagonisten. Sie repräsentieren nicht nur die Antialkoholbestrebungen, respektive die Alkoholwerbung, sondern auch die wesentlichsten kulturellen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen der jeweiligen Zeit. Aus diesem Grund ähneln sich die beiden Korpora jedoch mehr, als man vermuten würde, denn um wirksam zu sein, mussten die Plakate die Menschen inhaltlich und formal ansprechen. Die Antialkohol-Plakate bildeten Aspekte des Lebens der Menschen ab und verweisen dadurch auf die Probleme des übermässigen Konsums. Die Alkoholwerbe-Plakate hingegen nahmen die positiven Seiten des Lebens in Anspruch, um ihr Produkt zu bewerben. So trafen die Isolation und die Geselligkeit, die dysfunktionale Familie und das Versprechen der Zweisamkeit, die Mahnung keinen Alkohol zu trinken mit der Aussage Alkohol sei etwas Gutes, aufeinander. Die Plakate verdichten die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über den Alkoholkonsum in der Schweiz und verbildlichen den Kampf zwischen Profit und Gesundheit.



Dominic Shepherd

## Eine Reise – Ein Billet

Die Geschichte des Direkten Verkehrs in der Schweiz, 1857–1990

Masterarbeit bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

Der *Direkte Verkehr* gehört so selbstverständlich zum Alltag vieler Schweizerinnen und Schweizer, dass er kaum wegzudenken wäre. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Schweiz ist Besitzer eines Abonnements des *Direkten Verkehrs* und vom *Bundesamt für Verkehr* wurde der *Direkte Verkehr* unlängst als «Pfeiler des öV-Vorzeigemodells Schweiz» bezeichnet. Dennoch ist ausserhalb von Fachkreisen weitgehend unbekannt, was unter dem Begriff zu verstehen ist.

Im Reglement des nationalen *Direkten Verkehrs* wird dieser «als die durchgehende Beförderung von Personen und Gütern zwischen zwei oder mehreren Transportunternehmungen aufgrund eines einzigen Transportvertrages und eines gemeinsamen Tarifes» bezeichnet. Somit handelt es sich beim *Direkten Verkehr* im Grunde um einen Tarifverbund auf nationaler Ebene, welcher mit dem *Generalabonnement* (GA) und dem *Halbtax-Abonnement* zwei bekannte Aushängeschilder hat. Im Gegensatz zu den regionalen Tarifverbänden, welche ihre Ursprünge in der Schweiz erst in den späten 1980er Jahren haben, reicht die Geschichte des *Direkten Verkehrs* fast bis zur Gründung des modernen Bundesstaates zurück. In der Arbeit wird eine Übersicht über die Entstehung, die Herausforderungen und die Veränderungen der Institution des *Direkten Verkehrs* von ihrer Schöpfung im Jahr 1857 bis ins Jahr 1990 gezeigt. Hierbei beschränkt sich die Arbeit auf den Personenverkehr.

Was mit einem Vertrag zwischen zwei Bahngesellschaften begonnen hat, wurde Schritt für Schritt zu einer Tarifstruktur ausgebaut, bei der mittlerweile gut 250 Transportunternehmen beteiligt sind. Der inkrementelle Ausbau des Systems hat sich denn auch als die eigentliche schweizerische Errungenschaft beim *Direkten Verkehr* gezeigt. Auch in den Nachbarländern wurden bereits im 19. Jahrhundert ähnliche Systeme etabliert, welche aber in der Regel bei ihren Wurzeln im Eisenbahnwesen stecken geblieben sind. In der Schweiz war, neben den grossen Eisenbahngesellschaften, von Beginn an auch die Schifffahrt

dabei. Sukzessive wurde das System dann auch um weitere Transportmittel, wie den Schmalspurbahnen, den Überlandtrambahnen, den Seilbahnen, den Trolleybussen oder den Autobussen erweitert. Abgerundet wurde dies, als am Ende des Untersuchungszeitraums auch die städtischen Verkehrsbetriebe in den Geltungsbereich des Generalabonnements aufgenommen wurden. Dieser Aushandlungsprozess war nicht immer einfach und benötigte auch entsprechend viel Zeit, wobei vielfach zuerst gewisse Vorbehalte und Ressentiments aus dem Weg geräumt werden mussten. Die Entwicklung des *Direkten Verkehrs* war jeweils auch eng mit der Entwicklung der allgemeinen Verkehrspolitik und der damit verbundenen Gesetzgebung verzahnt. In der Privatbahnära des 19. Jahrhunderts zeigte sich dies vor allem im Diskurs über die Verstaatlichung der Hauptbahnen; im 20. Jahrhundert dann beispielsweise in der Frage, ob die Transportunternehmen eigenwirtschaftlich oder gemeinwirtschaftlich operieren sollten.

Der Hauptteil der Arbeit gliedert sich in zwei Bereiche. Beim ersten Bereich handelt es sich um einen weitgehend chronologisch abgehandelten Abriss der Geschichte des *Direkten Verkehrs*. Der zweite Bereich des Hauptteils bietet dann einen eher technischen und theoretischen Zugang, in welchem Aspekte wie die Einnahmenverteilung im *Direkten Verkehr* genauer analysiert werden.

Als Quellenlieferanten der Arbeit dienten primär *SBB Historic* in Windisch, das *Schweizerische Bundesarchiv* in Bern, sowie das *Archiv für Zeitgeschichte der ETH* in Zürich. Wertvoll waren dabei insbesondere die Protokolle der *Kommerziellen Konferenz*, welche während über 80 Jahren die organisatorische Hülle des *Direkten Verkehrs* bildete. Weitere dienliche Quellen fanden sich beispielsweise in der Form der Geschäftsberichte der *Nordostbahn* oder in Form von Gutachten und Eingaben, welche vom *Schweizerischen Handels- und Industrieverein* (Vorort) angefertigt wurden.

Neben dem Quellenmaterial, das bereits in digitaler Form vorhanden war, wurde auch ein Grossteil des physischen Quellenmaterials aus



den Archiven digitalisiert und mittels der Technik der optischen Zeichenerkennung durchsuchbar gemacht. Dadurch wurde die Durchführung von Wortfeldanalysen wesentlich vereinfacht. Zur Untersuchung der Akteursbeziehungen im *Direkten Verkehr* wurde die Prinzipal-Agenten-Theorie bei-

gezogen. Die Anwendung dieser Theorie hat dabei u. a. offenbart, dass die SBB, welche während langer Zeit mit der Geschäftsführung im *Direkten Verkehr* beauftragt war, gegenüber den anderen Transportunternehmungen nicht immer mit offenen Karten gespielt hatte.



Nicole Silvestri

### «Mit Verlaub, Ihr Herren Taxigewaltigen!»

Der Strukturwandel der Deutschschweizer Taxibranche von der Motorisierung bis heute  
(1908–2020)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

Die seit langer Zeit etablierte Pferdedroschenbranche erhielt mit dem Aufkommen der Motordroschken zu Beginn des 20. Jahrhunderts neue Konkurrenz. Nach einer anfänglichen Phase, in welcher die Motortaxis in der Öffentlichkeit auf Skepsis stiessen, erwiesen sie sich bald als existenzielle Bedrohung für die Pferdedroschenunternehmen. Die Motorisierung der Droschken bildet den zeitlichen Ausgangspunkt der Masterarbeit. Sie behandelt anhand unterschiedlicher Quellen aus den Stadtarchiven in Basel, Bern und Zürich sowie verschiedenen Firmenarchiven die Geschichte einer Branche, die in der bisherigen historischen Forschung nur wenig Beachtung fand: Die Taxibranche. Die Arbeit stellt im Sinne der *longue durée* die Frage nach den grossen Entwicklungslinien in der Deutschschweiz, wobei Bruchlinien, welche die Entwicklung strukturieren, ermittelt werden. Anschliessend werden im Lichte der vielfältigen Entwicklungen über das letzte Jahrhundert in drei Spannungsfeldern Perspektivenwechsel vorgenommen und einzelne Entwicklungen tiefergehend betrachtet. In methodischer Hinsicht werden qualitative Ansätze mit statistischen Erhebungen verknüpft.

Der Erste Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise – keine ertragreichen Zeiten für die Taxibranche – besiegelten die eingangs beschriebene Entwicklung: Die Pferdedroschken wurden von den Motordroschken in ihrer Zahl überholt. Das Automobil war zu jener Zeit noch immer ein Lu-

xusgeführt, doch die Gesellschaft befand sich zunehmend im Wandel. Eine breitere Schicht erhielt Zugang zu Konsum, Freizeit und Vergnügung und leistete sich bei sonntäglichen Erlebnisfahrten ins Grüne oder abendlichen Fahrten ins Konzert ein Taxi. Während des Zweiten Weltkriegs waren «Vergnügungsfahrten» nur noch beschränkt möglich. Da Privatfahrzeuge grösstenteils eingezogen wurden, rückte der praktische Wert des Taxis ins Zentrum.

In der Nachkriegszeit boomte der Autokauf und auch das Taxi wurde immer populärer. Unternehmerisch denkende Personen wie Gottlieb Duttweiler entdeckten das Billigtaxi und drückten die Tarife. Nach den 1950er und 1960er Jahren, in welchen die Nachfrage nach Taxis kaum befriedigt werden konnte, setzte in den 1970er Jahren eine Sättigung ein. Die Zeit der billigen Kleintaxis war vorbei. Der tiefen Nachfrage und dem Ruf der Chauffeur\*innen nach besseren Löhnen folgten steigende Tarife. Auch wenn die höheren Tarife eigentlich nur einer Anpassung an die Teuerung entsprachen, so wurde die Entwicklung dennoch als starke Preissteigerung empfunden.

Ab den 1990er Jahren setzten Liberalisierungstendenzen ein. Der erleichterte Zugang zu einer Chauffeurbewilligung sowie die Aufhebung der Konzessionsbeschränkungen führten zu einer hohen Anzahl selbständiger Taxifahrer\*innen. Die grösser werdende Konkurrenz schmälerte die Umsätze. In den 2010er Jahren verstärkte der

Markteintritt des US-Unternehmens *Uber* in der Schweiz die Probleme der Taxibranche. Gleichzeitig fungierte *Uber* als Sündenbock für alles, was in der Branche aus Sicht der Taxifahrer\*innen falsch lief. Mit Streiks und Demonstrationen wurde auf die schlechten Umsätze aufmerksam gemacht und auf die unfairen Wettbewerbsbedingungen, welche die Firma schaffen würde. Die jüngste Zeit zeigt nun eine erneute Verschärfung der Gesetze und eine verstärkte Sensibilisierung der Politik für die Probleme der Branche.

Die Betrachtung des Spannungsfeldes von Angebot und Nachfrage legt dar, dass die Dienstleistung der frühen Motortaxifahrer nicht nur aus der Fahrt bestand, sondern auch viel technisches Wissen zum Beruf gehörte. Bei den damaligen Automobilen waren Zwischenfälle nichts Ungewöhnliches. Mit dem angebotenen Service ersparte das Taxi der Kundschaft im Vergleich zum Privatauto das technische Knowhow bei einer möglichen Panne. Des Weiteren ist in diesem Kapitel die Untersuchung der Tarife zentral, die Aussagen über den Wandel vom Luxus- zum Alltagsverkehrsmittel erlaubt. Von der Einführung der ersten Motortaxis bis zum Ende des Ersten Weltkrieges halbierten sich die teuerungsbereinigten Taxitarife beinahe, nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1960 halbierten sie sich erneut. Interessant ist insbesondere, dass die deflationierten Tarife seit den 1970er Jahren als stabil betrachtet werden können.

Das zweite Spannungsfeld zeigt ein konfliktreiches Verhältnis zwischen Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen und die wichtige Rolle der

Gewerkschaften bei Vertragsstreitigkeiten. Konflikte zwischen den Chauffeur\*innen, zwischen den Unternehmen und innerhalb der Verbände oder Gewerkschaften nahmen ab der Mitte des 20. Jahrhunderts zu, weshalb das Organisieren der verschiedenen Interessen immer schwieriger wurde.

In einem letzten Themenkapitel wird die Rolle von Frauen in der Taxibranche untersucht. Schon während der Zeit des Ersten Weltkrieges sind in Adressbüchern weibliche Konzessionsinhaberinnen eingetragen, wobei sich die Umstände dieser Personen unterschieden. Die meisten überbrückten als Witwen und Firmenerbinnen die Zeit bis zum Erwachsenenalter der männlichen Nachkommen, während andere mit ihrem Namen für den Ehemann bürgten, der selber keine Betriebsbewilligung erhalten hätte. Als Taxichauffeurinnen waren Frauen in den untersuchten Städten hingegen erst ab den 1960er Jahren tätig, was mit dem Chauffeurmangel jener Zeit zusammenhängt.

Die Masterarbeit zeigt nicht zuletzt die Omnipräsenz der Krise in der Taxigeschichte. Und sie zeigt, warum die Proteste gegen *Uber* angesichts des schlechten Arbeitsschutzes im Unternehmen zwar nachvollziehbar sind, in Bezug auf die Probleme der Branche aber nur Symptombekämpfung darstellen. *Uber* und selbstfahrende Taxis sind die Antworten unserer Zeit auf die strukturellen Probleme der Branche, genauso wie die Kleintaxis in den 1950er Jahren eine Antwort auf den eingebüsstesten Luxuscharakter bei gleichbleibend hohen Tarifen waren.



Gabriel Stolz

### **Weltruhm oder dramatisches Scheitern?**

Die Rentabilität touristischer Transportanlagen der Schweiz aus historischer Perspektive. Ein Betriebsvergleich der Brienzer Rothorn-Bahn und der Schynige Platte-Bahn

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Tourismusbranche hat sich im 20. und 21. Jahrhundert zu einem der ökonomischen Leitsektoren der Alpen entwickelt. Reisen ist weltweit zu einem Bestandteil modernen Konsumverhaltens

geworden und die Tourismuswirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten eine kontinuierliche Expansion erlebt. Die Schweiz spielte in der Entwicklung des alpinen Tourismus seit jeher eine grosse Rolle.

Der Tourismusstandort Schweiz verdankt seine heutige Position in erster Linie einigen wenigen Pionieren, die den Alpenraum durch ihre Bemühungen für ein breiteres Publikum zugänglicher machen wollten. Die Rede ist von denjenigen Personen, die während der Belle Époque die ersten Bahnen auf Schweizer Berggipfel bauen liessen und Gesellschaften gründeten, die solche Bahnen unterhielten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der Bau von Bahnen erstmals technisch möglich. Ab diesem Zeitpunkt ging es nicht mehr lange, bis die ersten Berggipfel der Schweiz durch Bahnen erschlossen wurden. Die ersten Bahnen für touristische Zwecke waren in der Schweiz ungemein erfolgreich: Die Rigi-Bahn etwa zog wahre Heerscharen von Touristen an und erwies sich als hoch profitabel. In den ersten Jahren zahlte sie 15 bis 20 % an Dividende an ihre Aktionäre aus.

Der Erfolg schien ansteckend gewesen zu sein, denn gegen Ende des Jahrhunderts schossen Bergbahnen wie Pilze aus dem Boden; etliche Konzessionen wurden beantragt. Durch den massiven Ausbau solcher Anlagen gerieten die meisten schon bestehenden Betriebe unter stetigen Konkurrenzdruck. Diese Marktgegebenheiten brachten unterschiedlich erfolgreiche Unternehmungen hervor. Es gab Bahnen, die sich von Beginn an durchsetzen konnten und wirtschaftlichen Erfolg verzeichneten, während andere in finanzielle Schwierigkeiten gerieten und stetig um ihr Überleben kämpfen mussten. Da einige der Bahnen ähnliche Voraussetzungen, zum Beispiel ähnliche Aussichten, ein ähnliches Antriebssystem, ähnliche Erreichbarkeit und einen ähnlichen Anfahrtsweg hatten, lag der Schluss nahe, dass diese Bahnen ähnlich erfolgreich sein müssten. Da den Zeitgenossen nur wenige Daten über die Rentabilität des neuen Wirtschaftssektors bekannt waren, stellte der Bau einer solchen Bahn, obwohl er vielversprechend erschien, ein hohes Risiko dar. Einige der neu gebauten Bahnen erlangten Weltrennen und warfen jedes Jahr kontinuierlich Gewinne ab, während andere tragisch scheiterten und den Betrieb schon nach wenigen Jahren einstellen mussten oder es gar nicht erst über das Stadium der Erlangung der Konzession hinaus schafften.

Diese Umstände werfen die Frage auf, wie rentabel die Bahnen überhaupt sein konnten und durch welche Einflüsse die Rentabilität beeinflusst wurde. Diese Masterarbeit versucht diese

Frage zu beantworten und die Erfolgsfaktoren einer touristischen Transportanlage anhand eines Betriebsvergleichs zu eruieren. Dazu wurden zwei Transportanlagen, die sich in allen technischen Belangen möglichst ähnlich, auf wirtschaftlicher Ebene jedoch unterschiedlich rentabel waren, ausgewählt und miteinander verglichen, konkret die Brienzer Rothorn-Bahn und die Schynige Platte-Bahn; der Untersuchungszeitraum wurde auf die Jahre 1900–1950 festgelegt. Anhand der Unterschiede zwischen den Bahnen und einer Analyse ihrer Rentabilität können Parameter des Erfolgs definiert werden.

Die Betriebsanalyse beider Bahnen erfolgte gemäss allgemein anerkannter wirtschaftswissenschaftlicher Analysemethoden. Ausgewählt wurde eine Kennzahlenanalyse. Dabei spielten nicht nur die Kennzahlen *Umsatz*, *Gewinn* und *Umsatzrentabilität*, die den Erfolg eines Betriebes beschreiben, eine Rolle, sondern auch der Bereich der Kosten wurde miteinbezogen: Die Kennzahlen *Unterhaltskosten pro Streckenkilometer*, *Personalkosten pro Streckenkilometer* und *Betriebstag* sowie *Schneebruchkosten pro Streckenkilometer* wurden analysiert und ausgewertet. Des Weiteren wurden die Anzahl der Betriebstage pro Saison in die Analyse miteinbezogen. Die Analyse versucht zudem die Bilanz mit Umwelteinflüssen, wie zum Beispiel Kriege oder Wetterlagen, zu erklären oder mit Managemententscheidungen der Betriebsleitung in Verbindung zu bringen und zu bestimmen, wie ausschlaggebend diese Faktoren für den Erfolg waren. Die Analyse beruht auf Daten aus den Geschäftsberichten der beiden Bahnbetriebe sowie diversen Zeitungsberichten, die zusätzlich der Interpretation der Kennzahlen dienen.

Die Untersuchung förderte fünf Erfolgsfaktoren zutage. Es zeigte sich, dass die Standortwahl der wichtigste Bestandteil für die Rentabilität einer touristischen Transportanlage ist. Weitere Erfolgsfaktoren waren die Eingliederung in eine finanzstarke Bahngesellschaft, die elektrische Antriebsart, möglichst niedrige Personalkosten und eine möglichst hohe Anzahl Betriebstage pro Saison. Demnach konnte im Untersuchungszeitraum die Schynige Platte-Bahn deutlich höhere Umsätze generieren und damit auch einen signifikant höheren Gewinn erzielen. Dies lag auch an der Betriebszeit, die seitens der Schynige Platte-Bahn dem tatsächlichen Besucher\*innenaufkommen jährlich stärker angepasst wurde, während die Anzahl der

Betriebstage bei der Brienzer Rothorn-Bahn meist von der Witterung diktiert wurde. Die Elektrifizierung der Schynige Platte-Bahn kurz vor dem Ersten Weltkrieg generierte zwar kurzfristig deutlich höhere Kosten für den Fahrtunterhalt, brachte aber langfristig deutliche Kosteneinsparungen. Die Brienzer Rothorn-Bahn blieb hingegen beim

Dampfbetrieb. Auch die Personalkosten waren bei der Brienzer Rothorn-Bahn deutlich höher. Ähnlich einschneidend für beide Bahnen wirkten sich die drei grossen Krisen des 20. Jahrhunderts, der Erste Weltkrieg, die Weltwirtschaftskrise und der Zweite Weltkrieg, aus.



Marina Vega

## **Geflügelwirtschaft im Umbruch – Innovationen und Zucht in der Schweiz, 1920–1990**

Eine Abhandlung über die Nutzungsgeschichte von Hühnern

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die schweizerische Geflügelwirtschaft war im 20. Jahrhundert von unterschiedlichen Veränderungen geprägt. Die Masterarbeit versucht diese Thematik erstmals in einem grösseren Kontext zu analysieren und die Situation in der Schweiz mit der in anderen Ländern, für die diese Entwicklungen bereits besser aufgearbeitet sind, zu vergleichen. Mittels einer historischen Diskursanalyse, die auf Briefen und anderen zeitgenössischen Dokumenten der Akteur\*innen, Zeitungsartikeln, Broschüren, wissenschaftlichen Abhandlungen sowie Fernsehsendungen beruht, werden die sich wandelnden Diskurse über die Hühnerzucht und -haltung einschliesslich der daran beteiligten Akteur\*innen untersucht.

Zu Beginn der 1920er Jahre war in der Regel die Bäuerin für das Kleinvieh – und schlussendlich auch für das finanzielle Einkommen daraus – zuständig. Männer hingegen dominierten die schweizerische Geflügelzucht.

Die Stallungen glichen in dieser Zeit teilweise mehr einer «Bruchbude» als einem Hühnerstall, aber erfüllten für die damalige Hühnerhaltung ihren Zweck. Die inländischen Geflügelhalter hatten deshalb im betrachteten Zeitraum immer wieder mit Parasiten und problematischem Verhalten der Nutztiere zu kämpfen, wussten sich aber auch früh bei solchen Schwierigkeiten zu helfen. Die Isolation und die Eindämmung von Krankheiten durch Ausmerzaktionen halfen diesen Problemfeldern

entgegenzuwirken. Der Erste Weltkrieg und die nachfolgende Wirtschaftskrise hemmten die Geflügelwirtschaft. Andere Entwicklungen standen im Vordergrund und die Hühner spielten in der Schweiz nur eine untergeordnete wirtschaftliche Rolle.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu Veränderungen, die die traditionelle Geflügelhaltung revolutionierten. Der Schweizerische Geflügelzuchtverband sowie der Verband schweizerischer Eierverwertungsgenossenschaften waren zentrale Akteure bei der Förderung der Geflügelwirtschaft in der Schweiz, vor allem ab den 1950er Jahren. Die Schweizerische Geflügelzuchtschule führte auf dem Gebiet der Forschung und Ausbildung der Geflügelhaltung auf ein neues Niveau. Die Stallungen wurden grösser, modernisiert und mit der Zeit automatisiert. Computer steuerten agrarindustrielle Abläufe in den Stallungen am Ende dieses Entwicklungsschrittes. Nebst den technischen Erneuerungen, wozu auch die Futterlehre und Futterzusätze gehörten, kamen weitere Faktoren hinzu. Der Detailhandel hatte ein Interesse daran, die Absatzmärkte auf dem Geflügelmarkt zu vergrössern. Hybridrassen verdrängten langsam die einheimischen Hühnerrassen. Das Resultat war eine Abhängigkeit der Landwirt\*innen von den Zuchtfirmen. Eine Nebenfolge der Massenhühnerhaltung war die Zunahme von Krankheiten, welche mit Medikamenten zu unterdrücken

versucht wurden. Die Beseitigung der Kotabfälle von solch vielen Tieren auf engem Raum wurde zu einer neuen Herausforderung. Der Vorteil der neuen Haltungsmöglichkeiten war, dass das Huhn entweder als Legehennen gehalten werden konnte oder der Mastbetrieb im Vordergrund stand.

Die Massentierhaltung nahm in der Schweiz ab den 1960er Jahren zu. Bis Anfang der 1970er Jahre war ein Höhepunkt der Massentierhaltung in der Schweiz erreicht. Die «industrielle» Geflügelwirtschaft konnte sich in der Schweiz teilweise etablieren. Jedoch waren nicht alle landwirtschaftlichen Akteur\*innen in gleicher Weise involviert. Bei all den Erneuerungen in den Bereichen der Zucht, der Fütterung und der Stallungen halfen die Agrarschuleinrichtungen die Ausbildung der Geflügelfachmänner und Geflügelfachfrauen zu vertiefen.

Ab etwa 1970 begann ein Umbruch auf gesellschaftlicher – und in der Folge auch auf politischer – Ebene. Dieser Wandel betraf eine veränderte Sichtweise auf das «Tierwohl» und das Verständnis der Mensch-Nutztier-Beziehungen.

Ein globalisierter vernetzter Wissenstransfer unter den Ländern, mit den USA als Vorbild, liess eine Entwicklung in äusserst kurzer Zeit und in mehrere Richtungen zu. Die Politik war von der öffentlichen Meinung unter Druck geraten und verbannte die Legebatterien-Haltung aus der Schweiz. Bereits 1981 lagen die Unterlagen bereit. Die Umsetzung dauerte über zehn Jahre. Dies zeigt die Kräfteverhältnisse, welche hinter der Geflügelwirtschaft standen.

Nicht alle Konsument\*innen in der Schweiz waren freilich willens, auf die billigen Importprodukte aus dem europäischen Raum, die aus Legebatterie-Haltung stammten, zu verzichten. Dies zu verlangen, so die damalige Argumentation, würde die moralischen Vorstellungen von einem demokratischen Staat untergraben. So wurde in einem ersten Schritt zunächst die Transparenz für die Konsument\*innen hinsichtlich der Produktionsweise der Eier und des Geflügelfleisches erhöht, bis schliesslich strengere Vorschriften für die in der Schweiz verkauften Geflügelprodukte in Kraft treten konnten.



David Ché Wieland

## **Die Geschichte der St. Galler Primarschulklasse 1–6f in den Jahren 1898–1904**

Über den Umgang mit Erinnerungen in den Geschichtswissenschaften und wie sie uns doch helfen, die Vergangenheit zu betrachten

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Während des Zweiten Weltkriegs, 1943, traf sich eine Gruppe ehemaliger Primarschulkameraden, unter ihnen der ehemalige St. Galler Polizeikommandant, Paul Grüninger und der damalige Vorsteher des eidg. Verteidigungsdepartements, Bundesrat Karl Kobelt, zur ersten von insgesamt 15 Klassenzusammenkünften. Knapp zehn Jahre später entstand ein in Leder gebundenes und auf Büttenpapier handgeschriebenes Buch mit dem Titel *Die Geschichte der St. Galler Primarschulklasse 1–6f in den Jahren 1898–1904*. Den inhaltlichen Schwerpunkt des Buchs bilden die Lebensläufe von 40 der ehemals 82 Schüler dieser Primarschulklasse.

Die in den Lebensläufen enthaltenen Schilderungen gewähren einen Einblick in die Gedankenwelt der einzelnen Männer sowie in das kollektive Gedächtnis der Gruppe. Die subjektive Färbung, welche in einer solchen Quelle unweigerlich vorhanden ist und an sich ein Problem für die Arbeit von Historikerinnen und Historikern mit dieser Quellengattung darstellt, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Sie ermöglicht es, Rückschlüsse auf Wertevorstellungen und geschlechterspezifische Rollenverhältnisse zu ziehen und die für diese Generation typischen Erfahrungen aufzuzeigen, wodurch die historische Relevanz autobiografischer Quellen unterstrichen wird.

Da eine der Stärken der Quelle ihre thematische Breite ist, welche den Umfang einer Masterarbeit sprengen würde, war es notwendig, die Arbeit auf folgende vier Themenfelder einzugrenzen: Die Familien der Männer, der berufliche Werdegang, die militärische Erziehung und das Erleben der beiden Weltkriege sowie die weitgehend globale Erfahrung der gestiegenen und beschleunigten Mobilität.

In Bezug auf die genannten Themen lassen sich folgende Erkenntnisse gewinnen:

Die in Folge der Industrialisierung vollzogene Trennung von Wohn- und Arbeitsort prägte die geschlechterspezifische Rollenverteilung in den Familien. Der Ehemann und Vater sollte der ausserhäuslichen Erwerbsarbeit nachgehen und damit den Lebensunterhalt der Familie sichern. Die Ehefrau und Mutter war daheim für die Haushaltsführung und Erziehung der Kinder zuständig. Wie die Lebensläufe zeigen, entsprach dieses Ideal in der Elterngeneration keineswegs der Normalität. In vielen Familien waren die Mütter (und Kinder) gezwungen, durch Heimarbeit, zusätzlich zur Hausarbeit und Erziehung, das Einkommen der Familie aufzubessern. Die damit verbundenen grossen Anstrengungen prägten das Bild der aufopfernden Mutter, welches im kollektiven Gedächtnis der Männer verankert war. In den Kernfamilien der Männer zeigte sich die Einbindung der Ehefrauen und Mütter in die Erwerbsarbeit nur noch vereinzelt.

Die gesellschaftliche Rolle der Arbeit, die sich im Laufe des 19. Jahrhundert veränderte, mündete in einer starken Fokussierung auf den eigenen beruflichen Werdegang und die Reduzierung des Vaters auf dessen Beruf: Bei den Passagen der Autoren zur Ehefrau und zu den Kindern wurde ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildungen und Berufe ihrer Söhne gelegt. Der Beruf wurde zum wichtigsten Faktor für die gesellschaftliche Stellung der Männer und ihrer Familien (Arbeit als Status). Zugleich diente die Erwerbsarbeit als

Quelle männlicher Identität. Daneben zeigt sich, dass ein langjähriges Arbeitsverhältnis der Norm entsprach und es lässt sich eine Affinität zur Selbstständigkeit feststellen.

Die Männlichkeitsvorstellungen der Autoren hingen aber nicht nur mit beruflichem Erfolg zusammen, sondern wurden bereits von klein auf durch militärische Wertvorstellungen geprägt. Zahlreiche Stellen in den Lebensläufen belegen dies. Eine wichtige Rolle spielte die Schule und insbesondere der Turnunterricht. Dort übten die Jungen nicht nur das Exerzieren, sondern ebenso das Schiessen. Die Schilderungen der Männer aus der Schulzeit lassen zudem auf die kollektive Erfahrung von körperlicher Gewalt, die insbesondere von den Lehrpersonen ausging, als Teil der damaligen Erziehungsmethoden schliessen. Die militärische Prägung, die sich in der Rekrutenschule und in den Dienstzeiten während der beiden Weltkriege noch verstärkte, bildete zusammen mit dem damit verbundenen Gefühl einer engen Kameradschaft eine wichtige gesellschaftliche Integrationsklammer. Die Quelle selbst und die ihr zu Grunde liegenden Klassenzusammenkünfte sind eine Manifestation dieses Kameradschaftsgefühls.

Zuletzt zeigt sich auch die kollektive Erfahrung der gestiegenen Mobilität aufgrund der Einführung und des Ausbaus neuer Verkehrsmittel. Dabei steht vor allem das Automobil in den Erinnerungen der Männer sinnbildlich für die, von Mehrheit der Gesellschaft erlebte, Beschleunigung und Vernetzung der Welt, welche bis heute ihre klaren Spuren in den Landschaften und Gesellschaften hinterlassen hat und hinterlässt.

Die vielen Aspekte, die das Leben der einzelnen Autoren prägten, fügen sich in ihrer Gesamtheit wie ein Puzzle zu einem Bild zusammen, welches die Lebenswelt der Menschen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts darstellt und abstrakt formuliert als deren kollektives Gedächtnis bezeichnet werden kann.



## Die russische Kolonie in Bern zur Jahrhundertwende (1900)

### Bildungsoase und revolutionärer Schmelztiegel

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Als 1873 die ersten Russ\*innen für ein Studium an die Universität nach Bern kamen, legten sie den Grundstein für eine komplexe russische Gemeinschaft – die russische Kolonie in Bern. Der Begriff *Kolonie* basiert sowohl auf Eigen- als auch Fremdwahrnehmung und wurde auch für russische Gemeinschaften in Zürich, Genf oder London verwendet. Während es zu den russischen Kolonien in diesen Städten bereits Forschung gibt, stellt die russische Kolonie in Bern ein Forschungsdesiderat dar, weshalb die vielfältigen Entwicklungen der Kolonie im Zeitraum zwischen 1873–1905/06 im Zentrum dieser Arbeit stehen. Die mikrohistorische Untersuchung wird methodisch durch eine migrationsgeschichtliche Push- und Pull-Faktorenanalyse sowie eine statistische Auswertung ergänzt.

Zur Entschlüsselung der Sozialstruktur wird einerseits (auto-)biografisches Material verwendet. Andererseits werden die Aufenthaltsregister der Stadt Bern zwischen 1861 und 1904 auf Russ\*innen untersucht, transkribiert und statistisch ausgewertet. Die erste Generation an Russ\*innen in den 1870er und 1880er Jahren war mehrheitlich weiblich, jung (durchschnittlich 22–23 Jahre alt), adelig und gab an, an der Universität Bern zu studieren. Die Grösse der Kolonie konnte auf einige Dutzend geschätzt werden. Nach 1899 waren junge Student\*innen immer noch in der Mehrheit, allerdings waren Russ\*innen nun vermehrt jüdisch-stämmig und nicht mehr adelig. Von 1899 bis 1904 wuchs die Kolonie von circa 300 auf etwa 600 Personen an, womit sie weniger als ein Prozent der Berner Wohnbevölkerung ausmachte.

Das Wachstum der russischen Kolonie lässt sich nicht durch geringe Abgangszahlen erklären, die meisten Russ\*innen waren nach spätestens drei Jahren weitergezogen. Vielmehr führten politische Verfolgung und immer eingeschränktere Bildungsmöglichkeiten in Russland (Push-Faktoren) dazu, dass Russ\*innen ihr Heimatland verliessen, um Bildung und Sicherheit zu finden. Während die verhältnismässig grosse Sicherheit eher schweiz- als bernspezifisch war, erklärt dies

nicht die Attraktivität Berns. Der grösste Pull-Faktor war die liberale Bildungspolitik Berns. Als eine der wenigen Universitäten Europas erlaubte Bern das Frauenstudium und erst 1901 wurde, als Anpassung an andere Schweizer Universitäten, auch bei Ausländer\*innen ein gymnasialer Abschluss verlangt. Die Rektorats- und Senatsakten der Universität Bern zeigten, dass die Universität die Erweiterung ihrer Kapazitäten einer Beschränkung der Studierendenzahl vorzog. Neben der Bildungsoase, welche die Universität darstellte, zog die Kolonie selbst auch Personen nach Bern, indem ein Wanderungs- und Informationssystem zwischen Bern und Russland entstand, welches das bereits bestehende Wachstum verstärkte.

Durch ihre Anzahl und die relativ liberale Haltung der Behörden hatte die russische Kolonie diverse Möglichkeiten, sich zu betätigen. Davon zeugen sowohl Egodokumente von Russ\*innen als auch Senatsakten der Universität und der Bundesanwaltschaft. Auch hier war die Universität Bern ein zentraler Ort. Sie bot den Russ\*innen die Möglichkeit zu persönlicher Entfaltung, wissenschaftlicher Erkenntnis aber auch Konfliktpotenzial zwischen Studierenden. Politische Agitationen fanden sowohl in kleinem, privatem Rahmen als auch in Form von Grossveranstaltungen statt. Innerhalb der russischen Kolonie war das gesamte Spektrum der russischen Parteienlandschaft vertreten, wobei durch den hohen Anteil an Jüd\*innen nach 1900 vor allem der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund und zionistische Gruppierungen um Mitglieder und Ressourcen konkurrierten.

Ob ein gutes Verhältnis zwischen Teilen der russischen Kolonie und Teilen der lokalen Bevölkerung zustande kam, hing von gemeinsamen Wertevorstellungen ab. Vor allem zu bürgerlich-konservativen Kräften waren Beziehungen praktisch nicht vorhanden. Dagegen zogen die Sozialdemokratie Berns sowie die Berner Arbeiterschaft zumindest Teile der russischen Kolonie an. Davon zeugen Berichte der Berner Fremdenpolizei sowie der Bundesanwaltschaft beispielsweise über die 1. Maifeiern oder Sympathieaktionen bezüglich

der Russischen Revolution 1905. Die Beziehung zwischen der russischen Kolonie und den kantonalen und nationalen Behörden war von Misstrauen und Sorge geprägt. Aus Angst ihr Aufenthaltsrecht zu verlieren, versuchten Russ\*innen möglichst vorsichtig zu sein und keine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Aus Behördensicht waren generell alle Russ\*innen bis zu einem gewissen Grad ver-

dächtig, davon zeugte alleine die Sammlung von Dossiers unter Bezeichnungen wie *Russen in der Schweiz*. Von Ausweisungen oder gar Auslieferungen wurde jedoch zumeist abgesehen. Ausnahmen bildeten Grenzüberschreitungen, unter die beispielsweise Attentatsversuche oder die Anstachelung der Berner Arbeiterschaft fielen.



Sebastian Wuffli

## **Staatszeremoniell und Sicherheitsmanagement des Schweizer Bundesstaates im frühen 20. Jahrhundert am Beispiel des Staatsbesuches von Kaiser Wilhelm II. 1912**

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Noch nie zuvor und wahrscheinlich auch nie seither wurde ein fremdes Staatsoberhaupt von der Schweizer Bevölkerung frenetischer und umjubelter empfangen als Kaiser Wilhelm II. 1912. Der prachtvolle Staatsbesuch des deutschen Kaisers dauerte vom 3. bis zum 6. September 1912. Der Hauptgrund des Besuches in der Schweiz war der Wunsch Wilhelms, einem Manöver der Schweizer Armee beizuwohnen. Er und die mitgereisten ranghohen Offiziere wollten primär höchstpersönlich ermitteln, ob die Schweiz im Falle eines deutschen Krieges gegen Frankreich ihre Neutralität würde verteidigen können. Die internationale Sicherheitslage für Monarch\*innen und andere Staatsoberhäupter war um das *Fin de Siècle* sehr angespannt und etliche von ihnen fielen anarchistischen oder politisch ähnlich motivierten Attentaten zum Opfer. Für die Schweizer Bundesbehörden brachte dies erhebliche Herausforderungen mit sich, denn weder mit Sicherheitsvorkehrungen für Staatsoberhäupter noch mit dem Staatszeremoniell hatten sie viel Erfahrung.

Ziel der vorliegenden Masterarbeit ist es, das Sicherheitsmanagement und das Staatszeremoniell des Kaiserbesuchs zu untersuchen. Es interessieren dabei nicht nur die festgelegten Sicherheitsmassnahmen zum Schutz des Kaisers, sondern auch die übergeordneten Feindbilder der beteiligten Schweizer Sicherheitsbehörden und den ihnen

zu Hilfe gesandten deutschen Kriminalbeamten. Die Arbeit folgt der These, dass die Schmach der Ermordung von Kaiserin Elisabeth von Österreich-Ungarn 1898 durch einen selbsternannten Anarchisten in Genf noch in den Köpfen der involvierten Staatsschutzbehörden präsent war. Abgesehen von einer Untersuchung von Daniela Rosmus, existiert zu Staatsbesuchen in der Schweiz kaum Forschung. Analoges gilt zum zugehörigen Sicherheitsmanagement. Solche Forschungslücken zu schliessen, strebt die vorliegende Masterarbeit an.

Mit ihrer Fragestellung zu den Sicherheitsmassnahmen reiht sie sich in die *Surveillance Studies* ein. Aus dieser Forschungsrichtung übernimmt sie theoretisch-methodische Überlegungen zur Praxis der Überwachung. Mit Blick auf die Untersuchung des Staatszeremoniells greift sie auf theoretische Überlegungen von Johannes Paulmann, Jürgen Hartmann und der bereits genannten Daniela Rosmus zurück. Letztere hat zehn Bestandteile definiert, die zum zeremoniellen Grundgerüst von Staatsbesuchen gehörten.

Zudem nennt die Historikerin nationale Eigenheiten, die bei Staatsbesuchen in der Schweiz besonders in Erscheinung treten. Diese nationalen Eigenheiten bilden zusammen mit den zehn Bestandteilen das zeremonielle Grundgerüst, nach welchem der Staatsbesuch von Kaiser Wilhelm



1912 untersucht wird. Die Mehrheit der untersuchten Quellen stammt aus dem schweizerischen Bundesarchiv. Dort befinden sich im Bestand des Polizeiwesens die relevanten Kaiserbesuch-Akten der Politischen Polizei. Zudem ist im Bundesarchiv ein knapp neunminütiger Film mit Originalaufnahmen des Staatsbesuches von 1912 erhalten, welcher für die Arbeit von besonderem Interesse ist. Ergänzt wird der Quellenkorpus mit Akten aus dem Stadtarchiv Zürich und dem SBB-Historic Archiv. Um ein möglichst kohärentes Bild über das Sicherheitsmanagement und das Staatszeremoniell zu erhalten, greift die Studie auch auf die in Deutschland verfügbaren Quellen zum Kaiserbesuch zurück.

Die Arbeit zeigt auf, wie anarchistische oder anarchistisch deklarierte Terroranschläge die anarchistische Bewegung zum archetypischen Feindbild machten. Für die Wahrnehmung der Schweiz in Europa war das Attentat auf Kaiserin Elisabeth in Genf 1898 besonders rufschädigend. Das Attentat führte zu national und international koordinierten Bemühungen zur Bekämpfung des Anarchismus. In Europa kam es entsprechend zu einer sukzessiven Modernisierung und Professionalisierung der Politischen Polizei sowie einer verstärkten internationalen Polizeikooperation. Gegen Ende des langen 19. Jahrhunderts kam es in der europäischen Politik mit Blick auf Staatsbesuche zu einem Prozess der Theatralisierung. Dazu kam ein neuartiger Glanz, mit dem sich die Königshäuser Europas präsentierten und inszenierten. Die Untersuchung des Sicherheitsmanagements zeigte

auf, dass vor allem die in der Schweiz lebenden ausländischen Anarchist\*innen bei Staatsschützern in der Schweiz und im Deutschen Reich mit einem starken Feindbild in Verbindung gebracht wurden. Von den vor und während des Kaiserbesuchs überwachten Anarchist\*innen stammte ein signifikanter Anteil aus dem Ausland. Die These, dass das Sissi-Attentat 1912 bei den Hauptakteuren im Sicherheitsmanagement noch präsent war, konnte bestätigt werden. Die getroffenen Sicherheitsvorkehrungen für den Staatsbesuch waren Teil eines ausgeklügelten und sorgfältigen Sicherheitsmanagement des Schweizer Bundesstaates. Dabei setzte dieser auch darauf, den Staatsgast während der Fahrten mit offenen Landauern, die als das grösste Sicherheitsrisiko galten, auch durch zivile Zünfte sowie Vereine zu schützen statt durch ein martialisches Aufgebot von Polizei und Militär. Der militärische Charakter des Kaiserbesuches schlug sich dennoch im Zeremoniell nieder, was sich auch bei den festlichen Empfängen in Zürich und Bern zeigte, bei welchen die tausenden von Zuschauer\*innen eine für Schweizer\*innen unerwartete royale Verehrung an den Tag legten. Der Bundesrat agierte während des ganzen Staatsbesuches selbstbewusst auf Augenhöhe mit dem hohen Gast. Gesamthaft war der pompöse Kaiserbesuch für die Schweiz eine neue und in ihrer verschwenderischen Form eine einzigartige Erfahrung.

Die Arbeit wird in leicht überarbeiteter Form in der Reihe 5 der Berner Studien zur Geschichte erscheinen.



Cedric Zbinden

## **Die Internierung fremder Militärpersonen in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs**

Die Schweizer Behörden und Internierten treffen aufeinander

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Während eines Krieges kommt es vor, dass viele Flüchtlinge und fremde Militärpersonen an einem geeigneten Ort Schutz suchen. Dies geschah auch im Zweiten Weltkrieg, als die Schweiz

als Zufluchtsort fungierte. In dieser Masterarbeit geht es um die Analyse der Situation internierter fremder Militärpersonen in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs. Im Zentrum stehen neben

den Ursachen, Gegebenheiten, dem Aufbau, dem Alltag und den Konsequenzen der Internierung auch Fragen zur Interaktion zwischen Schweizer Behörden und Internierten. Was geschah, wenn sie aufeinandertrafen und ihre unterschiedlichen Vorstellungen, Erwartungen und Hoffnungen miteinander in Konflikt gerieten? Teil der Untersuchung sind die rechtlichen Grundlagen, das Eidgenössische Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung (EKIH), die Unterkünfte, die Versorgung, der Kontakt nach aussen, der Alltag, die Arbeit, die Bildung, die medizinische Versorgung, die Schwierigkeiten und zum Schluss die Repatriierung.

Die konkrete Fragestellung der Arbeit lautet: *Wie gestaltete sich die Internierung fremder Militärpersonen in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf die Interaktion zwischen den Schweizer Behörden und den Internierten?*

Um diese Fragestellung zu beantworten, nimmt die Arbeit eine historische und hermeneutische Analyse der Literatur und Quellen vor. Ziel ist es, Informationen wissenschaftlich zu erheben, verarbeiten und auszuwerten. Als Quellen dienten hauptsächlich Archivbestände aus dem Bundesarchiv, dem Staatsarchiv Bern und dem Archiv der Stiftung «Archivum Helveto-Polonicum». Aus diesen Quellen lässt sich die Haltung und das Handeln der Schweizer Behörden besonders gut herausarbeiten. Die Perspektive der Internierten ist in diesen Quellen schwieriger zu eruieren. Deshalb zog die Arbeit diverse Erinnerungsschriften hinzu, beachtete dabei aber auch, dass diese häufig erst im Rückblick verfasst worden waren. Eine weitere sehr wichtige Quelle war der Schlussbericht des EKIH des ehemaligen Kommissärs Oberst René Probst.

Die Fragestellung lässt sich insofern beantworten, als dass es bei der Gestaltung der Internierung fremder Militärpersonen in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs zu verschiedenen Konflikten kam, in welchen die jeweiligen Interessen und Wünsche der Schweizer Behörden und der Internierten aufeinandertrafen. Dabei konnten sich weder die fremden Militärpersonen noch die Schweizer Behörden restlos durchsetzen. Gegenseitige Anpassungen waren immer wieder notwendig. Im Hinblick auf die diversen Elemente der Internierung bedeutete dies beispielsweise für

die Unterkünfte, dass die Gegebenheiten und die organisatorischen Schwierigkeiten des EKIH auf die Wünsche der Internierten nach möglichst komfortablen Unterkünften trafen. Die Wünsche der Internierten entsprachen dabei nicht immer dem, was machbar war. Dies galt auch für ihre Versorgung mit Lebensmitteln.

Das EKIH musste die prekäre Versorgungssituation der schweizerischen Zivilbevölkerung im Blick haben und konnte die Internierten damit nicht uneingeschränkt so versorgen, wie es deren Wünschen und Vorstellungen entsprochen hätte. Dies galt auch bei Versorgung mit sonstigen Gütern des täglichen Gebrauchs wie Kleidung, Schuhe oder Werkzeug, wo der Wunsch des EKIH, die Internierten möglichst sparsam, aber trotzdem genügend zu versorgen, mit dem Wunsch der Internierten, ihre eigene Situation so angenehm als möglich zu gestalten, kollidierte.

Diese Situation führte unter anderem zu Streitigkeiten bezüglich übermässigen Materialgebrauchs und Verschleisses. Ähnliche Konflikte entstanden auch bei der medizinischen Versorgung, bei der unterschiedliche Prioritäten bestanden und das EKIH nicht bereit war, jeglichen Verletzungen sofort Abhilfe zu schaffen und sich vermehrt auch auf die Prävention von Epidemien konzentrierte. Auch die Einschränkungen beim Kontakt der Internierten zur Aussenwelt durch das EKIH führte zu Spannungen. Das EKIH wollte den Kontakt zwischen den Internierten und der Zivilbevölkerung möglichst minimal halten und kontrollieren. Dabei traf es auf den Wunsch der Internierten, möglichst frei zu sein.

Dieser Konflikt über die Kontrolle war auch bei der Gestaltung der Freizeit, der Arbeit, der Bildung und der Disziplin festzustellen. Letztere stand in einem engen Bezug zur politischen Situation, insbesondere in den Heimatländern der Internierten. Bei der Repatriierung stiessen die Wünsche und Vorstellungen der Internierten ebenfalls auf die Möglichkeiten und Verantwortungen des EKIH. Einerseits gab es Internierte, die so schnell wie möglich zurück nach Hause wollten und die Verzögerungen nicht akzeptierten. Andererseits gab es allerdings auch Internierte, die nicht zurückgehen wollten. Das EKIH musste mit all diesen Internierten und deren diplomatischen Vertretungen zurechtkommen.









*u<sup>b</sup>*

---

<sup>b</sup>  
**UNIVERSITÄT  
BERN**

# B e R N E R N E R N E R N